

Population
and Policy

Discussion Paper

No 24

Januar 2026

Herausgeber

Leon Rossmailer

Andreas Edel

Zwischen Solidarität, Fairness und Konflikt

Wie wir das Generationenverhältnis neu ordnen können

**POPULATION
EUROPE**



THE NETWORK OF EUROPE'S LEADING
DEMOGRAPHIC RESEARCH CENTRES

Impressum

Population Europe Secretariat

Markgrafenstraße 37
10117 Berlin, Germany

Phone: +49 30 2061383-30

E-Mail: office@population-europe.eu

www.population-europe.eu

www.linkedin.com/company/population-europe

© 2026 Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. im Namen des Netzwerks „Population Europe“. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Herausgeberinnen und Herausgeber oder der Redaktion wieder. Der Abdruck von Artikeln, Auszügen und Grafiken ist nur für nicht kommerzielle Zwecke erlaubt. Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend dar. Die Verantwortung für den Inhalt der Veröffentlichung liegt bei der Autorin bzw. dem Autor.

ISSN

2512-6172

Herausgeber

Leon Rossmaier, Andreas Edel

Layout

The Brettingshams GmbH, Berlin, Germany
Karen Olze/Judith Miller

Bildnachweise

Cover © Alessandro Biascioli/Adobe Stock
S. 10 © Mediteraneo/Adobe Stock
S. 16 © Keira Burton/Pexels
S. 22 © twinstерphoto/AdobeStock
S. 27 © DisobeyArt/Adobe Stock
S. 33 © Mikhail Nilov/Pexels
S. 39 © Alexis Scholtz/Adobe Stock
S. 45 © RNDE Stock Project/Pexels
S. 51 © pikselstock/Adobe Stock
S. 58 © NDABCREATIVITY/Adobe Stock
S. 64 © Volodymyr/Adobe Stock

No 24 / Januar 2026

Herausgeber: Leon Rossmaier, Andreas Edel

Zwischen Solidarität, Fairness und Konflikt

Wie wir das Generationenverhältnis neu ordnen können

Inhalt

| | |
|--|-----------|
| Zur Einführung | 5 |
| Generationenbegriff | 10 |
| Jugend | 16 |
| Gerechtigkeitswahrnehmungen von Schülerinnen und Schülern mit Migrationsgeschichte | 22 |
| Ältere Menschen im Spiegel der psychologischen Altersforschung | 27 |
| Ein Blick auf Großeltern, Eltern und Enkel | 33 |
| Familiäre Generationenbeziehungen | 39 |
| Intergenerationale Transferleistungen | 45 |
| Renten und Pensionen | 51 |
| Der Generationenvertrag | 58 |
| Dimensionen des innerfamiliären Generationenverhältnisses in deutschen Längsschnittstudien (Datenbericht) | 64 |
| Zusammenfassung | 71 |
| Autorinnen und Autoren | 73 |

Zur Einführung

Leon Rossmailer und Andreas Edel

Population Europe und Max-Planck-Institut für demografische Forschung

Generationenfairness, Generationensolidarität, Generationenkonflikt: Diese Themenfelder erfuhren in den letzten Jahrzehnten in der deutschen Öffentlichkeit immer wieder Beachtung, etwa wenn die seit 1953 und mittlerweile in 19. Auflage publizierte Shell Jugendstudie die jeweils aktuellen Perspektiven der 12- bis 25-Jährigen vorstellte; oder gegenwärtig die „Babyboomer“, die mehr als dreißig Jahre die Gesellschaft wesentlich mitgeprägt haben und die in den nächsten beiden Jahrzehnten das Renteneintrittsalter erreichen, von den Medien in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt werden.

Der Diskurs um die Zukunft der Generationenbeziehungen gewinnt angesichts des demografischen Wandels derzeit an neuer Dynamik: Der Blick richtet sich auf die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Bevölkerungsalterung in den meisten Staaten Europas, etwa auf die künftige Verteilung der finanziellen Lasten im Renten- und Gesundheitssystem (siehe hierzu den Beitrag von **Martin Werding** in dieser Publikation). Des Weiteren geht es um eine gleichberechtigte, demokratische Teilhabe der von der Altersverteilung in der Bevölkerung benachteiligten jüngeren Menschen an zukunftsrelevanten Entscheidungen (wie etwa über den Brexit 2016, die COVID-19-Maßnahmen nach 2020 oder die Diskussion über eine Wiedereinführung der Wehrpflicht 2025). Gleichzeitig werden die Folgen des möglicherweise bald unumkehrbaren Klimawandels immer spürbarer. Umweltressourcen könnten künftigen Generationen dann nicht mehr im gleichen Umfang zur Verfügung stehen wie den heute Lebenden.

Auch die Politik nimmt sich verstärkt verschiedener Facetten des Themas „Generationenfairness“ an. So hat die Europäische Kommission 2024 mit Glenn Micallef einen Kommissar mit dem Portfolio „Intergenerational Fairness, Youth, Culture and Sport“ bestellt und dabei den Fokus von der bisher meist im Vordergrund stehenden Beschäftigung mit der älteren Bevölkerung mehr auf die Zukunft der Jüngeren

gerichtet. In der für das Frühjahr 2026 geplanten „Intergenerational Fairness Strategy“ sollen Instrumente vorgeschlagen werden, die unter anderem sicherstellen sollen, dass die Interessen künftiger Generationen bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden, diese also gewissermaßen „generationentauglich“ sind.

Dabei ist zunächst zu definieren, welche Bedeutungsebenen der Begriff „Generation“ genau umfasst. Am einfachsten erscheint dies noch beim Blick auf innerfamiliäre Verhältnisse beziehungsweise genetische Verwandtschaftsbeziehungen. Hierbei bezieht eine Parental- oder Filialgeneration zunächst nur die direkte Abstammungslinie ein und berücksichtigt in der Erweiterung auch Individuen mit gleichem Verwandtschaftsgrad des gleichen Familienverbandes. In allen Gesellschaftsformationen weltweit ist die intergenerationale Solidarität innerhalb einer Familie eine grundlegende soziale Norm (siehe hierzu den Beitrag von **Karsten Hank** in dieser Publikation) – was nicht bedeutet, dass diese Austauschprozesse tatsächlich auch so funktionieren, wie es der Begriff nahelegt, beziehungsweise immer fair oder gerecht verlaufen. So wird ein Großteil der Fürsorge für Kinder oder der Pflege hilfsbedürftiger Angehöriger (bei der sogenannten „Sandwich-Generation“ sogar gleichzeitig) immer noch hauptsächlich im privaten Rahmen und dabei besonders von Frauen geleistet.

Innerfamiliäre Generationensolidarität kann durch Anreizsysteme verstärkt werden, etwa indem das Elterngeld an eine gleichberechtigte Wahrnehmung damit verbundener Aufgaben durch beide Partner gebunden wird; während direkte Interventionen insbesondere bei Dysfunktionalitäten notwendig werden können, etwa im Scheidungs- und Trennungsfall, bei Streitigkeiten über Unterhalts- und Pflegekosten oder bei erbrechtlichen Auseinandersetzungen. Diese sind jedoch zum einen nicht die Regel, zum anderen bezieht sich die Idee der intergenerationalen Solidarität auch auf Stief- und Patchworkfamilien sowie alleinlebende,

verwitwete oder alleinerziehende Familienmitglieder, die möglicherweise nicht von ihren Kindern, dafür aber von anderen Angehörigen unterstützt werden.

Hinzu kommt, dass durch den Aufschub des Kinderwunsches beziehungsweise die über mehrere Jahrzehnte niedrigen Geburtenraten bei gleichzeitig steigender Lebenserwartung die Zeitspanne, in der in einer Familie mehrere Generationen zur gleichen Zeit leben und sich gegenseitig beistehen können, unterschiedliche Betreuungskonstellationen und auch Zeitpunkte im Lebensverlauf für intergenerationelle Transferleistungen in Fürsorge und Pflege bedingen kann (siehe hierzu den Beitrag von **C. Katharina Spieß und Elena Ziege** in dieser Publikation).

Bei außerfamiliären sozialen Beziehungen sind dagegen häufig Generationenbeschreibungen im Spiel, deren Sinnhaftigkeit sich nicht immer auf den ersten Blick erschließt. Die Babyboomer kommen aus unterschiedlichen Geburtsjahrgängen des Zeitraums 1950–1965, in der Regel aber mit einer Elterngeneration, die vor oder in den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurde. Das den Babyboomern gemeinsame Generationenmerkmal ist vor allem die Tatsache, dass sie durch sehr geburtenstarke Jahrgänge geprägt wurden, bevor die verbesserten Methoden zur Geburtenkontrolle zum sogenannten „Pillenknick“ führten. Deshalb waren deren Lebensverläufe von einer starken Konkurrenz um gesellschaftliche Ressourcen geprägt – in überfüllten Bildungseinrichtungen in der Jugend, auf einem angespannten Arbeitsmarkt während der Erwerbsphase sowie mit finanziell überforderten Systemen der Alterssicherung in der nachberuflichen Lebensphase.

Andererseits sind die Babyboomer auf Grund der sogenannten „Friedensdividende“ mit einer im Durchschnitt der Bevölkerung höheren (wenn auch ungleich verteilten) Akkumulation von Bildung und Kapital über den Lebensverlauf hinweg aufgewachsen als diejenigen Generationen, deren Adoleszenz und junges Erwachsenenalter von Krieg, Gewalt, Zerstörung und Flucht geprägt waren – oder immer noch werden.

Der Begriff der „Babyboomer“ wird insofern primär demografisch definiert und lässt sich auch mit den von Karl Mannheim beziehungsweise Klaus Hurrelmann entwickelten Generationenkonzepten vereinbaren, die für eine Generation einen im Wesentlichen

in den ersten zwei Lebensjahrzehnten geformten gemeinsamen Erfahrungshorizont definieren (siehe hierzu den Beitrag von **Klaus Hurrelmann** in dieser Publikation). Ähnliches gilt für die sogenannten Kriegs- oder Nachkriegsgenerationen, für die eine wesentliche zeitliche Zäsur das Jahr 1945 mit der sogenannten „Stunde Null“ war. Für die „68er-Generation“ oder die „Generation Greta“ gilt, dass bei deren Sozialisierung der vor allem von jungen Menschen vorangetriebene Umbruch dieser Jahre eine wesentliche Rolle spielte.

Bei der „Generation COVID-19“ läuft dagegen der gemeinsame Erfahrungshorizont an einem zeitlich auf wenige Jahre eingrenzbaren Markierungspunkt zusammen. Dabei wird davon ausgegangen, dass es eine Zeit vor und eine Zeit nach dieser Zäsur gegeben habe. Dieser Generationenbegriff ist schon deshalb wenig überzeugend (und hat sich deshalb wohl auch nicht durchgesetzt), als die ersten Jahrzehnte dieses Jahrhunderts schon vor dem Ausbruch der Pandemie von einem gefühlten Kontinuum gleichzeitig verlaufender, die Zukunftschancen junger Menschen erheblich beeinflussender finanzieller, politischer und umweltbezogener Krisen geprägt gewesen sind, wobei auch von einer „Polykrise“ gesprochen wurde. Daraus auf eine „Generation Krise“ zu schließen, erscheint dagegen unverhältnismäßig. Zumal dies unterschlägt, dass es nach dem Zweiten Weltkrieg mehrere Krisen gegeben hat, die eine existenzielle Bedrohung für die Menschheit darstellten, wie etwa während der Kuba-Krise 1962 beziehungsweise nach den Atomunfällen von Harrisburg 1979 oder Tschernobyl 1986.

Dagegen ist die Definition der Generationen X/Golf, Y/Millennials und Z stärker von verhaltensbezogenen Gemeinsamkeiten der entsprechenden Alterskohorten bestimmt, die in Kindheit und Jugend gemeinsam erlernt und praktiziert wurden. Ob sich diese Merkmale auch im höheren Alter so zeigen werden, dass man diesen Generationenbegriff jenseits der Jugendkultur noch aufrechterhalten kann, wird sich zeigen. Es scheint vielmehr so, dass wir es hier mit einem zeitlich eingrenzbaren Phänomen des Übergangs von der über Jahrzehnte dominanten Babyboomer-Generation zu einer jüngeren Generation zu tun haben, in deren Händen dann die Gestaltung der Zukunft in einer insbesondere von Digitalisierung und sozialen Medien bestimmten Gesellschaft liegen wird.

In der Politik behilft man sich angesichts dieser Unschärfen des Generationenbegriffs gern mit den Begriffen „Jung“ und „Alt“, deren Interessen es im Zuge von Prozessen intergenerationeller Fairness im politischen Prozess fair zu gestalten und jeweils neu auszuhandeln gelte. Dabei wird der Verantwortungsbereich mitunter sogar auf die noch nicht Geborenen ausgedehnt, deren potentiell Wohlbefinden an Lebensstandards gemessen wird, die von heutigen Realitäten abgeleitet werden. Wer allein die Veränderungen der Arbeitswelt in den letzten zwei Jahrzehnten durch die Digitalisierung betrachtet, wird hier vermutlich Bedenken anmelden.

Die in der mittleren Lebensphase stehende Bevölkerung im Arbeitsalter wird bei diesen Jung-versus-Alt-Diskursen oftmals stillschweigend subsumiert, obwohl das Berufsleben immer noch die längste Phase des Lebensverlaufs ist und die Arbeitswoche den größten Teil des Alltags ausmacht. Der Grund dafür könnte möglicherweise darin liegen, dass intergenerationelle Transferleistungen vornehmlich in den beiden anderen Lebensphasen notwendig sind, also bei Fürsorge für Jüngere beziehungsweise der Pflege Älterer, so dass in Kindheit, Jugend und Alter intergenerationelle Solidarität überhaupt erst greifbar wird (siehe hierzu den Beitrag von **Alexia Fürnkranz-Prskawetz und Bernhard Binder-Hammer** in dieser Publikation).

Bei diesen Altersdichotomien wird zudem unterschlagen, dass die Gruppen der „Alten“ und der „Jungen“ per se von großer Heterogenität geprägt sind. Ein heute 10- bis 15-Jähriger hat womöglich andere Interessen als ein 16- bis 20-Jähriger. Die Lebensstile junger Menschen sind, auch seit dem Siegeszug der sozialen Medien, immer flüid geworden. Je nach dem Alter bei Eintritt in das Arbeitsleben, nach einer Berufsausbildung oder einem Studium beziehungsweise der Arbeitsmarktstrukturen des jeweiligen Wohnorts können junge Menschen von unterschiedlichen Interessen geprägt sein (siehe hierzu auch die Beiträge von **Matthias Albert und Claudia Diehl** in dieser Publikation). Auf der anderen Seite des Altersspektrums stehen „Best Ager“ und „Silver Ager“, die gute Chancen haben, aktiv, gesund und produktiv zu altern (siehe hierzu den Beitrag von **Denis Gerstorff und Hans-Werner Wahl** in dieser Publikation), denjenigen gegenüber, denen dies aufgrund gesundheitlicher, finanzieller oder arbeits-

rechtlicher Einschränkungen nicht möglich ist. Dies wirkt sich wiederum in einer Vielfalt von Lebensrealitäten älterer Menschen aus, womit auch ein höheres Risiko von sozialer Ungleichheit einhergeht.

Zudem lässt sich über den gesamten Lebensverlauf hinweg beobachten, dass Menschen unterschiedlich schnell altern können – sowohl physisch als auch mental, und das in der Jugend und im höheren Alter. So bezeichnen im allgemeinen Sprachgebrauch die Begriffe „frühreif“ beziehungsweise „kindlich“ oder „kindisch“ diesen Umstand im Verhalten jüngerer Menschen. Dagegen haben dänische Zwillingsstudien gezeigt, dass selbst eineiige Zwillinge, die genetisch identisch, nicht selten unter ähnlichen Umständen aufgewachsen oder auch im Erwachsenenalter „unzertrennlich“ gewesen sind, schon optisch in verschiedene Altersstufen fallen können (Skytthe et al., 2002).

Beziehen wir die ganze Bandbreite soziodemografischer Faktoren ein, also etwa Alter, Gesundheit, Bildung, Arbeitsmarktbeteiligung, Wohlstand, Herkunft, Familie oder Geschlecht, stellen wir eine wachsende Bevölkerungsdiversität fest, da Menschen heute mehr Möglichkeiten und Ressourcen zur individuellen Gestaltung ihrer Lebensverläufe nutzen können als jede frühere Generation. Sie in die zwei Töpfe „Alt“ und „Jung“ zu werfen, erscheint daher grob vereinfachend.

Selbst die traditionelle, dreiphasige Einteilung des Lebensverlaufs in Ausbildungsphase, Berufstätigkeit und nachberufliche Phase erscheint angesichts der Tatsache, dass immer mehr Menschen auch später noch eine Aus- oder Weiterbildung durchlaufen oder länger beruflich oder in der Zivilgesellschaft aktiv sind, obsolet. Wenn wir in der Öffentlichkeit von „Generationenfairness“ sprechen, sollten wir also Begriffe assoziieren, die nicht von anderen Zeitdimensionen überlagert werden, wie „Jugend“ und „Alter“ oder die Zeit in der Ausbildungs-, Arbeits- oder der Ruhestandsphase des Lebens.

Insofern wird man also nicht umhinkönnen, den Generationenbegriff in all seiner Problematik als ein methodisches Konstrukt „mittlerer Reichweite“ ansehen zu müssen, mit dem sich alters- und lebensphasenbezogene Cluster innerhalb einer Gesellschaft identifizieren lassen, die selbst aber nicht absolut verstanden werden können, sondern lediglich eine Orientierung ermöglichen. Insofern handelt es sich bei Generatio-

nenzuschreibungen um eine gesellschaftliche Konvention, die entsprechende Prozesse generalisiert und in gewissem Maße auch konstruiert, ihre Existenzberechtigung aber daraus bezieht, dass sie sich gleichzeitig mit subjektiven Wahrnehmungen einer Generationenzugehörigkeit durch die Individuen deckt.

Dass wir entsprechende Alterskohorten als „Baby-boomer“ bezeichnen, hat also vorrangig damit zu tun, dass diese sich selbst als eine solche Gruppe fühlen, und weniger damit, dass man die Geburtsjahrgänge von 1950–1965 wirklich unter einem gemeinsamen Erfahrungshorizont subsumieren könnte. Für viele der Mitte der 60er Jahre geborenen Menschen dürfte etwa der 1975 beendete Vietnamkrieg ein weniger einschneidendes Ereignis gewesen sein als für die in den 50er Jahren aufgewachsenen Alterskohorten, dafür umso mehr die sowjetische Invasion in Afghanistan 1979, mit der sich der russische Expansionismus erstmals außerhalb des Warschauer Pakts Bahn brach.

Wie bereits angedeutet, werden mit den weiteren Wortbestandteilen „Fairness“, „Gerechtigkeit“, „Solidarität“ vis-à-vis „Konflikt“ oder gar „Krieg“ die Generationenbeziehungen normativ weiter aufgeladen. Auch hier kommt man schnell an die Grenzen zur unzulässigen Vereinfachung. So müsste, wie etwa die „Vermächtnisstudie“ 2014–2018 gezeigt hat, unterschieden werden zwischen den in der Regel von Solidarität geprägten Verhältnissen innerhalb einer Familie und den intragenerationellen Beziehungen. Darin brachten die Befragten der älteren Geburtskohorten ihren Anspruch, der gemeinschaftlichen Verantwortung für die Zukunft der nächsten Generation gerecht geworden zu sein, keineswegs immer auch mit ihren Altersgenossen in Verbindung.

Intergenerationale, also gewissermaßen vertikal zwischen Generationen verteilte, und intragenerationale, entsprechend horizontal verteilte Beziehungen sind also grundlegend voneinander zu unterscheiden, wie sie auf der anderen Seite aber auch zusammen gedacht werden müssen. So weisen beide Begrifflichkeiten eine starke Überschneidung mit dem in den letzten Jahren zu einem wichtigen Paradigma der Gesellschaftspolitik aufgestiegenen Begriff des „sozialen Zusammenhalts“ auf, der solche Beziehungsmuster unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer Altersgruppe darstellt (siehe hierzu Ausgabe 17 dieser Publikationsreihe).

Auch die Begriffe „territorial cohesion“ oder „regionale Kohäsion“, die sich auf die räumlichen Disparitäten der Gesellschaftsentwicklung in Europa beziehungsweise in Deutschland beziehen, sind hier in den Blick zu nehmen. Die vom Grundgesetz geforderte „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ als Staatsauftrag rückt die Frage in den Blick, wie sich eine solche Forderung konkret umsetzen lässt, insbesondere angesichts konkurrierender gesamtstaatlicher Aufgaben, etwa im Bereich der Sicherheitspolitik oder der steigenden Kosten für das Renten- und Gesundheitssystem, die eine neue Austeritätspolitik wahrscheinlich machen.

Das Missverständnis, dass damit eine überall in gleicher Weise zu garantierende Daseinsvorsorge gemeint sei, sollte im Kontext intra- wie intergenerationaler Fairness neu diskutiert werden. So könnte etwa ein fairer intragenerationeller Ausgleich zwischen den Lebensrealitäten in Stadt und Land meinen, dass hochspezialisierte Gesundheitsversorgung nur noch in urbanen Zentren finanziert werden kann, während ländliche Räume dafür von günstigerem Wohnraum profitieren, der in den Städten immer teurer wird. In diesem Fall könnte intergenerationale Fairness in räumlicher Dimension bedeuten, dass weniger mobilen jungen und älteren Menschen ein funktionsfähiger Öffentlicher Personennahverkehr zur Verfügung gestellt werden muss, um auf diese Weise Zugang zu den für sie notwendigen zentralen Dienstleistungen zu erhalten.

Hierfür ist auch der Zugang zu flächendeckendem Internet grundlegend. „Remote Working“ ist eine Arbeitsform, die deutlich mehr von jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern genutzt wird, insbesondere, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu garantieren. Dagegen haben E-Health-Dienstleistungen eher das Potential, von älteren Menschen in Anspruch genommen zu werden – die dafür notwendige digitale Kompetenz und einen Internetzugang vorausgesetzt. Die kommende Herausforderung des Politikfelds „Intergenerationelle Beziehungen“ in räumlicher Dimension ist es demnach, diese Ansprüche und Interessen im öffentlichen Diskurs und im politischen Entscheidungsprozess – von der europäischen bis zur lokalen Ebene – in fairer Weise auszugleichen, ohne dabei die Kosten lediglich den nächsten Generationen aufzubürden, die sich dann auch noch um die entsprechenden Aushandlungsprozesse kümmern müssten.

Dies bringt uns am Ende auch zu der grundsätzlichen Frage der Definition von Gerechtigkeit und Fairness – mit der Fachliteratur dazu ließen sich problemlos ganze Bibliotheken füllen. John Rawls hat schon vor über 50 Jahren eine immer noch beachtenswerte Verbindung beider Leitkategorien vorgelegt und versucht, Solidarität einerseits und Wettbewerbsfähigkeit andererseits als Grundlagen einer sozialen Marktwirtschaft und eines liberalen Wirtschaftssystems gleichermaßen in ein theoretisches Konstrukt quantitativ messbarer gesellschaftlicher Fairnessbeziehungen einzubeziehen. Die auf europäischer Ebene gegenwärtig geführten Diskussionen um die Notwendigkeit eines neuen „Sozialvertrags“ speisen sich aus der gleichen Tradition wie Rawls und zielen auch in die gleiche Richtung (siehe hierzu den Beitrag von **Pieter Vanhuyse** in dieser Publikation).

Sie berühren zudem den Gedanken, dass die Europäische Union und das in Europa vorherrschende Modell des Wohlfahrtsstaats, die auf den Errungenschaften von Demokratie und Menschenrechten sowie sozialem Frieden und territorialer Integrität aufbauen, einen wesentlichen gesellschaftlichen Fortschritt darstellen, den es auch für künftige Generationen zu bewahren gilt. In einer Welt, die heute wieder von Politikern bestimmt wird, die soziale Ungleichheit, politische Korruption, Kleptokratie und Autokratie zum Normalfall erheben wollen, ist dies eine keineswegs triviale Herausforderung.

Die Diskussion darüber, welche Welt wir uns untereinander gönnen beziehungsweise den nächsten Generationen hinterlassen wollen, wird uns deshalb im Grunde ständig begleiten müssen. Denn mit jeder Generation ändern sich Rahmenbedingungen, Lebensverläufe, Interessen und Ansprüche. Um diese Diskussion adäquat führen zu können, ist es für die Politik einerseits wichtig, den Generationenbegriff möglichst genau zu fassen, damit die Zielgruppen entsprechender Politikinterventionen eindeutig bestimmt und nach ihren Interessenslagen differenziert werden können. Andererseits ist eine demografische Datengrundlage notwendig, die eine solide Basis für eine solche Diskussion schaffen kann (siehe hierzu den Beitrag von **Pauline Kleinschlömer und C. Katharina Spieß** in dieser Publikation).

Ebenso sollten Begrifflichkeiten wie „Gleichwertigkeit“, „Fairness“, „Gerechtigkeit“ oder „Solidarität“

vor dem Hintergrund politischer Praxis diskutiert werden, da mit ihnen unterschiedliche normative Konzepte angesprochen werden. Mit Hilfe der somit erzielten begrifflichen Klarheit können politisch Handelnde in Bezug auf eine Neuordnung intergenerationaler Beziehungen realistische Ziele setzen und Grenzen für berechnete Erwartungen benennen.

Im Rahmen eines auf nur wenige Monate angelegten Projekts können verständlicherweise zu dieser Thematik lediglich Denkanstöße gegeben werden. Umso mehr danken wir den führenden Expertinnen und Experten, die dieses Themenfeld in kurzen Kapiteln umschrieben haben und wichtige Impulse und Politikempfehlungen geben, für ihre Beiträge und dem Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die Förderung dieses Projekts.

Literaturhinweise

Albert, M., Quenzel, G., de Moll, F., Leven, I., McDonnell, S., Rysina, A., Schneekloth, U., & Wolfert, S. (2024). *Jugend 2024 – 19. Shell Jugendstudie: Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt*. Beltz Verlagsgruppe.

Allmendinger, J. (2017). *Das Land, in dem wir leben wollen: Wie die Deutschen sich ihre Zukunft vorstellen*. Pantheon.

European Commission. (2026). *Intergenerational Fairness – Citizens' Engagement Platform*. citizens.ec.europa.eu/concluded-online-debates/intergenerational-fairness_en

Hünteler, B. (2022). A new perspective on the generational structures of families – Generational placements over the life course. *Advances in Life Course Research*, 51, 100450. doi.org/10.1016/j.alcr.2021.100450

Neu, C. (2023). *Generationenübergreifendes bürgerschaftliches Engagement für Zukunftsthemen in Kommunen. Potenziale der verschiedenen Altersgruppen im Blick* (Discussion Paper 17). Population Europe.

Rawls, J. (1971). *A Theory of Justice*. Belknap Press of Harvard University Press.

Skytthe, A., Kyvik, K., Holm, N. V., Vaupel, J. W., & Christensen, K. (2002). The Danish Twin Registry: 127 Birth Cohorts of Twins. *Twin Research and Human Genetics*, 5(5), 352-357. doi.org/10.1375/twin.5.5.352

Generationenbegriff



Der Generationenbegriff bietet ein leistungsfähiges Instrument zur Analyse gesellschaftlicher Dynamiken

Klaus Hurrelmann
Hertie School, Berlin

Begriff und theoretische Grundlagen

Angesichts des demografischen Wandels und der damit einhergehenden Pluralisierung der Gesellschaft stellt sich die Frage, was genau der Generationenbegriff umfasst. Welche Unterschiede bestehen zwischen den Generationen, und warum ist trotz der gesellschaftlichen Vielfalt innerhalb der Generationen die Unterscheidung nach geteilten Werten, Einstellungen und Deutungsmustern immer noch sinnvoll?

Der Begriff „Generation“ gehört seit dem frühen 20. Jahrhundert zum zentralen analytischen Vokabular der Soziologie. In die wissenschaftliche Diskussion eingeführt wurde er durch Karl Mannheim, der in seinem grundlegenden Beitrag „Das Problem der Generationen“ (Mannheim, 1928, später publiziert in: Mannheim, 1964) die bis dahin vor allem biologisch oder historisch verstandene Kategorie systematisch für die Sozialforschung erschloss. Mannheim entwickelte eine Theorie, die erklären soll, warum Personen, die in einem ähnlichen historischen Zeit-

abschnitt geboren wurden, gemeinsame Orientierungen, Einstellungen und Handlungsmuster ausbilden können. Er verbindet damit das Ziel, soziale Dynamiken nicht allein über Klassen- oder Schichtzugehörigkeit zu begreifen, sondern über die zeitliche Struktur gesellschaftlicher Erfahrung selbst.

Generationslagerung

Zentral ist bei Mannheim die Unterscheidung zwischen „Generationslagerung“ und „Generationszusammenhang“ beziehungsweise „Generationsgestalt“. Die Generationslagerung bezeichnet die strukturelle Position, die eine Alterskohorte in der Gesellschaft einnimmt. Diese Position entsteht dadurch, dass Menschen desselben ungefähren Geburtszeitraums ähnliche lebensgeschichtliche „frühe Prägungen“ erfahren. Entscheidend ist laut Mannheim nicht allein das biologische Alter, sondern die Teilhabe an denselben formenden historischen Prozessen. Dazu zählen politische Zäsuren, Kriege, wirtschaftliche Krisen, technologische Transformationen oder weitreichende kulturelle Umbrüche. Solche Erfahrungen bilden für eine Kohorte einen spezifischen historischen Resonanzraum.

Generationszusammenhang und Generationsgestalt

Während die Lagerung die objektive Position beschreibt, bezeichnet der Generationszusammenhang die Möglichkeit, dass aus dieser geteilten Lage auch tatsächliche Gemeinsamkeiten im Denken und Handeln entstehen können. Erst wenn eine Alterskohorte auf ihre prägende Situation reflexiv reagiert, bilden sich kollektive Deutungen, Wertorientierungen, symbolische Ordnungen oder typische Lebensstile heraus. Diese konkret ausgebildete Form nennt Mannheim die Generationsgestalt. Sie ist das Resultat der Wechselwirkung zwischen historischer Lagerung und aktiver Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Bedingungen.

Generationen als Träger sozialen Wandels

Mannheims Ansatz geht über eine deskriptive Theorie hinaus. Er betrachtet Generationen als dynamische Kategorien, die sowohl Produkte historischer Prozesse als auch Produzenten gesellschaftlicher Transformation sind. Jede Generation tritt mit einer spezifischen, historisch-biografischen Sensibilität in die gesellschaftliche Arena ein und bringt dadurch neue Perspektiven, Konflikte und Innovationen hervor. In diesem Sinne werden Generationen zu Vehikeln sozialer Erneuerung, aber auch zu Akteuren der Tradierung von Normen und Institutionen. Mannheims Theorie bleibt bis heute ein maßgeblicher Bezugspunkt für die Generationsforschung. Moderne empirische Studien greifen seine Unterscheidung von Lagerung und Gestalt auf, auch wenn sie diese systematisch und methodisch weiterentwickeln.

Empirische Generationenforschung

Schelskys Pionierstudie

In den 1950er-Jahren überführte Helmut Schelsky Mannheims theoretische Ideen in ein empirisches Forschungsprogramm (Schelsky, 1963). Seine repräsentative Befragung der 1925–1940 Geborenen – der später so genannten Nachkriegsgeneration – zeigte, dass diese Gruppe nicht primär in einem moralischen Konflikt mit der Elterngeneration stand. Vielmehr ergaben die Erfahrungen von Krieg, Entbehrung und Neuaufbau eine „pragmatische und nüchterne Handlungsgemeinschaft“. Die politischen Orientierungen dieser jungen Menschen waren zurückhaltend, unideologisch und stark auf das Alltagsbewältigen gerichtet. Schelsky prägte dafür die Bezeichnung der „skeptischen Generation“, die lange prägend für den westdeutschen Nachkriegsaufbau wurde.

Erweiterung der Forschung seit den 1960er-Jahren

An Schelskys Studie schließt eine wachsende empirische Generationenforschung an. Besonders hervorzuheben ist die Reihe der Shell Jugendstudien, die seit den 1950er-Jahren im Abstand von vier bis fünf Jahren systematisch Einstellungen, Wertmuster und Lebenslagen der 12- bis 25-Jährigen in Deutschland erfassen (Albert, Quenzel & Schneekloth, 2024). Die Shell-Studien ermöglichen eine über Jahrzehnte fortgeschriebene Beobachtung zentraler Trends im Bildungsanspruch, im politischen Verhalten, in der beruflichen Orientierung und im Wertewandel.

Ergänzend dazu liefern die Sinus-Studien qualitative Informationen über jugendliche Lebenswelten und soziale Milieus (Calmbach et al., 2024). Sie identifizieren übergreifende Orientierungsräume und zeigen auf, wie unterschiedliche soziale Milieus prägende Generationenerfahrungen vermitteln oder transformieren.

Seit 2020 tragen die Trendstudien Jugend in Deutschland (Schnitzer, Hampel & Hurrelmann, 2024) zu einer stark verdichteten und zeitnahen Datengrundlage bei. Die jährlich erscheinenden Online-Befragungen erfassen die Lebenslagen der 14- bis 29-Jährigen und bieten durch zweijährliche Parallelbefragungen der 30- bis 49-Jährigen sowie der 50- bis 69-Jährigen Bevölkerung einen generationenübergreifenden Vergleich.

Internationale Studien

Auf europäischer Ebene ergänzen Erhebungen der Statistikbehörde Eurostat die Datenbasis (Eurostat, 2011). Besonders einflussreich ist die US-amerikanische Tradition groß angelegter Längsschnittstudien. Die Studie Monitoring the Future (MTF), seit 1975 jährlich erhoben, untersucht die Wertorientierungen, Einstellungen und Verhaltensweisen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Langzeitperspektive (Patrick et al., 2024). Solche Datenreihen erlauben präzise Analysen von Generations- und Alterseffekten sowie langfristigen Trends in Bildung, Arbeitsmarktintegration und politischer Partizipation.

Kohortenbezogener Generationenbegriff

Die empirische Forschung verwendet häufig eine grobe Einteilung von Alterskohorten in 15-Jahres-Intervallen, die typischerweise mit symbolträchtigen Generationsbezeichnungen versehen werden. Dazu zählen – im Anschluss an die skeptische Generation – etwa die 1968er, die Babyboomer (1950–1965), die Generation X (1965–1980), die Generation Y (1980–1995), die Generation Z (ab 1995) und die Generation Alpha (ab 2010) (Hurrelmann & Albrecht, 2014, 2020). Die Klassifikation hat sich in der öffentlichen Debatte etabliert, ist aber methodisch umstritten:

- Historische Umbrüche treten nicht in festen Intervallen auf.
- Kohorteneffekte lassen sich schwer von Alterseffekten unterscheiden.
- Über generelle Zuschreibungen besteht die Gefahr der Stereotypisierung.

Dennoch bleibt die idealtypische Kohortenanalyse wissenschaftlich nützlich, wenn sie als heuristische Struktur dient, um prägende historische Bedingungen bestimmten Geburtsjahrgängen zuzuordnen und Unterschiede zwischen jungen und älteren Kohorten sichtbar zu machen (Albert et al., 2019; Schröder, 2018). Die Generationslabels fungieren dabei vor allem als metaphorische Kurzformeln für typische Orientierungen (Hurrelmann & Albrecht, 2021).

Lebenslaufbezogener Generationenbegriff

Neben kohortenbasierten Ansätzen hat sich ein lebenslaufbezogener Generationenbegriff etabliert. Er unterscheidet die:

- junge Generation (unter 30 Jahre),
- mittlere Generation (30 – 60 Jahre),
- ältere Generation (über 60 Jahre).

Dieser Zugang betont die sozialstrukturelle Position im Lebensverlauf, insbesondere die Übergänge zwischen Jugend, Erwachsenenalter und später Lebensphase (Kohli, 1991). Die jeweiligen Herausforderungen und Ressourcen, die mit Bildungsphasen, Berufseinstieg, Familiengründung, Karriereentwicklung oder Ruhestand einhergehen, prägen die Generationenerfahrung wesentlich. In dieser Perspektive wird Generation also nicht primär durch das Geburtsjahr, sondern durch biografische Statuspassagen bestimmt (Böhnisch, 2001).

Lagerung und Gestalt der drei Generationen im Lebenslauf

Junge Generation (unter 30 Jahre)

Die nach 1995 Geborenen – Generation Z und Alpha – sind geprägt durch:

- die tiefgreifenden Bildungs- und Sozialfolgen der Covid-19-Pandemie,
- digitalisierte Lebens- und Arbeitswelten,
- wachsende Unsicherheiten auf Arbeitsmärkten,
- ökologische Gefährdungen, geopolitische Instabilität und hohe Lebenshaltungskosten.

Die Generationsgestalt dieser Gruppe ist durch Flexibilitätsanforderungen, einen starken Wunsch nach Selbstentfaltung und eine kritische Haltung gegenüber etablierten politischen und ökonomischen Strukturen charakterisiert.

Mittlere Generation (30 – 60 Jahre)

Diese Gruppe – überwiegend Generation X und Y – steht in einer Übergangsphase zwischen analoger und digitaler Sozialisation. Sie hat Ereignisse wie 9/11, Finanzkrise, Fukushima und die digitale Revolution im Erwachsenenalter erlebt. Typische Merkmale:

- berufliche Konsolidierung, aber hoher Anpassungsdruck,
- Vereinbarkeit beruflicher Aufgaben mit familiären Verpflichtungen („Sandwich-Position“),
- Suche nach Stabilität bei gleichzeitiger Offenheit für Innovationen.

Ältere Generation (60+ Jahre)

Die älteren Kohorten – von der Nachkriegsgeneration bis zu den Babyboomern – sind geprägt durch:

- wirtschaftlichen Aufschwung und stabile Erwerbsbiografien,
- einen ausgebauten Sozialstaat und verlässliche Rentensysteme,
- starke institutionelle Einbindung und politische Erfahrung,
- häufig konservativere kulturelle und technologische Orientierungen,
- ihre Generationsgestalt ist stark sicherheitsorientiert und institutionenvertrauend.

Spezifische Auswirkungen der Generationslagerung

Die Wirkung der Generationslagerung zeigt sich vor allem in vier Dimensionen:

| | | Wirtschaftliche Bedingungen 1 | Technologische Bedingungen 2 | Kulturelle Unterschiede 3 | Politische Rahmenbedingungen 4 |
|--|---------------------|--|--|---|---|
| | Junge Generation | <ul style="list-style-type: none"> • häufig prekäre Übergänge in Arbeit • hohe Wohn- und Lebenshaltungskosten • Sorge um Altersvorsorge | <ul style="list-style-type: none"> • Digital Natives • hohe Kompetenz, aber auch hohe Exposition gegenüber digitalen Risiken | <ul style="list-style-type: none"> • Werte wie Diversität und Individualität • flexible Lebensmodelle | <ul style="list-style-type: none"> • Gefühl mangelnder Repräsentation • Forderung nach Reformen |
| | Mittlere Generation | <ul style="list-style-type: none"> • stabile Erwerbsposition • Belastung durch Vereinbarkeit von Beruf und Care-Arbeit | <ul style="list-style-type: none"> • Brückenposition zwischen analoger und digitaler Welt | <ul style="list-style-type: none"> • Synthese aus Stabilitätsorientierung und Selbstverwirklichungsanspruch | <ul style="list-style-type: none"> • Vermittlung zwischen Bewahrung und Veränderung |
| | Ältere Generation | <ul style="list-style-type: none"> • Profite aus stabilen Arbeitsmärkten und solidarischen Rentensystemen | <ul style="list-style-type: none"> • Herausforderungen durch Digitalisierungsdruck | <ul style="list-style-type: none"> • stärkere Orientierung an traditionellen Normen und Sicherheit | <ul style="list-style-type: none"> • Betonung politischer Stabilität und institutioneller Kontinuität |

Zusammenfassung

Der Generationenbegriff bietet ein leistungsfähiges Instrument zur Analyse gesellschaftlicher Dynamiken. Aufbauend auf Mannheim erlaubt er, historische Prägungen, biografische Positionen und sozialstrukturelle Bedingungen zusammenzuführen. Generationen bilden sich dort, wo gemeinsame Lagerungen in kollektive Gestalten übersetzt werden – in Werte, Einstellungen und typische Deutungsmuster. Sowohl kohorten- als auch lebenslaufbezogene Ansätze liefern dabei unterschiedliche, einander ergänzende Perspektiven. Trotz methodischer Herausforderungen bleibt der Generationenbegriff zentral, um die Wechselwirkungen zwischen sozialem Wandel, historischer Erfahrung und biografischer Entwicklung zu verstehen und die strukturellen Unterschiede zwischen jungen, mittleren und älteren Altersgruppen analytisch sichtbar zu machen.

Literaturhinweise

- Albert, M., Hurrelmann, K., Leven, I., Quenzel, G., & Schneekloth, U. (2019). Der Nutzen des Begriffs Generation in Soziologie und Jugendforschung: Eine Replik auf Martin Schröders These vom „Generationenmythos“. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 71(3), 457-469. doi.org/10.1007/s11577-019-00635-5
- Albert, M., Quenzel, G., & Schneekloth, U. (2024). *Die 19. Shell Jugendstudie – Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt*. Beltz. elibrary.utb.de/doi/abs/10.3224/diskurs.v20i1.09
- Böhnisch, L. (2001). *Sozialpädagogik der Lebensalter* (3. Aufl., Bd. 6). Juventa.
- Calmbach, M., Flaig, B. B., Gaber, R., Gensheimer, T., Möller-Slawinski, H., Schleer, C., & Wisniewski, N. (mit Bundeszentrale für Politische Bildung, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, Arbeitsstelle für Jugendseelsorge, Bund der Deutschen Katholischen Jugend, DFL Stiftung, & SINUS Markt- und Sozialforschung GmbH). (2024). *Wie ticken Jugendliche? 2024: Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland*. Bundeszentrale für politische Bildung.
- Eurostat. (2011). *Active ageing and solidarity between generations: A statistical portrait of the European Union 2012*. Publications Office. data.europa.eu/doi/10.2785/17758
- Hurrelmann, K. (2025). *Produktive Realitätsverarbeitung. Sozialisation in einer Welt voller Unsicherheiten* (1. Aufl.). Beltz.
- Hurrelmann, K., & Albrecht, E. (2014). *Die heimlichen Revolutionäre. Wie die Generation Y unsere Welt verändert* (Bd. 2015). Beltz.
- Hurrelmann, K., & Albrecht, E. (2020). *Generation Greta. Was sie denkt, wie sie fühlt und warum das Klima erst der Anfang ist*. Beltz.
- Hurrelmann, K., & Albrecht, E. (2021). *Gen Z: Between Climate Crisis and Coronavirus Pandemic*. Routledge. doi.org/10.4324/9781003128700
- Kohli, M. (1991). Lebenslauftheoretische Ansätze in der Sozialisationsforschung. In K. Hurrelmann & U. Bauer (Hrsg.), *Neues Handbuch der Sozialisationsforschung* (gesis-solis-00139592; S. 303-317) Beltz.
- Mannheim, K. (1964). Das Problem der Generationen. In K. H. Wolff (Hrsg.), *Wissenssoziologie: Auszug aus dem Werk* (S. 509-565). Luchterhand.
- Patrick, M. E., Miech, R. A., Johnston, L. D., & O'Malley, P. M. (2024). *Monitoring the Future. Panel Study Annual Report: National Data on Substance Use among Adults Ages 19 to 65, 1976-2023*. Institute for Social Research. eric.ed.gov/?id=ED671869
- Schelsky, H. (1963). *Die skeptische Generation*. Diedrichs.
- Schnetzer, S., Hampel, K., & Hurrelmann, K. (2024). *Trendstudie Jugend in Deutschland 2024: Verantwortung für die Zukunft? Ja, aber*. Data-jockey.
- Schröder, M. (2018). Der Generationenmythos. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70(3), 469-494. doi.org/10.1007/s11577-018-0570-6

Jugend



Um die Lebenslagen und Einstellungen der jungen Generation in Deutschland zu verstehen, braucht es eine differenzierte Betrachtung

Mathias Albert
Universität Bielefeld

Lässt sich das Verhältnis zwischen den Generationen neu ordnen? Ist dies wünschenswert oder notwendig? Ist es überhaupt sinnvoll, von einem irgendwie „geordneten“ Verhältnis zwischen so heterogenen Gebilden wie Generationen zu sprechen, die jeweils selbst eine große Bandbreite von Lebenslagen, Einstellungen und Werten abbilden?

Unbestritten ist, dass die Bevölkerung in Deutschland immer älter und der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung immer kleiner wird. Aktuell ist weder eine Trendwende bei der Geburtenrate erkennbar noch eine Trendumkehr alleine durch Einwanderung mit einem entsprechend höheren Anteil jüngerer Menschen als in der Gesamtbevölkerung. Unbestritten ist jedoch ebenfalls, dass es gegenwärtig kaum zutreffend wäre, von einem akuten Generationenkonflikt zu sprechen, obwohl das Entstehen eines solchen bereits seit längerem vorhergesagt wurde.

Der vorliegende Beitrag wirft zunächst einen schlaglichtartigen Blick auf die Befindlichkeit der Jugend in Deutschland, vor allem unter Rückgriff auf die Ergebnisse der Shell Jugendstudie

als einer langfristig angelegten Trendstudie. Dabei spielt insbesondere auch eine Rolle, wie die Jugend sich selbst und ihre Position in der Gesellschaft wahrnimmt. Nach einer kurzen Überlegung dazu, inwiefern sich überhaupt „Generationen“ als Kristallisationspunkt möglicher gesellschaftlicher Konfliktlinien eignen, wird anschließend kurz auf mögliche Kandidaten für ebensolche Konfliktlinien eingegangen.

Wie geht es der Jugend?

Weiterhin zuversichtlich, aber ...

Gerade in einer längerfristigen Perspektive ist es bemerkenswert, dass Jugendliche sich eine vergleichsweise optimistische Sicht auf die Zukunft der Gesellschaft bewahren: 56 Prozent sehen diese eher zuversichtlich, das ist der höchste Anteil seit einem Vierteljahrhundert. Dass Jugendliche trotz vielfältiger Krisen eine solche positive Zukunftssicht bewahren, drückt dabei nicht nur persönliche Erfahrungen von Krisenbewältigung aus (sprich: die Corona-Pandemie war ein tiefer Einschnitt im Leben der Jugendlichen, sie wurde aber überstanden), sondern eine seit nunmehr etwa einem Vierteljahrhundert feststellbare, ausgeprägt pragmatische Orientierung eines Großteils der jungen Generation.

Optimismus ist dabei nicht zu verwechseln mit Naivität. Die Jugendlichen haben große Ängste, am meisten vor Krieg, der wirtschaftlichen Entwicklung, einer wachsenden Feindseligkeit zwischen den Menschen, Umweltzerstörung und Klimawandel. Dabei bleibt das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der politischen Parteien gering, aber dies übersetzt sich bislang nicht in eine grundsätzliche Kritik am Staat und an der Demokratie.

Gerade in Bezug auf die politischen Einstellungen der Jugendlichen lassen sich dabei bemerkenswerte Entwicklungen beobachten. Vor dem Hintergrund eines in den letzten Jahren wieder deutlich angestiegenen Interesses für Politik lassen sich durchaus Polarisierungstendenzen beobachten. Diese sind in ihrer Gesamtheit aber bislang nicht so ausgeprägt, dass von einer nachhaltigen politischen Polarisierung der Jugend gesprochen werden könnte. Die Tendenz ist jedoch vorhanden, und sie ist vor allem stark nach Geschlecht differenziert, wobei tendenziell weibliche Jugendliche eher nach links und männliche Jugendliche eher nach rechts wandern.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Beobachtung, dass sich heute so viele Jugendliche wie noch nie überhaupt positionieren. Nur noch jede/r Zehnte tut dies nicht. Damit einher geht ein weiter steigendes Interesse an Politik, wobei sich erstmals weibliche Jugendliche genauso interessiert zeigen wie männliche Jugendliche.

Allerdings übersetzen sich diese Positionierung und das Interesse bislang nicht in ein gestiegenes politisches Engagement. Dies betrifft sowohl traditionelle Engagementformen, etwa in den (Jugendorganisationen der) politischen Parteien, aber auch neue Formen: Eine breite Jugend- beziehungsweise Jugendprotestbewegung existiert momentan nicht. Sie bestand zeitweise in Form der „Fridays for Future“-Proteste, welche insbesondere auch von der damit verbundenen Erfahrung politischer Selbstwirksamkeit am Leben gehalten wurden, die Einschränkungen während der Coronapandemie aber nicht überdauern konnten. Gerade vor dem Hintergrund des fortdauernden Eindrucks vieler Jugendlicher, von der Politik nicht gehört zu werden, haben die „Fridays for Future“-Proteste aber durchaus gezeigt, dass Jugendbewegungen auch relativ schnell entstehen können, wenn eine entsprechende Mobilisierung gelingt.

Bevor weiter unten auf mögliche Mobilisierungspotenziale eingegangen wird, ist zunächst – zur Abrundung des vorliegenden Kurzporträts der Befindlichkeiten der Jugend in Deutschland – noch zu erwähnen, dass der Blick auf die persönliche Zukunft bei den Jugendlichen nicht so positiv ausfällt wie derjenige auf die Zukunft der Gesellschaft. Eine im Trendverlauf leichte Eintrübung der Perspektiven lässt sich hier vor allem bei den Jugendlichen aus den höheren sozialen Schichten beobachten, die traditionelle Schere bei der Sicht auf die persönliche Zukunft zwischen den sozialen Schichten hat sich teilweise geschlossen.

Hierin spiegeln sich vor allem auch die Perspektiven auf die berufliche Zukunft wider, die wesentlich von demografischen, wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungen beeinflusst werden. Der demografische Wandel bedingt eine hohe Nachfrage auch nach Fachkräften mit einfachen und mittleren Abschlüssen, während sich insbesondere Hochschulabschlüsse nicht mehr ohne Weiteres in (zukunfts-)sichere Beschäftigungsverhältnisse übersetzen lassen und dabei viele Tätigkeitsfelder zusätzlich durch Anwendungen Künstlicher Intelligenz bedroht sind.

Was ist „die Jugend“ und was ist eine „Generation“?

In der Moderne hat sich die Jugend als ein eigener Lebensabschnitt mit eigens zu bewältigenden, individuellen Entwicklungsaufgaben im Übergang vom Kindes- ins Erwachsenenalter herausgebildet. Daraus, dass Jugend als Abschnitt im Lebenslauf identifizierbar ist, folgt aber noch lange nicht, dass *die* Jugend als ein eindeutiger Zusammenhang eines vor allem über das Alter definierten Teils der Gesellschaft bestimmbar würde. Es ist beinahe schon eine Binsenweisheit: *Die* Jugend gibt es nicht. Zu groß ist die Vielfalt von Lebenslagen, Einstellungen, Werten; und das, was oftmals und medienwirksam als Generation X, Y, Z etc. beschrieben wird, wird dieser Vielfalt eher nicht gerecht, sondern beschreibt gemeinhin eher typische Eigenschaften ganz bestimmter Leitmilieus (in der Tendenz: besser gebildet, obere Mittelschicht aufwärts).

Trotzdem ist es sinnvoll, am Generationenbegriff festzuhalten. Er erlaubt die differenzierte Beschreibung spezifischer, in bestimmten historischen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Kontexten eingebetteter Generationseinheiten. Solche Generationseinheiten weisen bedeutsame Gemeinsamkeiten in ihren Lebenslagen, Einstellungen und Wertemustern auf. Wichtig ist dabei die Feststellung, dass jede Generation aus einer Reihe von Generationseinheiten besteht, die mitnichten einen einzigen gemeinsamen Generationszusammenhang bilden: Dies ist der Fehlschluss, wenn etwa der Begriff „Generation Z“, der ganz bestimmte Eigenschaften einer Generationseinheit beschreibt, als Beschreibung für den Generationszusammenhang einer ganzen Generation genommen wird.

Gerade eine derart differenzierte Betrachtung lässt es dann auch als fast schon selbstverständlich erscheinen, dass in vielerlei Hinsicht oftmals Gemeinsamkeiten zwischen einzelnen Generationseinheiten *unterschiedlicher* Generationen größer sind als solche zwischen Generationseinheiten *innerhalb einer einzigen Generation*.

Generationenkonflikte?

Die Überlegung am Ende des vorhergehenden Abschnitts ist zentral, wenn die Rede von „Generationenkonflikten“ sein soll. Vereinfacht ausgedrückt, erklärt sie, warum Generationenkonflikte zwar bereits des Öfteren ausgerufen worden sein mögen, sich so aber noch nicht haben einstellen wollen. Vereinfacht gesprochen, kann streng genommen von einem Generationenkonflikt nur dann gesprochen werden, wenn sich eine prägende Konfliktlinie zwischen mindestens der Mehrheit der Generationseinheiten einer Generation und anderen Generationen herausbildet, die dabei generationsübergreifende Unterschiede und Konfliktlinien, etwa anhand von Geschlecht, Bildungsgrad, Stadt-Land etc., überlagert.

Dies soll nicht heißen, dass es nicht immer auch durch intergenerationale Differenzen mitbestimmte gesellschaftliche Konfliktlinien gibt. Zu denken wäre hier etwa an die Fragen der Reaktionen auf den Klimawandel: Dass diese, insbesondere ausgeprägt im Rahmen der „Fridays for Future“-Bewegung, auch mit dem Thema intergenerationaler Klimagerechtigkeit verknüpft wurden, verweist auf Differenzen zwischen Generationen. Es erzeugt aber gerade bei einem Thema, bei dem sich unterschiedliche Lager in Bezug auf die notwendigen Reaktionen auf den Klimawandel (gar nicht zu reden von den sogenannten „Klimaleugnern“) in allen Altersgruppen gegenüberstehen, noch lange keinen „Generationenkonflikt“.

Ein Generationenkonflikt im engeren Sinne bedarf einer Konfliktlinie, die vor allem entlang von Altersgrenzen verläuft. Was wären mögliche Kandidaten hierfür?

Eine sich primär entlang einer Altersgrenze herausbildende Konfliktlinie benötigt eine unmittelbare Betroffenheit, welche sich an einer solchen Altersgrenze abbildet. Dies bedeutet zunächst, scheinbar paradoxerweise, dass etwa die Folgen des demografischen Wandels und sich daran anschließende Fragen der Generationengerechtigkeit nicht unbedingt geeignete Kandidaten darstellen. Zwar mögen sich viele Jugendliche Sorgen um ihre Zukunft machen und sich dabei kritisch fragen, wie ein immer kleiner werdender Teil von beitragszahlenden Arbeitskräften immer größere Renten- und Pflegekosten schultern soll. Mangels einer direkt erfahrbaren, unmittelbaren Benachteiligung steht aber zu vermuten, dass dies ein Thema bleibt, das in jugendlichen Lebenswelten keine so große Rolle spielt, als dass hieraus eine konfliktfördernde Mobilisierung erwachsen könnte.

Auch Veränderungen in der Arbeitswelt, etwa schlechtere Berufschancen für höher Gebildete infolge des Einsatzes von KI oder unterschiedliche Erfahrungsräume in der digitalen Welt, bilden hier kaum Ansatzpunkte. Am ehesten ließe sich ein solcher Ansatzpunkt dort vermuten, wo den Jugendlichen in einer gesellschaftlichen Umwelt, die allgemein als herausfordernd wahrgenommen wird, spezifisch auf Jugendliche gerichtete Leistungen abverlangt werden.

Eine mögliche umfassende Wiedereinsetzung der Wehrpflicht beziehungsweise einer noch darüber hinaus gehenden Dienstpflicht könnte eine solche Konfliktlinie begründen. Dass sie dies tun wird, ist keinesfalls ausgemacht. Auch nicht, dass ein Generationenkonflikt entsteht, der neben anderen gesellschaftlichen Konfliktlinien überhaupt als wesentlich erscheint. So steht etwa zu vermuten, dass sich eher soziale Schicht, Bildungsgrad und Wohnort auf politische Polarisierungsprozesse auswirken werden als das Alter.

Ausblick: Forschungsfragen und Handlungsfelder

Um die Lebenslagen und Einstellungen der jungen Generation in Deutschland zu verstehen, braucht es eine differenzierte Betrachtung. Nur Leitmilieus und eine bestimmte Generationseinheit innerhalb einer Generation in den Blick zu nehmen, ist zwar medienwirksam, führt aber eben auch dazu, dass ein sehr großer Teil einer Generation aus den Augen verloren wird. In Deutschland findet sich ein derart verkürzter Blick vor allem auch deshalb kaum, da sich hier eine weltweit wohl einmalige Tradition qualitativ hochwertiger Jugendforschung und -berichterstattung herausgebildet hat. Die Shell Jugendstudie ist die Jugendstudie mit der weltweit längsten Tradition (seit 1953) und wird mittlerweile durch ein breites Portfolio weiterer Jugendstudien mit unterschiedlicher Ausrichtung ergänzt.

Seit Jahrzehnten ist es ein Mantra der Jugendforschung, dass Jugendliche ernst genommen werden wollen und sollen; dass auch Jugendforschung nicht nur „über“, sondern in gewissem Sinne nur (im Dialog) „mit“ Jugendlichen funktioniert. Das ist aber nicht das Problem. Die Jugendlichen haben nicht das Gefühl, von der Jugendforschung nicht ernst genommen zu werden. Sie fühlen sich vielmehr von der Politik nicht ernst genommen. Das aktive Zugehen auf Jugendliche und der aktive Dialog mit Jugendlichen ist dabei für die Politik keine neue Aufgabe. Sie stellt sich aber verschärft gerade dann, wenn gesamtgesellschaftliche Aufgaben zu einem großen Teil von den Jugendlichen geschultert werden sollen (sprich: Wehr- beziehungsweise allgemeine Dienstpflicht). Hier sind Spannungslinien angelegt, welche zumindest im Ansatz auch das Potential für einen Generationenkonflikt bergen. Eine von der Jugendforschung beratene und Jugendliche hier gezielt fragende Politik würde diesen zeigen, dass sie jene ernst nimmt.

Politische Handlungsempfehlungen

- **Vertrauen in die Politik steigern.** Dem Vertrauensverlust Jugendlicher in die Problemlösungsfähigkeiten der Parteien sollte entgegengewirkt werden, damit er sich nicht in eine generelle Skepsis gegenüber Staat und Demokratie übersetzt.
- **Differenzierte Betrachtung der Jugendlichen.** Politische Entscheidungen und Maßnahmen sollten auf einer differenzierten Analyse der Lebenslagen und Einstellungen junger Menschen basieren, statt sich auf einzelne Leitmilieus oder medienwirksame Generationseinheiten zu beschränken. Nur so können die vielfältigen Interessen der gesamten jungen Generation angemessen berücksichtigt werden.
- **Den Bedürfnissen Jugendlicher mehr Gewichtung in politischen Prozessen geben.** Jugendliche sollten aktiv in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Politische Maßnahmen sollten gezielt die Bedürfnisse junger Menschen berücksichtigen, um ihre Interessen angemessen zu vertreten und die demokratische Partizipation zu stärken.
- **Möglichen Konflikten zwischen Generationen frühzeitig vorbeugen.** Dort, wo spezifische Anforderungen oder Pflichten gezielt auf Jugendliche wirken, sollten Interessen frühzeitig abgewogen werden, um mögliche Konfliktlinien zu moderieren (zum Beispiel bei der Debatte um den Wehrdienst).

Literaturhinweise

Albert, M., Quenzel, G., de Moll, F., Leven, I., McDonnell, S., Rysina, A., Schneekloth, U., & Wolfert, S. (2024). *Jugend 2024 – 19. Shell Jugendstudie: Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt*. Beltz Verlagsgruppe.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2024). *17. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe*. BMFSFJ.

Calmbach, M., Flaig, B. B., Gaber, R., Gensheimer, T., Möller-Slawinski, H., Schleer, C., & Wisniewski, N. (mit Bundeszentrale für Politische Bildung, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, Arbeitsstelle für Jugendseelsorge, Bund der Deutschen Katholischen Jugend, DFL Stiftung, & SINUS Markt- und Sozialforschung GmbH). (2024). *Wie ticken Jugendliche? 2024: Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland*. Bundeszentrale für politische Bildung.

Kuger, S., Bernhardt, J., Herz, A., Linberg, A., Recksiedler, C., Simm, I., Ulrich, S., Braun, D., Blindow, K., Fischer, A., Schacht, D., Quellenberg, H., Berngruber, A., Chabursky, S., Eichhorn, T., Entleitner-Phleps, C., Guglhoer-Rudan, A., Hofherr, S., Langmeyer, A., ... & Walper, S. (2024). *Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten 2023 (AID:A 2023). Haupterhebung, 2023* (Version 1.0.0). Deutsches Jugendinstitut.

Schnetzer, S., Hampel, K., & Hurrelmann, K. (2024). *Trendstudie Jugend in Deutschland 2024: Verantwortung für die Zukunft? Ja, aber*. Datajockey.

TUI Stiftung. (2025). *Jugendstudie der TUI Stiftung*. www.tui-stiftung.de/unsere-projekte/junges-europa-die-jugendstudie-der-tui-stiftung/

Witte, J., Zeitler, A., Hasemann, L., & Diekmannshemke, J. (2023). *DAK Kinder- und Jugendreport 2023. Gesundheit und Gesundheitsversorgung während und nach der Pandemie*. www.dak.de/dak/unternehmen/reporte-forschung/dak-kinder-und-jugendreport-2023_45524

Gerechtigkeitswahrnehmungen von Schülerinnen und Schülern mit Migrationsgeschichte



Fairness, Transparenz und Unterstützung sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass sich alle Jugendlichen im Bildungssystem fair behandelt fühlen

Claudia Diehl
Universität Konstanz

In Deutschland wurde die Einwandererbevolkerung lange Zeit von Personen mit relativ niedrigem Bildungsniveau dominiert. Dieses Erbe sowie die oft beschriebene Weitergabe eines niedrigen Bildungsniveaus innerhalb von Familien prägen in Deutschland weiterhin die Bildungswege von Migrantinnen und Migranten und ihren Nachkommen, der sogenannten Zweiten Generation: sie besuchen niedrigere Bildungswege als Angehörige der Mehrheitsgesellschaft und erreichen ein niedrigeres Bildungsniveau.

Studien, die die Gründe für diese Ungleichheiten untersuchen, legen nahe, dass Kinder von Zuwanderern in erster Linie als Kinder von Eltern mit niedrigem formalem Bildungsniveau

benachteiligt sind (Diehl et al., 2016). Darüber hinaus sind sie zusätzlich mit migrationsbezogenen Hürden konfrontiert, wie etwa einer geringeren Beherrschung der Sprache des Aufnahmelandes oder Voreingenommenheit und Diskriminierung seitens der Lehrkräfte (Dollmann, 2025). Positiv zu vermerken ist, dass Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund hohe Bildungsaspirationen haben (Becker & Gresch, 2016).

Die Frage, wie Jugendliche selbst das Bildungssystem unter Ungleichheits- und Fairnessgesichtspunkten einschätzen, hat bislang wenig Beachtung gefunden (Resh & Sabbagh, 2016). Dies ist erstaunlich, da die subjektive Wahrnehmung von Ungleichheit und mangelnder Fairness in der Schule bekanntermaßen in einem negativen Zusammenhang mit dem Bildungserfolg, der Motivation, dem akademischen Selbstkonzept, dem Interesse an einer Aufgabe und dem Eifer, gute Leistungen zu erbringen, steht (Helm et al., 2020). Sie geht auch mit einem Gefühl der Nichtzugehörigkeit und einer geringeren Lebenszufriedenheit in späteren Jahren einher (Grew et al., 2024).

Die bisherige Forschung hat diese Fairnesswahrnehmungen vor allem aus einer psychologischen und erziehungswissenschaftlichen Perspektive betrachtet und weniger analysiert, welche Unterschiede es diesbezüglich nach sozio-ökonomischer Herkunft gibt. Allerdings wird in PISA-Daten die wahrgenommene Fairness der Behandlung durch Lehrkräfte erhoben. Dort gaben knapp 51 Prozent der Schülerinnen und knapp 60 Prozent der Schüler an, sich einige Male im Monat oder häufiger von Lehrkräften im Hinblick auf die abgefragten Kriterien unfair behandelt zu fühlen (zum Beispiel harscher sanktioniert zu werden als andere).

Damit liegt Deutschland etwas über dem OECD-Durchschnitt (OECD, 2017, S. 360). In den PISA-Daten zeigt sich auch, dass die Unterschiede zwischen zugewanderten und deutschstämmigen Schülerinnen und Schülern (rund 15 Prozentpunkte Abstand) deutlich größer sind als die zwischen sozio-ökonomisch benachteiligten und privilegierten Jugendlichen (rund 2 Prozentpunkte Abstand).

Genauere Auskunft über Gruppenunterschiede in den Fairnesswahrnehmungen im Schulkontext gibt ein Forschungsprojekt an der Universität Konstanz: Im Rahmen des Projekts PerFair (Die Wahrnehmung von Ungleichheit und Fairness unter Schülerinnen und Schülern) wurden ab 2022/23 knapp 3.000 Siebtklässlerinnen und -klässler in mehreren Bundesländern zweimal im Abstand von zwei Jahren nach ihren Wahrnehmungen von Ungleichheit in Schule und Gesellschaft und nach ihren politischen Einstellungen befragt. In diesen Daten zeichnen sich zwei Ergebnisse ab:

Zunächst einmal nimmt die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler das Bildungssystem als gerecht wahr; dies bezieht sich sowohl auf spezifische institutionelle Aspekte, wie etwa die frühe Aufteilung von Kindern auf unterschiedliche Schultypen, als auch auf die wahrgenommene Notenfairness und die Zuweisung zu den verschiedenen Schultypen (Diehl et al., 2025).

Hinsichtlich der Unterschiede in den Fairnesswahrnehmungen nach soziodemografischem Hintergrund zeigt sich in den Daten des PerFair Projekts ein ähnliches Muster wie in den PISA-Daten: Die Wahrnehmung, unfair behandelt worden zu sein, konzentriert sich vor allem in der Gruppe der Jugendlichen mit Migrationsgeschichte. Dies zeigt sich sowohl bei der Einschätzung der Fairness der eigenen Note als auch der Platzierung auf einem der verschiedenen Schulzweige.

Dies ist umso erstaunlicher, als Jugendliche mit Migrationshintergrund generell ausgeprägte Gerechtigkeitswahrnehmungen (*Just World Beliefs*) haben. So stimmen 38 Prozent der

Schülerinnen und Schüler mit Migrationsgeschichte, aber nur 28 Prozent der Deutschstämmigen der Aussage zu, dass Menschen im Leben bekommen, was sie verdienen. Geht es aber um die eigene faire Behandlung, sehen sich Jugendliche aus zugewanderten Familien besonders häufig unfair behandelt.

Im Rahmen des PerFair Projekts wurde auch erhoben, wie häufig die Jugendlichen der Meinung sind, auf eine höhere Schulform als die aktuell besuchte zu gehören. In der Gruppe derer, die *nicht* aufs Gymnasium gehen, geben insgesamt rund 13 Prozent der befragten Jugendlichen an, sich auf einem für sie zu niedrigen Schulzweig zu befinden. Ebenso wie bei der wahrgenommenen Notenfairness fallen Unterschiede nach Geschlecht und elterlicher Bildung vergleichsweise gering aus. Deutlich zeigt sich jedoch eine Wahrnehmungslücke zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationsgeschichte: Während etwa 10 Prozent der deutschstämmigen Schülerinnen und Schüler der Ansicht sind, eine höhere Schulform würde besser zu ihnen passen, liegt dieser Anteil unter Jugendlichen mit Migrationsgeschichte bei rund einem Viertel (24 Prozent).

Wenn es um die subjektive Wahrnehmung geht, spielt die Migrationsgeschichte also offenbar eine größere Rolle als die elterliche Bildung und der ökonomische Status. Aber warum ist dies so? Hierfür sind verschiedene Faktoren verantwortlich.

Erstens haben Schülerinnen und Schüler mit Migrationsgeschichte im Schnitt schlechtere Noten und besuchen häufiger eine Hauptschule als Kinder ohne Migrationsgeschichte. Beides sind Bedingungen, welche die Wahrnehmungen von Unfairness im Schulkontext deutlich erhöhen. Dies hat auch etwas damit zu tun, dass Menschen dazu neigen, Misserfolg eher äußeren Umständen zuzuschreiben als sich selbst. Die Ursache im Misserfolg bei unfairen Lehrkräften zu sehen, ist eine solche selbstwertschonende Strategie. Allerdings erklärt sie die Wahrnehmungslücke nur zum Teil.

Zweitens beeinflussen auch die hohen Erwartungen gerade zugewanderter Eltern die Fairnesswahrnehmungen ihrer Kinder. Dass zugewanderte Eltern besonders hohe Bildungserwartungen haben, ist ein gut gesicherter Befund der empirischen Bildungsforschung. Ihnen ist meist sehr wichtig, dass es ihre Kinder „einmal besser haben“ und studieren. Zudem stellen Einwanderer häufig im Hinblick auf Eigenschaften wie Ehrgeiz und Anstrengungsbereitschaft eine positiv ausgewählte Gruppe dar – und viele mussten durch die Migration einen Statusverlust hinnehmen, etwa, weil ihre Abschlüsse im Zielland nicht anerkannt wurden oder weil sie im Herkunftsland nicht die Gelegenheit hatten, einen höheren Bildungsabschluss zu erwerben (Engzell, 2019).

Nur ein Viertel der Eltern deutschstämmiger Nicht-Gymnasiasten geben an, dass ihr Kind einmal Abitur machen soll. Bei den Kindern mit Migrationsgeschichte wünschen sich dies über die Hälfte der Eltern. Können die Schülerinnen und Schüler diese hohen Erwartungen nicht erfüllen, schreiben sie dies offenbar häufig einer unfairen Behandlung zu.

Dies hat auch mit einer dritten Erklärung für die höheren Wahrnehmungen von Unfairness durch die Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu tun – einem Mangel an Informationen darüber, was für eine erfolgreiche Schulkarriere nötig ist. Die Daten aus dem PerFair Projekt zeigen etwa, dass bei den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund vor allem diejenigen der Ansicht sind, auf einem zu niedrigen Schulzweig gelandet zu sein, deren kognitive Leistungen tatsächlich im Vergleich zum Klassendurchschnitt überdurchschnittlich sind. Bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund findet sich dieser Zusammenhang nicht, das heißt, es

fühlen sich auch Schülerinnen und Schüler mit durchschnittlichen oder unterdurchschnittlichen Kompetenzen einem zu niedrigen Schulzweig zugewiesen (Diehl et al., 2025).

Dies führt zu der Frage nach dem vierten Mechanismus, der Diskriminierung, die Jugendliche mit Migrationsgeschichte im Schulsystem erleben. Zwar gibt es wenige Hinweise darauf, dass Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund beim Zugang zum Gymnasium systematisch diskriminiert werden (Batrach et al., 2023). Dennoch machen Kinder mit Migrationshintergrund zweifellos im Bildungssystem Diskriminierungserfahrungen (Dollmann, 2025). Die oben dargestellten PISA-Befunde zeigen, dass sich Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in den alltäglichen Interaktionen mit Lehrkräften häufig unfair behandelt fühlen. Womöglich trägt auch dies dazu bei, dass schulischer Misserfolg auch dann Diskriminierung zugeschrieben wird, wenn in der konkreten Situation – hier beim Übergang auf eine weiterführende Schule – wenig auf Diskriminierung hindeutet. Es gibt mittlerweile eine breite Literatur, die zeigt, dass Diskriminierungswahrnehmungen etwas anderes sind als faktische Diskriminierung und auch davon geprägt sind, ob jemand Diskriminierung erwartet oder nicht (Schaeffer & Kas, 2024).

Diese genannten PISA-Befunde haben vermutlich im Bildungssystem weniger Aufmerksamkeit gefunden als die PISA-Ergebnisse zu den schulischen Kompetenzen. Entsprechende Befunde aus PISA und anderen Datensätzen im Schulkontext bekanntzumachen und zu diskutieren scheint angesichts der hier dargestellten Befunde aber äußerst wichtig. Eine weitere Handlungsempfehlung, die sich aus den Ergebnissen ableiten lässt, betrifft den gezielten Abbau von Informationsdefiziten, um *allen* Jugendlichen positive, ambitionierte und zugleich realistische Bildungs- und Zukunftsperspektiven zu eröffnen.

Bildungserfolg beginnt früh – daher sollte bereits in der Grundschule transparent vermittelt werden, welche Leistungen und Kompetenzen für Bildungsergebnisse und -übergänge ausschlaggebend sind und wie diese erreicht werden können. Fairness, Transparenz und Unterstützung sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass sich alle Jugendlichen im Bildungssystem fair behandelt fühlen.

Politische Handlungsempfehlungen

- **Fairness stärken.** Fairness, Transparenz und Unterstützung im Bildungssystem sollten gestärkt werden. Denn sie beeinflussen, wie Jugendliche die Gerechtigkeit des Bildungssystems wahrnehmen.
- **Informationsdefizite abbauen.** Jugendliche sollten frühzeitig und gezielt über Bildungswege und die erforderlichen Kompetenzen informiert werden, um ihnen ambitionierte und realistische Bildungs- und Zukunftsperspektiven zu eröffnen.
- **Weniger berücksichtigte Befunde bekannter machen.** Faktoren, die den Bildungserfolg indirekt beeinflussen können, wie beispielsweise die Fairnesswahrnehmungen von Schülerinnen und Schülern, sollten mehr Aufmerksamkeit in Forschung und Politik erfahren.

Literaturhinweise

- Batruch, A., Geven, S., Kessenich, E., & van de Werfhorst, H. G. (2023). Are tracking recommendations biased? A review of teachers' role in the creation of inequalities in tracking decisions. *Teaching and Teacher Education*, 123, 103985. doi.org/10.1016/j.tate.2022.103985
- Becker, B., & Gresch, C. (2016). Bildungsaspirationen in Familien mit Migrationshintergrund. In C. Diehl, C. Hunkler, & C. Kristen (Hrsg.), *Ethnische Ungleichheiten im Bildungsverlauf: Mechanismen, Befunde, Debatten* (S. 73-115). Springer Fachmedien. doi.org/10.1007/978-3-658-04322-3_3
- Blossfeld, H.-P., & Nester, M. (2024). Differential School Trajectories and Educational Decisions of Migrants in Germany: Descriptive Results and Theoretical Explanations. In S. Weinert, H.-G. Rossbach J. von Maurice, H.-P. Blossfeld, & C. Artelt (Hrsg.), *Educational Processes, Decisions, and the Development of Competencies from Early Preschool Age to Adolescence: Findings from the BiKS Cohort Panel Studies* (S. 305-326). Springer Fachmedien. doi.org/10.1007/978-3-658-43414-4_12
- Diehl, C., Hunkler, C., & Kristen, C. (Hrsg.). (2016). *Ethnische Ungleichheiten im Bildungsverlauf*. Springer Fachmedien. doi.org/10.1007/978-3-658-04322-3
- Diehl, C., Pomianowicz, K., & Hinz, T. (2025). On the wrong track? Perceived track mismatch among ethnic minority and majority students in the German education system. *Research in Social Stratification and Mobility*, 99, 101085. doi.org/10.1016/j.rssm.2025.101085
- Dollmann, J. (2025). Ethnische Diskriminierung im deutschen Bildungssystem: Ein ausgeprägtes Phänomen und dennoch nicht die Erklärung für ethnische Unterschiede im Bildungserfolg. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 77 (1), 1-26. doi.org/10.1007/s11577-025-00991-5
- Engzell, P. (2019). Aspiration Squeeze: The Struggle of Children to Positively Selected Immigrants. *Sociology of Education*, 92(1), 83-103. doi.org/10.1177/0038040718822573
- Grew, E., Baysu, G., & Turner, R. N. (2024). The association between experiences of unfair treatment in school and adolescent adjustment over 5 years. *Journal of Research on Adolescence*, 34(4), 1545-1561. doi.org/10.1111/jora.13023
- Helm, F., Arens, A. K., & Möller, J. (2020). Perceived teacher unfairness and student motivation in math and German: An application of the generalized internal/external frame of reference model. *Learning and Individual Differences*, 81, 101891. doi.org/10.1016/j.lindif.2020.101891
- OECD. (2017). PISA 2015 Results (Volume III): Students' Well-Being. *PISA*. doi.org/10.1787/9789264273856-en
- Resh, N., & Sabbagh, C. (2016). Justice and Education. In C. Sabbagh & M. Schmitt (Hrsg.), *Handbook of Social Justice Theory and Research* (S. 349-367). Springer. doi.org/10.1007/978-1-4939-3216-0_19
- Schaeffer, M., & Kas, J. (2025). The integration paradox: Does awareness of the extent of ethno-racial discrimination increase reports of discrimination? *Political Psychology*, 46(3), 623-636. doi.org/10.1111/pops.13027

Ältere Menschen im Spiegel der psychologischen Altersforschung



Um die gesellschaftlichen Chancen des Alterns zu verwirklichen, sollten politische Herangehensweisen entwickelt werden, die auf Eigenverantwortung und Flexibilität setzen

Denis Gerstorff, Humboldt-Universität zu Berlin

Hans-Werner Wahl, Universität Heidelberg

Medizinische Fortschritte, gesellschaftliche Veränderungen und der demografische Wandel haben das Älterwerden verändert. Eine steigende Lebenserwartung und eine bessere Lebensqualität im Alter eröffnen älteren Menschen vielfältige Möglichkeiten und Chancen, ihr Leben zu gestalten. Dies hat Auswirkungen auf das Generationenverhältnis und erfordert politische Handlungsbereitschaft.

In diesem Beitrag stellen wir erstens Evidenzbereiche der aktuellen psychologischen Altersforschung zusammen, die aus unserer Sicht unmittelbare Auswirkungen auf das Generationenmiteinander und für die Alterspolitik generell besitzen. Im zweiten Teil beschreiben wir, was diese Botschaften für zukünftige Generationenfairness in drei Bereichen bedeuten: Arbeit, Gesundheit und Generativität.

Ältere Menschen heute aus Sicht der psychologischen Altersforschung

Evidenzbereich 1: Alter hat sich gewandelt – und wird sich weiter wandeln. Ältere Menschen verfügen heutzutage über Ressourcen, die ihnen Handlungs- und Produktivitätsspielräume eröffnen, die früheren Generationen älterer Menschen nicht zur Verfügung standen.

Ältere Menschen von heute sind anders als ältere Menschen vor einer oder zwei Generationen. Über die vergangenen Jahrzehnte hinweg haben sich Gesundheit, kognitive Leistungsfähigkeit und Wohlbefinden im höheren Lebensalter in weiten Teilen der Bevölkerung deutlich verbessert. Zahlreiche Studien zeigen, dass Menschen im Alter von 70 oder 75 Jahren heute im Durchschnitt körperlich, geistig und emotional fitter sind als noch vor 20 oder 30 Jahren. So konnten wir etwa in den Berliner Altersstudien aufzeigen, dass 75-Jährige heute in Intelligenztests ähnlich gut abschneiden wie 56-Jährige Anfang der 1990er Jahre.

Auch Lebenszufriedenheit, erlebte Kontrolle über das eigene Leben und soziale Mobilität haben sich im Durchschnitt positiv entwickelt. Schließlich interpretieren Ältere heute ihr Altern als chancenreicher als jemals zuvor. Dies besitzt unmittelbare Implikationen für Investments in Prävention, Gesundheit und den Glauben an die Gestaltbarkeit des eigenen Alterns sowie ein verstärktes Erleben der eigenen Bedeutung für das Gemeinwesen.

Allerdings muss dieses positive Bild in zweierlei Hinsicht differenziert werden: (1) Historische Verbesserungen sind auf bestimmte Altersgruppen begrenzt; (2) Es ist unklar, was die Zukunft bereithält.

Erstens gilt dies vor allem für die Phase des sogenannten „Dritten Alters“, also etwa zwischen 60 und 80 Jahren. In dieser Lebensphase sind viele Menschen heute aktiver, gesünder und engagierter als je zuvor. Nach dem „Dritten Alter“ folgt jedoch das „Vierte Alter“ – eine Phase, die im Durchschnitt wenige, aber häufig belastende Jahre umfasst, gekennzeichnet durch gesundheitliche Einschränkungen, Ressourcenverluste und höheren Unterstützungsbedarf.

Zweitens deuten erste Befunde darauf hin, dass sich in nachfolgenden Kohorten von Älteren die positiven Effekte im „Dritten Alter“ nicht notwendigerweise in die Zukunft fortschreiben lassen. So scheinen die erlebte Stressbelastung und psychische Erkrankungen in nachfolgenden Kohorten (den heute mittelalten Personen, also den Älteren von morgen) anzusteigen. Auch wenn dies vor allem für Menschen im mittleren Erwachsenenalter in den USA gezeigt wurde, sollten wir diese Entwicklungen nicht aus dem Blick verlieren.

Evidenzbereich 2: Ältere Menschen sind heute Expertinnen und Experten ihrer eigenen Entwicklung: Sie können die Entwicklungsoffenheit auch im hohen Alter aktiv gestalten und ihre Ressourcen mit anderen teilen.

In den letzten Jahren hat sich in der psychogerontologischen Altersforschung ein starkes Momentum entwickelt, ein neues Leitnarrativ des Alterns für Forschung, Praxis und gesellschaftliche Diskurse zu etablieren. Diese Leitidee schließt an die oben beschriebenen historischen Verbesserungen an und fragt danach, wie ältere Menschen heute ihr Leben im Alltag gestalten und welche Auswirkungen dies auf soziale Kapitalbildung in Kommunen und Gesellschaft allgemein besitzt. Ein grundlegender Ausgangspunkt besteht darin, dass Altern heute weniger als früher von biologischen Grenzen und gesellschaftlichen Erwartungen geprägt,

sondern ähnlich wie jüngere Lebensphasen durch Entwicklungsoffenheit gekennzeichnet ist. Die wesentlichen Indikatoren dafür sind die von vielen erlebte Fähigkeit, auch spät im Leben die eigene Entwicklung mitzusteuern. Dies zeigt sich am deutlichsten darin, dass Ältere heute ihre sozialen Netzwerke proaktiv gestalten, auch revidieren – und dies in allen Geschlechtsorientierungen. Ältere weisen im Mittel die höchste Lebenszufriedenheit und die hilfreichsten Strategien im Umgang mit negativen Emotionen auf. Schließlich geben sie ihre Ressourcen in hohem Maße weiter – etwa durch freiwilliges Engagement, hohe Spenden und materielle Transfers an nachfolgende Generationen.

Evidenzbereich 3: Ältere Menschen sind keine homogene Gruppe; sie sind vielmehr die in sich unterschiedlichste aller Altersgruppen in unserer Gesellschaft.

Menschen unterscheiden sich im hohen Alter stärker voneinander als in jeder anderen Lebensphase – und sie unterscheiden sich heute noch viel stärker als frühere ältere Generationen. Die Heterogenität betrifft körperliche und psychische Gesundheit, Bildungs- und Erwerbsbiografien, Migrationserfahrungen, finanzielle Spielräume, Wohn- und Lebensformen, soziale Einbettung und individuelle Lebensziele. Diese Vielfalt ist ein zentraler Ausgangspunkt für jede politische und gesellschaftliche Gestaltung von Alter und Altern.

Empfehlungen für mehr Generationenfairness in der Zukunft: Die Bereiche Arbeit, Gesundheit und Generativität

Arbeit

Die Lebensphase zwischen 60 und 80 Jahren ist heute oftmals eine Phase, in der Kompetenzen, Erfahrungswissen und Fähigkeiten zur Selbstregulation auf einem hohen Niveau liegen. Viele Menschen möchten diese Ressourcen weiterhin einbringen – jedoch unter Bedingungen, die zu ihren jeweiligen Lebenslagen passen. Andere wiederum wollen oder können aus gesundheitlichen, persönlichen oder sozialen Gründen nicht mehr erwerbstätig sein – und auch das ist legitim und zu respektieren. Zugleich wächst der gesellschaftliche und ökonomische Druck: Der demografische Wandel führt zu Engpässen in vielen Arbeitsbereichen – von Pflege und Bildung über Handwerk bis hin zur Wissenschaft. Zugleich wandelt sich die Arbeitswelt tiefgreifend: Digitalisierung, Strukturwandel und eine sich verändernde Wirtschaftsordnung erfordern neue Kompetenzen, Flexibilität und Lernbereitschaft. Die Herausforderung lautet daher: Wie gestalten wir Arbeit im Alter so, dass sie individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten gerecht wird und zugleich gesellschaftliche Anforderungen erfüllt?

Unsere Botschaft hier wäre, dass für die zukünftige Arbeitswelt in Deutschland hoch individualisierte Modelle notwendig sind. Entscheidend ist weniger das kalendarische Alter als vielmehr die individuelle Konstellation aus Gesundheit, Bildungs- und Erwerbsbiografie, Lebenssituation, familiären Verpflichtungen sowie persönlichen Motiven und Zielen.

Die wichtigsten Implikationen sind aus unserer Sicht: Flexible Arbeitszeiten müssen ermöglicht werden, inklusive Modelle mit Teilzeitarbeit, Sabbaticals oder projektbezogener Mitarbeit. Die Aufgabenprofile sollten ausdifferenziert werden und die typischen Stärken von Älteren nutzen, also wissens- und erfahrungsgetragene Tätigkeiten statt körperlich belastender Arbeit. Dies bedeutet ebenso, dass gezielte Weiterbildungs- und Lernangebote geschaffen werden müssen (beispielsweise im Umgang mit KI), die erreichbar, verständlich, anerkennend und niedrigschwellig sind. Aus jahrzehntelanger Forschung wissen wir: Lernen ist auch im Alter

möglich und wirksam. Dieser Arbeitsmarkt sollte nicht Ersatz für Rente sein. Er sollte Möglichkeit, nicht Pflicht darstellen. Wir als älter werdende Gesellschaft benötigen diese vielfach noch immer brachliegenden Ressourcen auch und gerade aus Gründen der Generationengerechtigkeit.

Daher müssen wir Brücken zu denjenigen bauen, die diese Ressourcen haben. Viele ältere Menschen wollen weiterhin beitragen, aber eben auch wertgeschätzt werden. Dort müssen wir sie abholen. Denn wir wissen, dass gesellschaftliche Narrative nicht nur die Selbstwahrnehmung, sondern auch die Handlungsbereitschaft nachhaltig mitbestimmen. Die Potenziale von älteren Menschen optimaler als bisher zu nutzen, strahlt natürlich auch auf andere Generationen aus und fördert das Erleben von Generationenfairness.

Gesundheit

Im Alter wird die Gesundheit oftmals schlechter, und dies ist ein bedeutsamer Kostenfaktor unseres Gesundheitssystems. Allerdings zeigt die Forschung zu historischen Veränderungen auch Gesundheitspotenziale auf, die in Deutschland bislang zu wenig in Prävention und Intervention ausgeschöpft werden. Das heute so ressourcenreiche und lange „Dritte Alter“ kann durch Förder- und Trainingsangebote noch deutlich weiter in psychischer und physischer Hinsicht gefördert werden. Man könnte auch sagen, dass die historischen Verbesserungen im „Dritten Alter“ nicht als bloßes „Nice-to-have“ verstanden werden sollten, sondern als historische Chance, die Plastizität des heutigen Alterns bestmöglich auszuschöpfen.

Wir möchten hier nicht von verpflichtenden Interventionen und Angebotswahrnehmungen sprechen, sondern von einer neuen Public-Health-Kultur und einer Gesundheits-Agency im Sinne eines selbstverantwortlichen Umgangs mit der eigenen Gesundheit und ihrer Erhaltung, vor allem im „Dritten Alter“. Das Wissen über den historisch einmaligen Ressourcenreichtum des heutigen Alterns dürfte in den meisten Gesundheitsprofessionen angekommen sein.

Jedoch scheint die daraus gezogene Konsequenz vor allem darin zu bestehen, sich für das „Dritte Alter“ (und erst recht für das mittlere Alter) noch nicht zuständig zu sehen. Um Fairness zwischen den Generationen zu erreichen, müssen junge Menschen erkennen, dass ältere Menschen im „Dritten Alter“ ihre Möglichkeiten zur Vorbeugung von Krankheiten tatsächlich nutzen, um möglichst gut gewappnet ins „Vierte Alter“ einzutreten. Hierzu bedarf es unabdingbar des Zusammenwirkens eines selbstverantwortlichen Gesundheitsverständnisses der Älteren und einer umfassenden, „vorausschauenden Anregungskultur“ (Enrichment) der Gesundheitsprofessionen für das mittlere und frühe hohe Alter.

Generativität

Generativität meint: Sorge um und Einsatz eigener Ressourcen für das Leben in der Zukunft. Ältere Menschen bringen bereits heute bedeutsame Ressourcen zur Stärkung und Förderung nachfolgender Generationen ein. Typische Beispiele sind ihr Freiwilligenengagement sowie die von ihnen geleisteten materiellen Transfers an Kinder und Enkelkinder. In nicht unerheblichem Maße entstehen in besonders altersaffinen Bereichen wie Reiseindustrie, Wohnungsbau und Gesundheit/Wellness durch die Erwartungen und Investitionsbereitschaft von Älteren auch neue Arbeitsplätze für Jüngere.

In der Arbeitswelt übernehmen Ältere weiterhin eine wichtige Rolle als Mentorinnen und Mentoren. Insgesamt erkennen Unternehmen zunehmend, wie wichtig es für den Produktionsstandort Deutschland ist, das Know-how und reichhaltige berufliche Erfahrungswissen der Älteren verfügbar zu halten und in nachfolgende Belegschaften zu reinvestieren. Um Fairness

zwischen den Generationen zu erleben, muss die durch ältere Menschen erzeugte Vielfalt an Sorge um und Input in nachfolgende Generationen gut sichtbar, nachhaltig und regelmäßig in die Gesellschaft kommuniziert werden. Derzeit können wir eine derartige Kommunikation von politischer Seite nur in Ansätzen erkennen. Stark wird hingegen auf die hohen Kosten des „Vierten Alters“ und die Rentenbelastung unserer Gesellschaft verwiesen. Ein solches Ungleichgewicht der Kommunikation ist Gift für das Erleben von Generationenfairness.

Fazit

Zusammenfassend zeigt die psychologische Altersforschung, dass Altern heute weniger durch Defizite und starre Altersgrenzen als durch neue Ressourcen, Entwicklungsoffenheit und große Heterogenität gekennzeichnet ist. Daraus ergeben sich Chancen für mehr Generationenfairness, wenn individualisierte Arbeitsarrangements, eine präventionsorientierte Gesundheitskultur und politische Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die vielfältigen Beiträge Älterer sichtbar machen, die Potenziale des „Dritten Alters“ nutzen und die Herausforderungen des „Vierten Alters“ realistisch adressieren.

Politische Handlungsempfehlungen

- **Brücken bauen – Potenziale nutzen:** Politik muss gezielt Brücken zu älteren Menschen bauen, damit wir als Gesellschaft ihre Erfahrungen, Kompetenzen und ihr Engagement nutzen können. Politik sollte Erwerbsarbeit im Alter nicht als Ersatz für Rente oder als Verpflichtung definieren, sondern durch Anreize und Anerkennung als freiwillige und attraktive Option stärken.
- **Arbeitsgestaltung flexibilisieren:** Um auf die individuellen Lebenslagen und Fähigkeiten älterer Menschen auf dem Arbeitsmarkt Rücksicht zu nehmen, sollten flexible Arbeitszeitmodelle eingeführt beziehungsweise ausgebaut werden (z. B. Teilzeit, Sabbaticals, projektbezogene Arbeit). Dabei sollten die Stärken von Älteren mitbedacht werden und vor allem wissens- und erfahrungsbasierte Tätigkeiten in den Fokus gerückt werden.
- **Gezielte Weiterbildungs- und Lernangebote schaffen:** Niedrigschwellige, gut erreichbare, verständliche und wertschätzende Bildungsangebote sind entscheidend, um die Kompetenzen älterer Menschen zu stärken, ihre Fähigkeiten auszubauen und ihr Know-how zu sichern.
- **Gesellschaftliche Wertschätzungskultur fördern:** Öffentliche Kommunikation sollte über die vielfältigen Beiträge älterer Menschen stärker aufklären – etwa über ihr berufliches und gesellschaftliches Engagement oder ihren Beitrag im Rahmen intergenerationaler Transferleistungen. Eine solche Kommunikation wirkt sich auch positiv auf die Selbstwahrnehmung und die Handlungsbereitschaft Älterer aus.
- **Eigenverantwortung für die Gesundheit stärken:** Programme zur körperlichen und psychischen Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention sollten im Rahmen einer neu gedachten Public-Health-Kultur ausgebaut werden. Der selbstverantwortliche Umgang

mit der eigenen Gesundheit und ihrer Erhaltung sollte generationenübergreifend gestärkt werden, um gesundes Altern weiterhin zu ermöglichen und jüngere Generationen zu entlasten.

- **Selbstbestimmtes Engagement im Alter weiter fördern:** Die Rahmenbedingungen und Infrastruktur für freiwilliges Engagement und die Unterstützung für familiäre und soziale Sorgebeiträge Älterer sollten weiter ausgebaut werden.

Literaturhinweise

Drewelies, J., Huxhold, O., & Gerstorf, D. (2019). The role of historical change for adult development and aging: Towards a theoretical framework about the how and the why. *Psychology and Aging* 34(8), 1021-1039. doi.org/10.1037/pag0000423

Gerstorf, D., Hülür, G., Drewelies, J., Willis, S. L., Schaie, K. W., & Ram, N. (2020). Adult development and aging in historical context. *American Psychologist*, 75(4), 525-539. doi.org/10.1037/amp0000596

Glück, J. (2024). Wisdom and aging. *Current Opinion in Psychology*, 55, 101742. doi.org/10.1016/j.copsyc.2023.101742

Heckhausen, J., Wrosch, C., & Schulz, R. (2019). Agency and Motivation in Adulthood and Old Age. *Annual Review of Psychology*, 70, 191-217. doi.org/10.1146/annurev-psych-010418-103043

Huxhold, O., Fiori, K. L., & Windsor, T. (2022). Rethinking Social Relationships in Adulthood: The Differential Investment of Resources Model. *Personality and Social Psychology Review*, 26(1), 57-82. Abgerufen 2. Dezember 2025, von doi.org/10.1177/10888683211067035

Lövdén, M., Fratiglioni, L., Glymour, M. M., Lindenberg, U., & Tucker-Drob, E. M. (2020). Education and Cognitive Functioning Across the Life Span. *Psychological Science in the Public Interest*, 21(1), 6-41. doi.org/10.1177/1529100620920576

Simonson, J., Kelle, N., Kausmann, C., & Tesch-Römer, C. (Hrsg.). (2022). *Freiwilliges Engagement in Deutschland: Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019*. Springer VS Wiesbaden. Abgerufen 2. Dezember 2025, von doi.org/10.1007/978-3-658-35317-9

Wahl, H.-W., & Gerstorf, D. (Juli 2026). Aging in context: A synthesis of accumulated conceptualizations, insights from empirical research, and their implications. In M. E. Lachman, A. Spiro, S. Charles, & S. D. Neupert (Hrsg.), *APA Handbook of Adult Development and Aging*. American Psychological Association.

Ein Blick auf Großeltern, Eltern und Enkel¹



Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels bleibt die Großelternbetreuung ein Schlüsselfeld für die Gestaltung des Generationenverhältnisses

C. Katharina Spieß und Elena Ziege

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)

Die demografische Entwicklung in Deutschland zeigt seit Jahrzehnten eine eindeutige Tendenz: Die Bevölkerung altert kontinuierlich, während die Zahl junger Menschen zurückgeht. Neben der Überalterung findet also auch eine „Unterjüngung“ statt, wie es Franz Xaver Kaufmann in seinem Buch aus dem Jahr 2005 beschreibt. Aktuelle Daten und Prognosen zeigen diesen Trend eindrücklich: So ist der Altenquotient – das Verhältnis der über 65-Jährigen zu den Menschen im erwerbsfähigen Alter (20 – 64 Jahre) – in den vergangenen fünf Jahrzehnten von 26 Prozent im Jahr 1974 auf 39 Prozent im Jahr 2024 gestiegen.

¹ Der Text basiert auf den Ergebnissen einer größeren Studie zur Kinderbetreuung von Großeltern, vgl. dazu Barschkett et al., (2022). Auch die im Text genannten empirischen Funde gehen auf Analysen im Rahmen dieses Projektes zurück.

Im selben Zeitraum sank der Jugendquotient – das Verhältnis der unter 20-Jährigen zur erwerbsfähigen Bevölkerung – von 52 Prozent auf 32 Prozent. Bevölkerungsprognosen deuten darauf hin, dass sich dieser Trend, insbesondere für den Altenquotienten, aber auch für den Jugendquotienten, in den kommenden Jahrzehnten weiter fortsetzen wird. Diese demografischen Veränderungen haben langfristige Auswirkungen auf die sozialen, ökonomischen und politischen Strukturen der Gesellschaft und prägen insbesondere das Verhältnis zwischen den Generationen.

Ein Blick auf die alltäglichen Interaktionen zwischen den Generationen zeigt, dass trotz dieser strukturellen Spannungen vielfältige Formen des Miteinanders existieren. Ein zentrales Beispiel ist die Beteiligung von Großeltern an der Kinderbetreuung. Großeltern übernehmen in vielen Familien eine tragende Rolle (Barschkett et al., 2022) – insbesondere angesichts des Mangels an Kita- und Ganztagsplätzen in Grundschulen (vgl. Huebener et al., 2023).

Die Kinderbetreuung durch Großeltern erfüllt dabei mehrere Funktionen: Sie erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit (Vereinbarkeitsfunktion), kann, abhängig von Betreuungsintention und Aktivitätsgestaltung, bildungsförderliche Effekte entfalten (Bildungsfunktion) und trägt im Kontext des Generationenverhältnisses wesentlich zur Pflege und Vertiefung familiärer Bindungen bei (Kontaktfunktion).

Bedeutung und Umfang der Kinderbetreuung durch Großeltern

Empirische Analysen zeigen, dass die Betreuung durch Großeltern die mit Abstand bedeutendste Form informeller Kinderbetreuung darstellt (Barschkett et al., 2022). In Familien, in denen Kinder regelmäßig informell betreut werden, nutzen 81 Prozent der Kinder im Krippenalter, 77 Prozent im Kindergartenalter und 72 Prozent im Grundschulalter die Betreuung durch Großeltern. Bezogen auf alle Kinder werden etwa 30 Prozent der Unter-Dreijährigen, 20 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen und ebenfalls 20 Prozent der Grundschulkinder „in einer normalen Woche“ von den Großeltern betreut.

Großeltern unterstützen ihre Familien jedoch nicht nur regelmäßig, sondern übernehmen vor allem dann Verantwortung, wenn kurzfristige Betreuungslücken entstehen. Etwa ein Drittel der Großelternbetreuung findet regelmäßig statt, während zwei Drittel nach Bedarf erfolgen. In Notfallsituationen springen besonders häufig Großmütter (ca. 60 Prozent), aber auch Großväter (ca. 40 Prozent) ein. Dies verdeutlicht, dass Großeltern sowohl im Alltag als auch in außergewöhnlichen Situationen eine unverzichtbare Unterstützung für Familien darstellen, um den Kinderbetreuungsbedarf zu decken.

Zusammenspiel von Kita, Ganzttag und Großelternbetreuung

Mit den bildungs- und familienpolitischen Reformen seit Beginn der 2000er-Jahre hat sich die Struktur der Kindertagesbetreuung und der Schulen grundlegend verändert, was auch die Rolle der Großeltern innerhalb dieses Systems beeinflusst hat. Der massive Ausbau der Kindertagesbetreuung, insbesondere für Kinder unter drei Jahren, sowie die Zunahme ganztägiger Angebote im Kindergarten- und Grundschulbereich (vgl. Jessen et al., 2020; Bach

et al., 2020) haben das institutionelle Betreuungsangebot erheblich erweitert. Parallel dazu ist die Erwerbstätigkeit von Müttern – vor allem mit jungen Kindern – stark gestiegen.

Die Frage, ob dieser Ausbau zu einer Verdrängung der Großelternbetreuung geführt hat, lässt sich allerdings klar verneinen – die Generationen agieren also auch dann weiterhin miteinander, wenn außerfamiliäre Infrastruktur ausgebaut wird. Untersuchungen zeigen, dass sich der Anteil der von Großeltern betreuten Kinder in den letzten zwanzig Jahren tatsächlich kaum verändert hat. Lediglich in Westdeutschland ist bei der Betreuung von Kindern im Krippenalter ein leichter Rückgang zu beobachten. Auch der wöchentliche Betreuungsumfang blieb weitgehend stabil: Kinder im Krippenalter werden im Durchschnitt acht bis neun Stunden, ältere Kinder etwa sechs bis sieben Stunden pro Woche von Großeltern betreut.

Insgesamt zeigt sich somit, dass keine „Defamilialisierung“ stattgefunden hat. Vielmehr ergänzt die Großelternbetreuung zunehmend die elterliche und institutionelle Betreuung. Besonders am Nachmittag spielt sie eine wichtige Rolle: Rund 20 Prozent der Kinder im Kindergarten- und Grundschulalter werden regelmäßig von Großeltern betreut und etwa 10 Prozent erleben eine kombinierte Betreuung durch Eltern, Kita beziehungsweise Schule und Großeltern. Mit dem Ausbau der Kindertagesbetreuung wachsen Kinder in Deutschland somit verstärkt in Mehrpersonen-Betreuungsarrangements auf, in denen Eltern, Großeltern und pädagogische Fachkräfte gemeinsam Verantwortung übernehmen – es findet keine Verdrängung der Generationentransfers von der älteren zur Enkelgeneration statt.

Viele Eltern wünschen sich sogar eine stärkere Einbindung der Großeltern – insbesondere jene, deren Kinder bisher nicht von ihnen betreut werden. Bei Eltern von Kindern im Krippenalter äußern rund zwei Drittel diesen Wunsch. Hauptgründe, warum dieser Wunsch nicht erfüllt werden kann, sind räumliche Distanz und die Erwerbstätigkeit der Großeltern. Letzteres dürfte künftig mit einer zunehmenden Frauenerwerbstätigkeit an Bedeutung gewinnen. Gleichzeitig führt das steigende Alter bei der Erstgeburt dazu, dass der Übergang zur Großelternschaft in spätere Lebensphasen verschoben wird, wodurch die Wahrscheinlichkeit steigt, dass die Großeltern nicht mehr (voll)erwerbstätig sind beziehungsweise bald in den Ruhestand übergehen.

Die Relevanz der räumlichen Nähe zwischen Großeltern und Enkelkindern wird auch in Zahlen zur tatsächlichen Nutzung der Großelternbetreuung deutlich: Die Wahrscheinlichkeit der Betreuung ist deutlich höher, wenn Großeltern im selben Ort wohnen (ca. 40 Prozent), während sie bei größerer Entfernung auf etwa 20 Prozent sinkt. Ein Großteil der Familien mit Kindern unter zehn Jahren wohnt in der Nähe der Großeltern: Etwa zwei Drittel der Kinder wohnen in einer maximalen Entfernung von 30 Minuten zu mindestens einem Großelternanteil.

Dies bedeutet aber auch, dass 32 Prozent der Kinder keine Großeltern in der Nähe haben. Für diese Familien ist die Unterstützung durch die Großeltern also mit deutlichen Hürden verbunden. Grundsätzlich wohnen auch nur 17 Prozent der Kinder in der Nähe von drei oder vier ihrer Großeltern. Da in dieser Konstellation die Betreuung durch die Eltern der Mutter und des Vaters geleistet werden kann, sind die Möglichkeiten der Betreuung in diesen Familien besonders gut. Es verdeutlicht aber auch die Herausforderungen für Familien, die keine Großeltern in der Nähe beziehungsweise keine lebenden Großeltern haben oder deren Großeltern selbst noch stark im Arbeitsmarkt eingebunden sind.

Auswirkungen der Kinderbetreuung durch Großeltern auf das Wohlbefinden der Eltern

Darüber hinaus zeigen Untersuchungen, dass die Einbindung von Großeltern in die Kinderbetreuung nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert, sondern auch mit einer höheren Zufriedenheit der Eltern einhergeht. Unterstützen Großeltern bei der Kinderbetreuung, kann man zwei Effekte bei den Müttern beobachten: Sie sind zufriedener mit der Kinderbetreuung und mit ihrer eigenen Freizeit. Sofern die Großeltern mithelfen, steigt die Zufriedenheit mit der Kinderbetreuungssituation um 11 Prozent. Dieser Effekt zeigt sich insbesondere bei Eltern mit Kindern im Kindergartenalter; bei Eltern mit Grundschulkindern ist er nicht festzustellen. Hinzu kommt, dass dieser Effekt nur für Kinder beobachtbar ist, die nachmittags nicht zusätzlich in der Kita oder im schulischen Ganztags sind.

Ähnliche Auswirkungen zeigen sich auch bei der Zufriedenheit mit der eigenen Freizeit. Dies verdeutlicht, wie bedeutend die Großelternbetreuung für die Familien und das Wohlbefinden der Mütter ist. Dies wiederum ist positiv für die kindliche Entwicklung, da zufriedene Mütter zentral für die kindliche Entwicklung sind (Datta-Gupta et al., 2023).

Eine Großelternbetreuung erhöht somit vor allem die Zufriedenheitswerte von Müttern, die in Deutschland nach wie vor überwiegend die Hauptbetreuungspersonen sind. Bei Vätern sind die Effekte statistisch weniger stabil, doch steigt ihre Zufriedenheit mit der Kinderbetreuungssituation um rund 21 Prozent, wenn Großeltern eingebunden sind. Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass Großelternbetreuung nicht nur funktionale Unterstützung bietet, sondern auch einen messbaren Beitrag zum familiären Wohlbefinden und zur Stabilität intergenerationaler Beziehungen leistet.

Fazit

Die Befunde zeigen deutlich, dass sich trotz tiefgreifender demografischer Veränderungen eine stabile Basis intergenerationaler Solidarität erhalten hat. Großeltern stellen in Deutschland weiterhin eine zentrale Ressource für Familien dar – sowohl im Alltag als auch in Notfallsituationen. Sie ergänzen institutionelle Betreuungsangebote, ohne von diesen verdrängt zu werden, und tragen damit wesentlich dazu bei, Familie und Beruf zu vereinbaren und den Generationendialog fortzuführen. Diese Form familiärer Unterstützung ist nicht nur Ausdruck gelebter Solidarität, sondern wirkt sich auch positiv auf das Wohlbefinden der Eltern – insbesondere der Mütter – aus, was wiederum die kindliche Entwicklung fördert.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels bleibt die Großelternbetreuung somit ein Schlüsselfeld für das Verständnis und die Gestaltung des Generationenverhältnisses. Sie stellt einen zentralen, nicht-monetären Transfer der älteren Generation an ihre Kinder und Enkel dar – neben monetären Transfers der Großelterngeneration an die nächsten Generationen in Form von Schenkungen oder auch Erbschaften. Die volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Betreuungsleistung ist immens – und wurde in früheren Arbeiten, wie zum Beispiel von Scott und Caro (1996), auch monetär bewertet, um zu verdeutlichen, welche Mittel aufgewendet werden müssten, wenn diese Betreuungsleistung entgeltlich erbracht werden würde.

Auch wenn es künftig aufgrund des demografischen Wandels weniger Großeltern-Enkel-Paare geben wird, bleibt die Großelternbetreuung ein zentraler Bereich familialer Solidarität und intergenerationeller Verbundenheit. Großeltern übernehmen weiterhin eine bedeutende Rolle im Alltag junger Familien, indem sie zeitlich flexibel und häufig emotional besonders nah unterstützen. Eine generationenstärkende Politik sollte diese Entwicklungen gezielt fördern, etwa durch flexible Arbeitszeiten von Erwerbstätigen, die ihre Großelternrolle wahrnehmen wollen. Großeltern könnten systematisch in Kita-Strukturen und auch in Strukturen für die Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern im Rahmen von Kooperationen eingebunden werden sowie durch eine stärkere gesellschaftliche und politische Anerkennung ihrer Unterstützungsleistungen der nachfolgenden Generationen gefördert werden.

Darüber hinaus gibt es viele gute Beispiele, wie sich die Großelterngeneration, über familiäre Netzwerke hinaus, für die nächste Generation „engagiert“, wenn an Großelterndienste oder „Vorleseomas“ und „Vorleseopas“ in Kitas und Schulen gedacht wird. Auch sonst engagieren sich viele ältere Menschen in der Betreuung von Kindern – all dies stärkt den Generationenzusammenhang und zeigt, dass gerade in einer alternden Gesellschaft vielfache Transfers der älteren Generation an die junge Generation erbracht werden. Auch dies gilt es zu bedenken, wenn die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft diskutiert werden.


Politische Handlungsempfehlungen

- **Einbindung der Großeltern in die Kinderbetreuung erleichtern:** Die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und familiärer Sorgearbeit sollte nicht nur für Eltern, sondern auch für die Großelterngeneration vereinfacht werden, um die von vielen gewünschte Beteiligung an der Kinderbetreuung der Enkelgeneration zu erleichtern.
- **Einbindung von Großeltern in institutionelle Betreuungsangebote ermöglichen:** Etwa durch Kooperationen mit Kitas und Ganztagsgrundschulen sollte es Großeltern ermöglicht werden, auch zu institutionellen Betreuungsangeboten beizutragen.
- **Die Betreuungsleistungen von Großeltern stärker würdigen:** Betreuungsleistungen sind als zentraler nicht-monetärer Transfer zwischen den Generationen und essenzieller Beitrag zur Solidarität zwischen den Generationen zu verstehen und sollten weiterhin entsprechend gewürdigt werden. Im politischen und gesellschaftlichen Diskurs sollte der demografische Wandel daher nicht einseitig als Belastung für Jüngere dargestellt, sondern die Leistungen älterer Menschen für Gesellschaft und Zusammenhalt stärker in den Mittelpunkt gerückt werden.

Literaturhinweise

Bach, S., Jessen, J., Haan, P., Peter, F., Spieß, C. K., & Wrohlich, K. (2020). *Fiskalische Wirkungen eines weiteren Ausbaus ganztägiger Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter* [Politikberatung kompakt]. DIW Berlin.

Barschkett, M., Gambaro, L., Schäper, C., Spieß, C. K., & Ziege, E. (2022). *Oma und Opa gefragt? Veränderungen in der Enkelbetreuung – Wohlbefinden der Eltern – Wohlergehen von Kindern*. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. (2025). *Jugend-, Alten- und Gesamtquotient (1871 – 2070.)*
 bib.bund.de/Permalink.html?permaid=1217960

Gupta, N. D., Jessen, J., & Spiess, C. K. (2023). *Maternal life satisfaction and child development from toddlerhood to adolescence* [BiB Working Paper 2/2023]. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

Huebener, M., Schmitz, S., Spieß, C. K., & Binger, L. (2023). *Frühe Ungleichheiten: Zugang zu Kindertagesbetreuung aus bildungs- und gleichstellungspolitischer Perspektive* [FES Diskurs]. Friedrich-Ebert-Stiftung.

Jessen, J., Schmitz, S., Spieß, C. K., & Waights, S. (2018). Kita-Besuch hängt trotz ausgeweitetem Rechtsanspruch noch immer vom Familienhintergrund ab. *DIW Wochenbericht*, 85(38), 825-835.

Kaufmann, F.-X. (2005). *Schrumpfende Gesellschaft: Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen*. Suhrkamp.

Scott, A. B., & Caro, F. G. (1996). The Economic Value of Grandparent Assistance. *Generations: Journal of the American Society on Aging*, 20(1), 29-33.

Familiale Generationenbeziehungen



Politische Maßnahmen zur Unterstützung von Familien sollten das weitere Verwandtschaftsnetzwerk miteinbeziehen und die Dynamik von Familienmodellen berücksichtigen

Karsten Hank
Universität zu Köln

Angesichts des demografischen Wandels verzeichnen westliche Gesellschaften eine größere Vielfalt hinsichtlich der Familienformen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, welche Auswirkungen der demografische Wandel auf die innerfamiliäre Solidarität hat. Welche Muster und Unterschiede gibt es diesbezüglich im internationalen Vergleich? Und welche Rolle spielt hierbei die Pluralisierung der Lebensmodelle?

Die Familie bietet als spezifische Solidargemeinschaft bei der Produktion bestimmter sozialer Dienstleistungen – wie zum Beispiel der Betreuung von Kindern oder der Pflege Älterer – Effizienzvorteile gegenüber anderen Organisationsformen (zum Beispiel Wohlfahrtsstaaten), da Leistungen innerhalb der Familie in der Regel nicht in Erwartung einer unmittelbaren, womöglich rechtlich zertifizierten Gegenleistung erbracht werden, sondern vielmehr in Erwartung von zum Zeitpunkt der Leistungserbringung oft nicht spezifizierten, tendenziell langfristig erwartbaren Gegenleistungen, die durch (lebenslange) Reziprozitätsnormen abgesichert

werden. So wird mit relativ einfachen Mitteln ein relativ hohes Maß an Verlässlichkeit in den Solidarbeziehungen zwischen den Familienmitgliedern erzeugt. Dies gilt auch und gerade in Krisenzeiten, wie etwa während der COVID-19-Pandemie. Angesichts des demografischen Wandels stellt sich jedoch verstärkt die Frage nach dem Zustand und der zukünftigen Entwicklung von Solidaritätspotenzialen generationenübergreifender Netzwerke innerhalb von Familien.

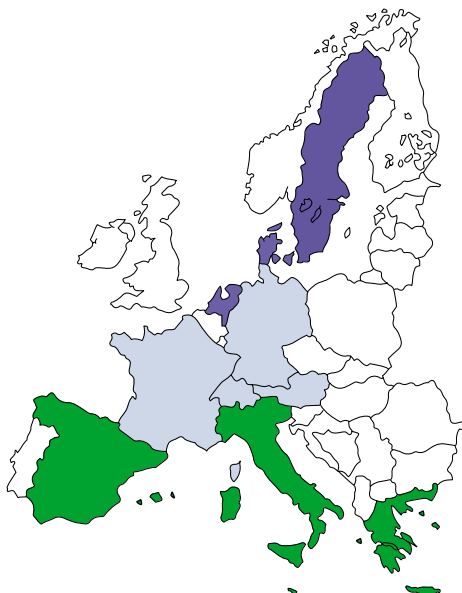
Forschungsstand: Universelle Muster und Unterschiede zwischen Wohlfahrtsstaaten

Die international vergleichende Forschung zeigt, dass trotz der historisch gewachsenen und bis heute fortdauernden Vielfalt von Familien in „westlichen“ Gesellschaften (Europa; Nordamerika) nahezu universell lebendige Beziehungen zwischen den Generationen bestehen. So leben Eltern und erwachsene Kinder häufig in erreichbarer Nähe (wenn auch nicht unbedingt im selben Haushalt) und haben regelmäßig Kontakt zueinander (wenngleich nicht immer täglich); siehe Abbildung 1.

Abb. 1: Geographisches Muster der räumlichen Nähe und Kontakthäufigkeit zwischen Eltern und (erwachsenen) Kindern in Europa

Quelle: Hank (2023, S.450), auf Basis der ersten Befragungswelle des Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe von 2004/05.

**Entfernung zum nächsten Kind
(häufigster Wert)**



■ Distanz < 25 km (57–64%)
 ■ Distanz < 25 km (46–50%)
 ■ Im selben Haushalt (46–50%)

**Kontakte zum meistkontaktierten Kind
(häufigster Wert)**



■ Mindestens 1x pro Woche (54–62%)
 ■ täglich (57–61%)

Neuere Studien haben zwar eine moderate Zunahme der räumlichen Distanz, aber keinen Rückgang der Kontakthäufigkeit zwischen getrennt voneinander lebenden Eltern und Kindern festgestellt. Die strukturellen Voraussetzungen dafür, dass sich die Generationen gegenseitig unterstützen können, sind also über die letzten Jahrzehnte weitestgehend stabil geblieben.

Die Forschung zeigt zudem, dass sich Familienmitglieder – in Abhängigkeit von ihren jeweiligen Bedarfen und Fähigkeiten (insbesondere sozio-ökonomischen Ressourcen) – auch tatsächlich auf vielfältige Weise gegenseitig im Alltag unterstützen, wenngleich in unterschiedlicher Form und Intensität. Neben direkten finanziellen Transfers, die in der Regel einem Kaskadenprinzip folgend von der älteren an die jüngere Generation fließen, spielt hier praktische Hilfe eine erhebliche Rolle: Viele Jüngere helfen Älteren regelmäßig bei der Bewältigung alltäglicher Herausforderungen (Einkaufen, Kochen, etc.) oder pflegen ältere Angehörige (dies zwar insgesamt seltener, dann aber zeitintensiver).

Umgekehrt gilt die Hilfe der Großeltern bei der Kinderbetreuung als eine der wichtigsten Formen innerfamiliärer Unterstützung, da sie gleich drei Generationen einer Familie betrifft. So wurde etwa der Zusammenhang von Großelternschaft beziehungsweise Enkelkinderbetreuung mit der Gesundheit oder dem Renteneintrittsverhalten der Großeltern, dem Erwerbsverhalten oder Fertilitätsentscheidungen der Eltern sowie dem Wohlbefinden oder Bildungserfolg der Enkelkinder untersucht. Im kontinentaleuropäischen Durchschnitt betreuen etwa 60 Prozent der Großmütter und fast die Hälfte der Großväter im Laufe eines Jahres zumindest gelegentlich ein Enkelkind. Auch hier zeigt sich im Zeitverlauf ein allgemein hohes Maß an Stabilität.

Hinter diesem durchschnittlich hohen Niveau intergenerationaler Solidarität in „westlichen“ Ländern verbergen sich jedoch deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen Wohlfahrtsstaaten. So variierte der Anteil Enkelkinder betreuender europäischer Großeltern im Jahr 2019/20 zwischen 24 Prozent in Lettland (dicht gefolgt von Rumänien, Bulgarien und Litauen) und 60 Prozent in Belgien sowie den Niederlanden (dicht gefolgt von Frankreich und Dänemark). Die beobachteten regionalen Muster korrespondieren zwar zum Teil mit institutionellen Regelungen, die Verpflichtungen zur gegenseitigen Unterstützung zwischen den Generationen in der Familie beinhalten; deren Erklärungskraft erweist sich jedoch als begrenzt, eine einfache Unterscheidung beziehungsweise Dichotomie von Gesellschaften mit starkem Wohlfahrtsstaat und schwacher Familie (oder umgekehrt) erscheint wenig angemessen.

Seit einiger Zeit haben sich vielmehr vor allem solche Erklärungsmodelle als erfolgreich erwiesen, die eine gemeinsame Verantwortung beziehungsweise Spezialisierung von Wohlfahrtsstaaten und Familien bei der Produktion sozialer Dienstleistungen im Sinne einer funktionalen Differenzierung postulieren. Hieraus ergibt sich eine komplexe Interaktion zwischen Staat, Markt und intergenerationaler Unterstützung, bei der weder von einer Verdrängung (*crowding-out*) noch von einer Ausweitung (*crowding-in*) familiär erbrachter Leistungen durch wohlfahrtsstaatliche Interventionen ausgegangen wird, sondern bei der eine aufgaben- und kompetenzspezifische Arbeitsteilung – also ein komplementäres Verhältnis – entsteht.

Die gleichzeitige Verdrängung und Ausweitung familiärer Leistungen durch professionelle Dienste lässt sich so nicht nur theoretisch erklären, sondern es lässt sich auch analysieren, welcher Mix wohlfahrtsstaatlich und familiär erbrachter Leistungen vorhandene Hilfebedürfnisse am effizientesten und den jeweiligen sozial-kulturell geprägten Präferenzen der Menschen entsprechend bedient. Empirisch zeigt sich, dass dort die beste Versorgung hilfebedürftiger Menschen gewährleistet ist, wo Familie und Wohlfahrtsstaat in gemeinsamer Verantwortung handeln.

Unterschiede zwischen sozio-demografischen Gruppen innerhalb von Ländern: Stieffamilien, queere Familien, Migrantenfamilien und Kinderlose

Neben gewichtigen Unterschieden zwischen Ländern erscheint eine differenzierte Betrachtung von Unterschieden zwischen sozio-demografischen Gruppen innerhalb von Ländern bedeutsam. So geht zum Beispiel mit der Pluralisierung von Lebensformen auch eine größere Vielfalt von Haushalts- und Familienstrukturen einher, die sich in entsprechend komplexer werdenden intergenerationalen Beziehungen widerspiegelt. Es steigt etwa der Anteil von *Stieffamilien* in Folge diskontinuierlicher Partnerschaftsbiographien, und eine Vielzahl von Studien weist darauf hin, dass mit Trennung oder Scheidung sowie dem Eingehen neuer Partnerschaften das Risiko einer Schwächung der intergenerationalen Beziehungen in der Familie steigt.

Ein besonderes Augenmerk verdienen in diesem Zusammenhang Unterschiede im Verhältnis Heranwachsender und junger Erwachsener zu ihren biologischen Vätern und Stiefvätern. Untersuchungen zeigen, dass die beobachteten Unterschiede in der Enge der Vater-Kind-Beziehung nicht nur dadurch bestimmt werden, ob es sich um eine soziale oder biologische Vaterschaft handelt, sondern dass hierfür andere strukturelle Aspekte, wie die Dauer des Zusammenlebens oder Betreuungsarrangements nach der Trennung der biologischen Eltern, ebenfalls eine zentrale Rolle spielen. Zudem stellt sich die Frage, inwieweit Stiefkinder gegenüber biologischen Kindern in der Familie benachteiligt werden und welche Determinanten das Ausmaß eines solchen *step gap* beeinflussen. Es konnte gezeigt werden, dass sich auch hier strukturelle Faktoren, wie die Dauer der Stiefelternbeziehung und die Anzahl der Kinder im Haushalt, neben Einstellungen zu familiären Normen beziehungsweise Werten als bedeutsam erweisen.

Während der Komplexität intergenerationaler Beziehungen in Stieffamilien bereits seit längerem in der Forschung Rechnung getragen wird, steht insbesondere die quantitative Erforschung der Diversität intergenerationaler Beziehungen in *queeren Familien* noch vergleichsweise am Anfang. Internationale Studien zeigen zwar, dass es insgesamt kaum substantiell bedeutsame Unterschiede in der Beziehungsqualität zwischen Eltern und erwachsenen Kindern in Abhängigkeit von deren sexueller Orientierung gibt. Sie weisen jedoch gleichzeitig im Detail auf Verhaltensunterschiede – etwa in Bezug auf den Auszug aus dem Elternhaus oder finanzielle Transfers der Eltern – hin, die weitergehende Forschung in diesem Bereich wünschenswert erscheinen lassen.

Vor dem Hintergrund einer älter werdenden Bevölkerung mit Migrationshintergrund erhält außerdem die Analyse intergenerationaler Beziehungen in *Migrantenfamilien* vermehrt Aufmerksamkeit. Der Schwerpunkt vieler Analysen liegt auf der Überprüfung der Solidaritäts- beziehungsweise Konfliktthese intergenerationaler Beziehungen in Migrantenfamilien. Während die Solidaritätsthese aufgrund der gemeinsamen Wanderungserfahrung ein größeres Solidaritätspotenzial zwischen Generationen in Migrationsfamilien annimmt, postuliert die Konfliktthese ein Auseinanderbrechen vormals stabiler Familienverbände aufgrund unterschiedlicher Geschwindigkeiten im Anpassungsverhalten an die Gegebenheiten der Aufnahmegesellschaft älterer und jüngerer Generationen.

Aktuelle Befunde für die Bundesrepublik auf Basis von Daten des familiendemografischen Panels *FReDA* liefern insgesamt keine Hinweise, welche die Konfliktthese und deren Annahme schwächerer intergenerationaler Bindungen in Migrantenfamilien stützen würden.

Vielmehr berichten Migrantinnen und Migranten der ersten Generation durchweg häufigere (nichtphysische) Kontakte zu ihren Eltern als Einheimische. Zudem scheinen einige Muster intergenerationaler Solidarität, die bei Migrantinnen und Migranten der ersten Generation beobachtet werden, auch auf die zweite Generation übertragen zu werden.

Des Weiteren zeigt sich, dass Zugewanderte der ersten Generation aus Osteuropa oder der ehemaligen UdSSR insgesamt eher deutschen Einheimischen ähneln als andere Migranten-gruppen, dass die zweite Generation mit Wurzeln in der ehemaligen UdSSR insbesondere in Bezug auf ihre Väter jedoch eine besonders niedrige intergenerationale Beziehungsqualität aufweist.

Ein im Vergleich zum „golden age of marriage“ deutlich gestiegener Anteil *Kinderloser* in der Bevölkerung hat zu einem wachsenden Interesse an den Implikationen dieser Entwicklung für die Ausgestaltung intergenerationaler Beziehungen geführt. Zwar zeigen sich Unterschiede in der Netzwerkstruktur von Eltern und Kinderlosen, es findet sich jedoch keine Evidenz dafür, dass diese substanziell weniger Unterstützung erhalten oder geben als jene.

Auch können bei Kinderlosen keine generellen Benachteiligungen hinsichtlich ihres wirtschaftlichen, seelischen oder sozialen Wohlbefindens festgestellt werden, was zumindest teilweise dadurch erklärt wird, dass Kinderlose stärker als Eltern in Austauschbeziehungen mit sozialen Netzwerkpartnerinnen und -partnern außerhalb der Familie oder mit entfernteren Verwandten investieren und so das fehlende Unterstützungspotenzial durch eigene Kinder substituieren.

Fazit und Perspektiven

Der demografische Wandel bringt neue Chancen (man denke an die vergleichsweise lange gemeinsame Lebenszeit von Großeltern und Enkelkindern) wie auch neue Herausforderungen (zum Beispiel durch einen steigenden Anteil Kinderloser) für familiäre Generationenbeziehungen mit sich. Gleiches gilt für Pluralisierungs- und Individualisierungsprozesse oder den Prozess der Globalisierung, in deren Folge zum Beispiel die Bedeutung von Stief- und Migrantenfamilien wachsen wird. Krisenszenarien, die einen „Verfall der Familie“ prophezeien, erscheinen jedoch als völlig unangemessen: die Familie überlebt den gesellschaftlichen Wandel, weil sie selbst eine dynamische und anpassungsfähige soziale Institution ist.

Die Familie ist zudem – und dies wurde bislang von Politik und Forschung oft nur unzureichend beachtet – eine Institution, die weit mehr umfasst als dyadische Beziehungen innerhalb der Kernfamilie. Vertikale Beziehungen zwischen mehreren Generationen, zum Beispiel von (Groß-)Eltern und (Enkel-)Kindern, und horizontale Beziehungen innerhalb einer Generation, insbesondere mit Geschwistern, sollten gemeinsam und im Kontext weiterer Verwandtschaftsbeziehungen (mit Onkeln, Tanten, Cousinen und Cousins) gedacht werden. Dies gilt gleichermaßen für wissenschaftliche Untersuchungen wie für politische Maßnahmen, die darauf abzielen, Unterstützung, die in Familien geleistet wird, weiter zu fördern.

Perspektivisch scheint klar zu sein, dass gerade dort, wo intergenerationale Beziehungen heute noch besonders eng sind, der demografische Wandel eine Herausforderung darstellt, der Familie und Wohlfahrtsstaat nur in gemeinsamer Verantwortung erfolgreich begegnen können.

Politische Handlungsempfehlungen

- **Familie und Wohlfahrtsstaat müssen gemeinsam Verantwortung übernehmen.** In Bezug auf die Daseinsvorsorge können die aus dem demografischen Wandel erwachsenden Herausforderungen nur unter gemeinsamer Verantwortung von Familie und Wohlfahrtsstaat bewältigt werden.
- **Über die Kernfamilie hinausdenken.** Politische Maßnahmen zur Unterstützung von Familien sollten gesamte Verwandtschaftsnetzwerke einbeziehen. Das betrifft sowohl vertikale Beziehungen zwischen den Generationen als auch horizontale Verwandtschaftsbeziehungen innerhalb einer Generation.
- **Dynamik der Familienformen berücksichtigen.** Die Unterstützung von Familien sollte sich nicht ausschließlich auf traditionelle Kernfamilien beschränken, sondern auch die durch den demografischen Wandel bedingte dynamische Entwicklung der Familienformen mitdenken.

Literaturhinweise

Bordone, V., Hank, K., Tomassini, C., & Arpino, B. (2023). Childcare by grandparents in the context of welfare state policies. In M. Daly (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Family Policy Over the Life Course* (S. 979-997). Oxford University Press.

Hank, K. (2022). *Intergenerational relationships in Germany: A review of insights from pair-fam* (BiB Working Paper No. 3/2022). Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

Hank, K. (2023). Intergenerationale Beziehungen. In Arránz Becker, O., Hank, K., & Steinbach, A. (Hrsg.), *Handbuch Familiensoziologie* (2. Aufl., S. 445-468). Springer.

Hank, K. (2025). Intergenerational solidarity in native and migrant families in Germany: Adult children's perspectives in FReDA. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 77(2), 271-289.

Klingel, M., Garten, C., Grates, M., Quashie, N., & Brandt, M. (2025). Distancing and changes in intergenerational support in Germany during the beginning of the COVID-19 pandemic. *Journal of Intergenerational Relationships*, 23(4), 387-410.

Leopold, T., Raab, M., Becker, C., Buyukkececi, Z., & Çineli, B. (2025). Mapping modern kinship networks: First results from the KINMATRIX survey. *Journal of Marriage and Family*, 87(2), 478-504.

Steinbach, A. (2010). *Generationenbeziehungen in Stieffamilien*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. doi.org/10.1007/978-3-531-92511-0

Steinbach, A., Mahne, K., Klaus, D., & Hank, K. (2020). Stability and change in intergenerational family relations across two decades: Findings from the German Ageing Survey, 1996–2014. *Journal of Gerontology: Social Sciences*, 75(4), 899-906.

Szydlik, M. (2016). *Sharing Lives: Adult Children and Parents*. Routledge.

Intergenerationale Transferleistungen



Aktuelle demografische und wirtschaftliche Entwicklungen erzwingen eine Neuordnung der ökonomischen Generationenbeziehungen

Bernhard Binder-Hammer, Vienna Institute of Demography
Alexia Fürnkranz-Prskawetz, Technischen Universität Wien

Das wirtschaftliche Generationenverhältnis in Schieflage

Wirtschaft und Transfersysteme Europas sind geprägt von einem zunehmenden Ressourcenkonflikt zwischen Generationen. Ohne Neuordnung der wirtschaftlichen Generationenbeziehungen und intergenerationalen Transfers werden junge und kommende Generationen immer stärker belastet.

Deutschland und die meisten anderen europäischen Länder sind gekennzeichnet durch einen starken Anstieg der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter sowie durch extrem niedrige Geburtenraten. Dadurch steigen die staatlichen Ausgaben für die ältere Bevölkerung. Gleichzeitig würde ein Wiederanstieg der Geburtenraten auch höhere ökonomische Transfers an die nächste Generation erfordern, insbesondere in Form staatlicher Kinderbetreuung und unbezahlter Arbeit innerhalb der Familien. Die Erwerbsbevölkerung sollte beides leisten, steht

jedoch vor weiteren Herausforderungen. Zunehmende Konkurrenz mit besserer Technologie (zum Beispiel in der Autoindustrie) führt zu stagnierenden Einkommen; eine Umstellung des bisherigen Wirtschaftsmodells und Investitionen in neue Bereiche sind erforderlich. Der Konflikt um Ressourcen – auch zwischen den Generationen – wird dadurch offensichtlicher und ausgeprägter.

Die Zukunft europäischer Länder hängt maßgeblich davon ab, ob es gelingt, staatliche Transfers zwischen Generationen an die geänderte Demografie und sich ändernde wirtschaftliche Rahmenbedingungen anzupassen und zukunftsgerecht zu gestalten. Dieser Artikel beschreibt die Herausforderungen im Transfersystem und macht Vorschläge, wie dieses wieder fairer und nachhaltiger gestaltet werden kann.

Demografie Deutschlands und Europas: Aktuelle Entwicklungen

Die aktuelle demografische Entwicklung Europas lässt sich einfach zusammenfassen: mehr Ältere, weniger Kinder und eine hohe Immigration geringqualifizierter Arbeitskräfte. Gleichzeitig ist die Demografie Europas durch einen Baby-Boom geprägt, der in den 1960er Jahren seinen Höhepunkt hatte. Dadurch verändert sich das Verhältnis der Bevölkerung im Pensionsalter und im Erwerbsalter derzeit extrem schnell. Die Anzahl der Personen im Alter von 65 Jahren und älter pro 100 Personen im Haupterwerbsalter von 20 bis 64 Jahren wird von derzeit 34 auf knapp 50 im Jahr 2040 ansteigen.

Gleichzeitig werden jedes Jahr neue Negativrekorde bei der sinkenden Anzahl der Kinder erreicht. 2023 wurden in der gesamten EU mit knapp 450 Millionen Einwohnern nur noch 3,67 Millionen Kinder geboren, etwa genauso viele wie in den USA mit 334 Millionen Einwohnern. Zwar wird die Alterung in vielen Ländern durch hohe Immigration abgeschwächt; aufgrund des niedrigeren Bildungsniveaus und der geringeren Einkommen von Immigranten ersetzen diese jedoch nur teilweise die heimische Erwerbsbevölkerung.

Dabei sind gerade viele europäische Länder durch einen langen Altersruhestand charakterisiert, der mehr als in anderen Ländern durch staatliche Transfers von der Erwerbsbevölkerung finanziert wird. Europas Organisation der Transfersysteme ist noch immer auf die Demografie und prosperierende Wirtschaft der 1960er bis 1980er zugeschnitten und passt nicht mehr mit der aktuellen demografischen Struktur zusammen.

Die Generationenökonomie: Verteilung und Umverteilung von Ressourcen zwischen Generationen

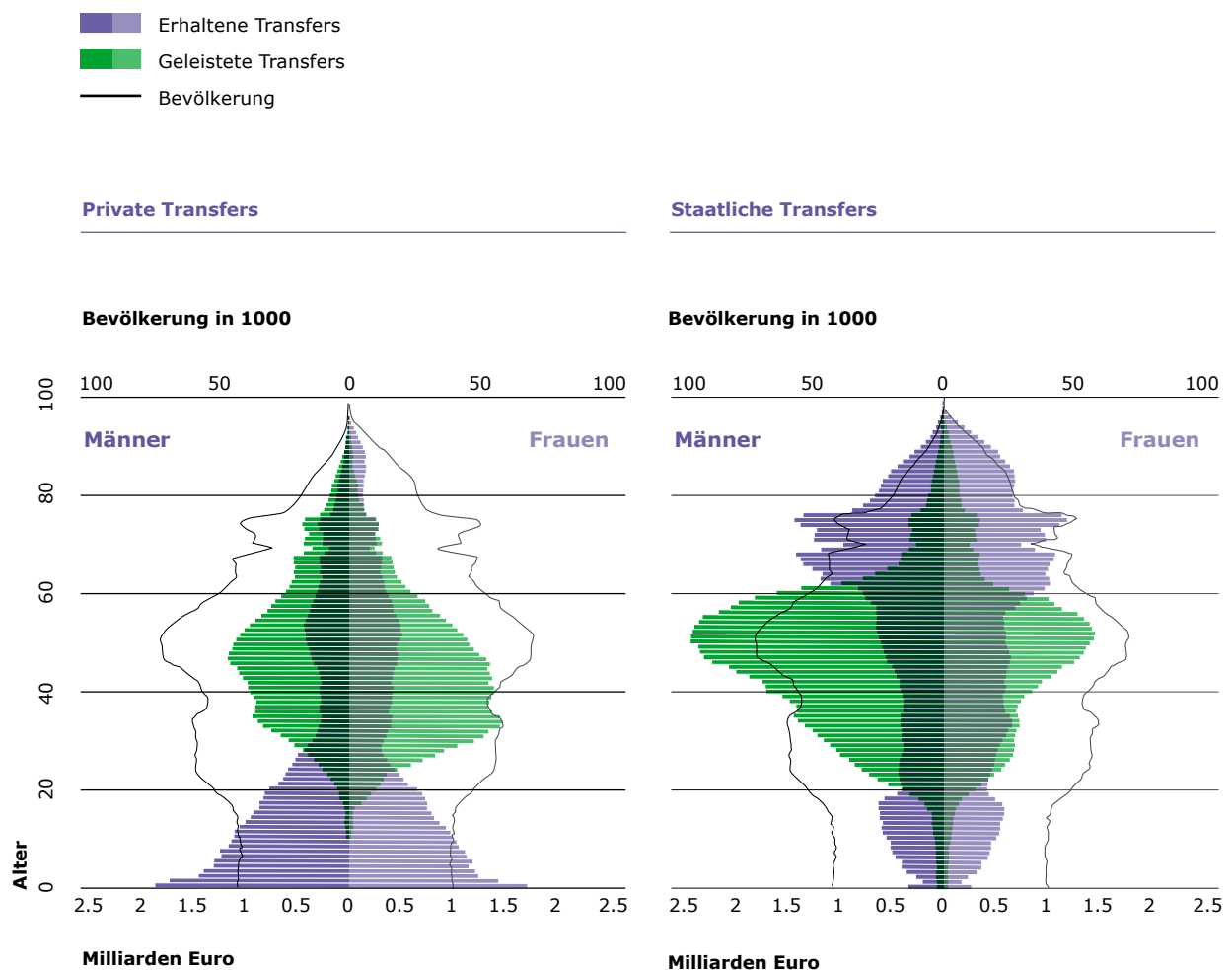
Intergenerationale Transfers spielen eine zentrale Rolle in der Gesellschaft und in unserem ökonomischen Lebensverlauf. Denn in Kindheit und Jugend sowie im Altersruhestand sind wir weitgehend von solchen Transfers abhängig: im jungen Alter von der Betreuung und anderen unbezahlten Dienstleistungen unserer Eltern, von Konsumgütern, die von ihnen finanziert werden, und von staatlich finanzierten Schulen; im Altersruhestand dann von staatlichen Pensionen sowie steuerfinanzierten Gesundheits- und Pflegeleistungen sowie zum Teil von der Betreuung durch unsere Kinder und unserem angesparten Vermögen.

Sogenannte Nationale Transferkonten bieten Konzepte und Daten, um intergenerationale Transferströme und die Generationenökonomie zu analysieren und über Länder zu vergleichen (Lee & Mason, 2001).

Die Größenordnung der staatlichen Transfers (Geld- und Sachleistungen) variiert stark mit dem Alter und betrug in Deutschland im Jahr 2022 zwischen 12.000 und 15.000 Euro pro Kopf und Jahr im Pflichtschulalter. Sie sinkt danach auf etwa 10.000 Euro pro Kopf und Jahr im Haupterwerbsalter (vor allem kollektive Leistungen des Staates) und steigt im Altersruhestand auf über 30.000 Euro pro Kopf und Jahr. In Deutschland erhält das älteste Viertel der Bevölkerung etwa die Hälfte aller staatlichen Transferleistungen und über ein Viertel der monetären Sozialleistungen. Demgegenüber stehen Steuern und Abgaben im Haupterwerbsalter von 25.000 – 29.000 Euro pro Kopf und Jahr.

Im Kontrast zu staatlichen Transfers werden innerfamiliäre Transfers im öffentlichen Diskurs und in den meisten Wirtschaftsdaten ignoriert, spielen aber ökonomisch eine ebenso große Rolle. Nationale Transferkonten für Österreich zeigen, dass der monetäre Wert der interfamiliären Transfers an Kinder etwa gleich groß ist wie jener der staatlichen Transfers an die ältere Bevölkerung (Abb. 1, Hammer & Prskawetz, 2022).

Abb. 1: Gesamte innerfamiliäre und staatliche Transfers nach Altersgruppen in Österreich 2015.



Dabei gibt es große Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Väter finanzieren mit ihrem höheren Einkommen einen größeren Teil der Konsumausgaben für Kinder und Partnerinnen, während Mütter für den Großteil der unbezahlten Arbeit aufkommen, wie Kinderbetreuung und Hausarbeit. Besonders für die Mütter bedeutet dies oft eine längere Unterbrechung oder Reduzierung der Erwerbsarbeit, wodurch langfristige negative Effekte auf das Einkommen und ihre Anspruchsberechtigung im Pensionssystem resultieren. Aus einem „Gender Pay Gap“, beziehungsweise einem „Motherhood Pay Gap“, ergibt sich später ein „Pension Gap“, der oft zu Altersarmut, insbesondere bei alleinstehenden Frauen im Alter, führt.

Durch die Altersmuster der Transfers ergibt sich somit der Konflikt, dass Personen im Haupterwerbsalter mit ihrem Einkommen nicht nur ihre eigenen Bedürfnisse (Konsum, Sparen, Investieren) abdecken müssen, sondern gleichzeitig private Transfers an ihre Kinder leisten und über ihre Steuern und Abgaben das staatliche Transfersystem finanzieren, wobei Pensionen an die ältere Bevölkerung den weitaus größten Teil ausmachen.

Der Generationenvertrag

Der Begriff „Generationenvertrag“ wird oft verwendet, um einseitig die Ansprüche der Älteren an junge Generationen innerhalb des staatlichen Rentensystems zu rechtfertigen. Doch die Beschreibung und Organisation von Generationenbeziehungen als Vertrag inkludierte ursprünglich auch Leistungen an Kinder und Jugendliche sowie Mechanismen, welche die Auszahlungen an geleistete Beiträge anpassen (vgl. Schreiber, 1955). Die Probleme im staatlichen Transfersystem entstehen dadurch, dass es den Generationenvertrag ignoriert. Es berücksichtigt die notwendigen Leistungen für die nachkommenden Generationen unzureichend und enthält keine effektiven Mechanismen, die die Auszahlungen an die Beiträge anpassen und so die Belastung der Erwerbstätigen konstant halten.

Damit wird auch das Prinzip der Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit unterlaufen, welches die UN folgendermaßen definiert: Nachhaltig ist „[...] eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt, ohne die Fähigkeit zu gefährden, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse befriedigen können.“ (United Nations, 2026). Denn die Belastung für die nachkommenden Generationen nimmt zu durch die Bevölkerungsalterung und der daraus resultierenden, wachsenden Ansprüche an beitrags- und steuerfinanzierte Pensionen, Gesundheits- und Pflegeleistungen. Junge, auf Erwerbseinkommen angewiesene Generationen werden dadurch in ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten stark eingeschränkt.

Eine faire und nachhaltige Form des Generationenvertrags berücksichtigt die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen zwei Generationen im Zeit- und Lebensverlauf und betont die zentrale Rolle der intergenerationalen Transfers zu Kindern. Die Elterngeneration stellt nachkommen den Generationen Ressourcen zur Verfügung: in der Familie für den Unterhalt und ihre Erziehung sowie über das staatliche Transfersystem für deren Bildung. Diese Größen bestimmen maßgeblich die Leistungsfähigkeit nachkommender Generationen als Steuer- und Beitragszahler. Im Gegenzug finanziert die nachkommende Generation aus ihrem Erwerbseinkommen die Transfers an die Elterngeneration im Ruhestand. Nur so kann diese Beziehung als Vertrag beschrieben werden: Die Ansprüche im Ruhestand entstehen aus den früheren Investitionen in die nächste Generation, nicht aus den Transfers an die ältere Generation.

Die Herausforderung: eine Ressourcen-Reallokation von Alt zu Jung

Die Ausgaben für die ältere Bevölkerung zu reduzieren und die erfahrenen Fachkräfte möglichst lange im Berufsleben zu halten, wird der Angelpunkt in der zukünftigen Entwicklung von Wirtschaft und Sozialsystemen sein. In vielen Ländern, auch in Deutschland und Österreich, ist das staatliche Transfersystem noch auf die demografische Situation der Baby-boomer-Generation ausgerichtet, die in den 1970er und 1980er Jahren auf den Arbeitsmarkt kam. Damals lag die Zahl der über 65-Jährigen pro 100 Personen der Erwerbsbevölkerung noch unter 25. Die wachsende Lebenserwartung, gekoppelt mit niedrigem Pensionsantrittsalter und schwach besetzten Geburtskohorten, stellt das staatliche Transfersystem jedoch unter großen finanziellen Druck.

Fairness und Nachhaltigkeit erfordern eine rechtzeitige und transparente Anpassung an geänderte demografische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Länder mit einem modernen Sozialsystem wie Schweden oder Dänemark konnten die Ausgaben und die Abgabenbelastung in den letzten Jahrzehnten senken und haben sogar die Finanzkrise gut bewältigt. Ein wesentliches Element ist der Fokus des staatlichen Transfersystems auf soziale Absicherung, auch im Altersruhestand. Die Sicherung des Lebensstandards für Gutverdienende wird über ein privates oder betriebliches, kapitalgedecktes Pensionssystem organisiert. Diese zweite und dritte Säule des Pensionssystems ermöglichen es, Kapital für dringend notwendige Investitionen bereitzustellen, um die Wettbewerbsfähigkeit sowie das Wirtschaftswachstum zu garantieren (vgl. Europäische Kommission, 2025).

Länder mit hohen Pensionsausgaben sind dadurch charakterisiert, dass ein großer Teil der staatlichen Transfers an Pensionisten im oberen Einkommensviertel bezahlt wird (Hammer, Christl & De Poli, 2023). In Deutschland bezieht das einkommensschwächste Viertel der Bevölkerung mit einem Viertel der gesamten monetären Sozialausgaben etwa gleich viel wie das einkommensstärkste Viertel. In Sozialsystemen mit einem größeren Anteil an kapitalgedeckten Pensionen, wie in Dänemark oder den Niederlanden, ist der Anteil für die Einkommensschwächsten höher, während die Gesamtausgaben geringer sind.

Kapitaldeckung diszipliniert Ansprüche: Es gibt einen expliziten Zusammenhang zwischen den eigenen Beiträgen zum kapitalgedeckten System und den Ansprüchen. Dadurch wird ein höheres Pensionsalter eher akzeptiert, und „Luxuspensionen“, die Bezieher in die Spitze der Einkommensverteilung heben, sind so gut wie nicht existent.

Fazit

Aktuelle demografische und wirtschaftliche Entwicklungen erzwingen eine Neuordnung der ökonomischen Generationenbeziehungen und insbesondere der Transfersysteme. Zwei Aspekte müssen dabei besonders berücksichtigt werden: erstens, die langfristige Resilienz sowohl gegenüber demografischen Veränderungen als auch gegenüber ökonomischen Herausforderungen, wie Wirtschaftskrisen und Änderungen am Arbeits- und Kapitalmarkt; zweitens die Berücksichtigung privater Transfers an die nächste Generation. Deren Ignoranz erzeugt nicht nur Ungleichheiten zwischen Eltern und Kinderlosen, sondern auch eine Diskrepanz zwischen den Ansprüchen und den Beiträgen der nächsten Generation.

Politische Handlungsempfehlungen

- **Resilienz steigern.** Sowohl das Renteneintrittsalter als auch die Pensionszahlungen sollten automatisch an die steigende Lebenserwartung sowie das Verhältnis der Beitragszahler zu den Leistungsempfängern (Kohortengrößen) angepasst werden.
- **Ungleichheiten reduzieren.** Das staatliche Umlagesystem sollte auf die Funktion der grundlegenden finanziellen Absicherung beschränkt werden. Diese Basisabsicherung mildert unerwünschte Umverteilungseffekte.
- **Pensionsausgaben reduzieren und Betriebsrenten und Eigenvorsorge stärken.** Die Sicherung des Lebensstandards für Gutverdienende sollte vermehrt über kapitalgedeckte Pensionen organisiert werden. Die Aufrechterhaltung des Lebensstandards kann nicht Aufgabe des staatlichen Pensionssystems sein, sondern sollte stärker auf individuellen Anreizen während des Erwerbslebens basieren.
- **Private Transfers berücksichtigen.** Monetär oder als unbezahlte (Fürsorge-)Arbeit sind sie wesentliche Bestandteile der Gesellschaft und des Sozialsystems, werden aber in ihrer wirtschaftlichen Größe und im staatlichen Transfersystem unzureichend berücksichtigt.
- **Ökonomische Situation junger Generationen verbessern.** Damit sie die Transferleistungen für Kinder überhaupt erbringen können, sollten jüngere Generationen entlastet werden. Zu stagnierenden Einkommen kommen steigende Immobilienpreise und Mieten, die die Möglichkeiten jüngerer Generationen stark einschränken.

Literaturhinweise

Europäische Kommission. (2025). *Stärkung der Fähigkeit des Sektors der zusätzlichen Altersvorsorge in der EU zur Verbesserung des Ruhestandseinkommens und zur Bereitstellung von langfristigem Kapital für die EU-Wirtschaft* (Mitteilung No. COM (2025) 839 final). Europäische Kommission. [✎ eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/HIS/?uri=COM%3A2025%3A839%3AFIN](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/HIS/?uri=COM%3A2025%3A839%3AFIN)

Hammer, B., Christl, M., & De Poli, S. (2023). Public redistribution in Europe: Between generations or income groups? *The Journal of the Economics of Ageing*, 24, 100426. [✎ doi.org/10.1016/j.jeoa.2022.100426](https://doi.org/10.1016/j.jeoa.2022.100426)

Hammer, B., & Prskawetz, A. (2022). Measuring private transfers between generations and gender: An application of national transfer accounts for Austria 2015. *Empirica*, 49(3), 573-599. [✎ doi.org/10.1007/s10663-022-09542-z](https://doi.org/10.1007/s10663-022-09542-z)

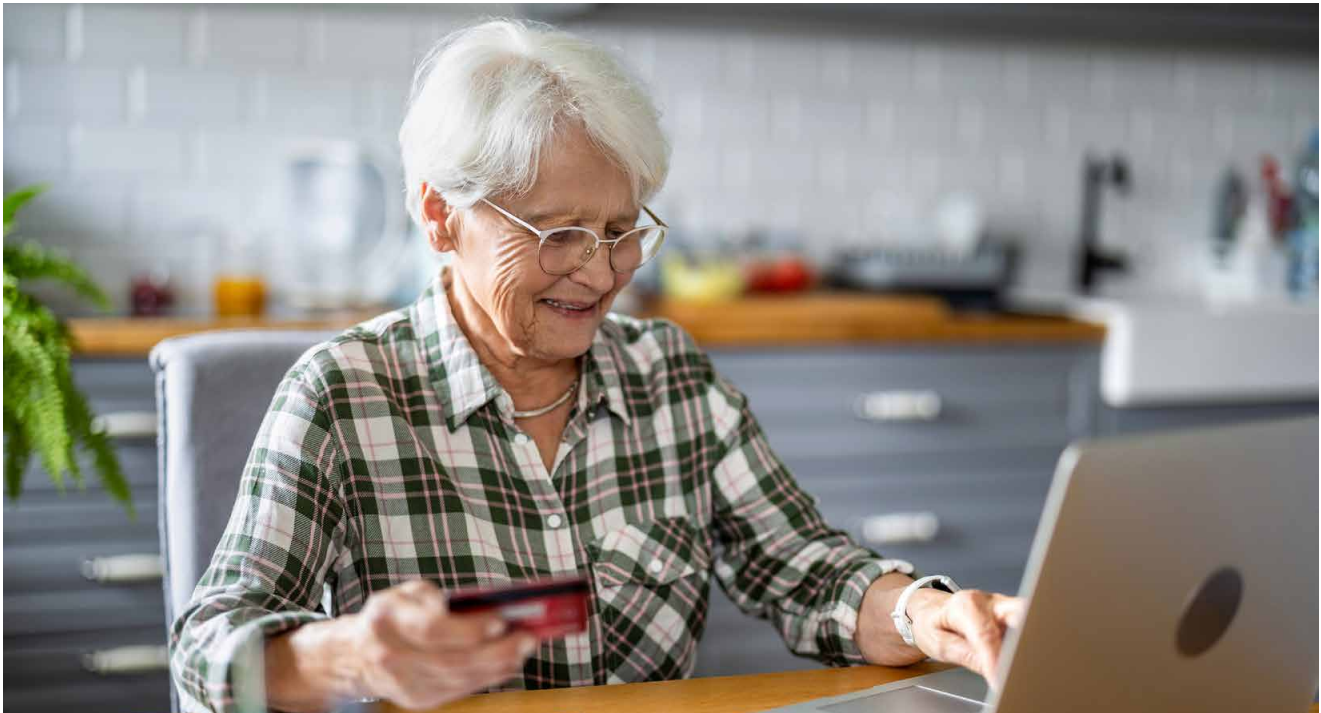
Lee, R. D., & Mason, A. (2011). *Population aging and the generational economy: A global perspective*. Edward Elgar.

Sánchez-Romero, M., Schuster, P., & Prskawetz, A. (2024). Redistributive effects of pension reforms: Who are the winners and losers? *Journal of Pension Economics & Finance*, 23(2), 294-320. [✎ doi.org/10.1017/S147474722300015X](https://doi.org/10.1017/S147474722300015X)

Schreiber, W. (1955). *Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft: Vorschläge des Bundes Katholischer Unternehmer zur Reform der Sozialversicherungen*. Bachem.

United Nations. (2026). *Nachhaltige Entwicklung. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung*. [✎ unis.univieenna.org/unis/de/topics/sustainable_development_goals.htm](https://unis.univieenna.org/unis/de/topics/sustainable_development_goals.htm)

Renten und Pensionen



Fortschreitende demografische Alterung setzt die Finanzen eines Umlage-Rentensystems zusehends unter Druck

Martin Werding

Ruhr-Universität Bochum (RUB)

Das gesetzliche Rentensystem in Deutschland wird im Umlageverfahren finanziert, wie die meisten staatlichen Alterssicherungssysteme entwickelter Volkswirtschaften. Beiträge, welche die erwerbstätigen Versicherten jedes Jahr entrichten, werden dabei direkt wieder ausgegeben, um Leistungen an Versicherte zu bezahlen, die eine Rente beziehen. Die Mittel werden also nicht zurückgelegt, um – vermehrt um Zinsen und andere Kapitalerträge – die späteren Renten heutiger Beitragszahlerinnen und Beitragszahler zu decken. Hierzu werden Beiträge zukünftiger Versicherter verwendet.

Entstehung umlagefinanzierter Rentensysteme

In Deutschland ist die Umlagefinanzierung ein Kind der Not. Rücklagen zur Kapitaldeckung des 1889 gegründeten staatlichen Rentensystems wurden in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch Kriegsschäden, Hyperinflation, Weltwirtschaftskrise und Währungsreformen

entwertet. Renten aus laufenden Beitragseinnahmen zu finanzieren, war in dieser Situation nötig, um das Rentensystem zahlungsfähig zu erhalten.

In anderen Ländern, deren Rentensysteme in der Nachkriegszeit grundlegend reformiert wurden, wie die US-amerikanische *Social Security* oder die britische *National Insurance*, wurde der Übergang zum Umlageverfahren dagegen aktiv gewählt. Die Reform, mit der das deutsche Rentensystem 1957 neu aufgesetzt wurde, sah vor, in den Folgejahren wieder Rücklagen für die Rentenausgaben der jeweils nächsten 15 Jahre aufzubauen. Dies ist allerdings nie geschehen. Seit 1969 ist die Umlagefinanzierung auch in Deutschland gesetzlicher Standard.

In der Wirtschaftswissenschaft gab es einige frühe Befürworter des Umlageverfahrens (Samuelson, 1958; Schreiber, 1955). Kritiker sahen darin eher ein unseriöses „Kettenbriefspiel“ (Lerner, 1959). Einigkeit herrschte, dass Umlagefinanzierung staatlich organisiert werden muss, weil sich die Beteiligung zukünftiger Beitragszahlerinnen und Beitragszahler nur durch hoheitlichen Zwang (Pflichtversicherung) sicherstellen lässt. Umgekehrt kann private und betriebliche Altersvorsorge, soweit sie nicht durch starke Zwangsvorschriften gestützt wird, nur kapitalgedeckt betrieben werden.

Eigenschaften der Umlagefinanzierung

In der Folgezeit untersuchte die Ökonomie die Eigenschaften der Umlagefinanzierung genauer. So wurde gezeigt, dass die „interne Rendite“ der Beiträge zu Umlagesystemen der Wachstumsrate der Lohnsumme zwischen Beitrags- und Rentenphase entspricht, die sich aus der stark demografisch bestimmten Wachstumsrate der Anzahl der Erwerbstätigen sowie der Wachstumsrate von Arbeitsproduktivität beziehungsweise Löhnen zusammensetzt (Aaron, 1966). In einer effizient wachsenden Volkswirtschaft ist diese Rendite – zumindest im längerfristigen Durchschnitt – geringer als ein risikoarmer Kapitalmarktzins (Cass, 1972; Abel et al., 1989). Versicherte, die während ihrer gesamten Erwerbsphase Pflichtbeiträge an ein Umlage-Rentensystem entrichten, erleiden daher einen Nachteil gegenüber kapitalgedeckten Formen der Altersvorsorge.

Trotzdem erweist sich das Umlageverfahren als „intergenerationell effizient“ (Breyer, 1989; Fenge, 1995): Den Renditeverlusten dieser Versicherten stehen nämlich Gewinne der ersten Generation Versicherter gegenüber, die bei Einführung des Verfahrens eine volle Rente erhalten konnten, obwohl sie in ihrer Erwerbsphase nicht (durchgängig) Beiträge entrichtet haben. Der barwertmäßig gleich hohe Renditenachteil späterer Versicherter erweist sich als Preis dafür, dass beim Umlageverfahren auf einen (Wieder-)Aufbau von Reserven verzichtet wird (Sinn, 2000). Umlagefinanzierung erzeugt daher eine intergenerationelle Umverteilung, die mit den Einführungsgewinnen der ersten Rentnerinnen und Rentner beginnt und sich von jeder jüngeren zur nächstälteren Generation fortsetzt.

Die interne Rendite umlagefinanzierter Rentensysteme lässt sich über das Lohnsummenwachstum hinaus erhöhen, indem der Beitragssatz ständig angehoben wird. Einer solchen Politik sind jedoch ökonomische und rechnerische Grenzen gesetzt, weil Rentenbeiträge – je nach ihrer Erhebung – die Arbeitskosten erhöhen und/oder die Nettolöhne senken und 100 Prozent definitiv nicht übersteigen können (Rosner, 2005, S. 157–160).

Zudem erscheinen Beitragssatzanhebungen als willkürlicher Eingriff in die Finanzen umlagefinanzierter Rentensysteme, wenn sie nicht zum Ausgleich temporärer Schwankungen der Beitragseinnahmen dienen, sondern die interne Rendite anhaltend steigern oder einen Rückgang dieser Rendite, zum Beispiel wegen langsamer wachsender oder schrumpfender Erwerbstätigenzahl, ausgleichen sollen. Im Umfang der Beitragssatzerhöhung wird damit ein zusätzliches Umlagesystem auf das bereits existierende gesetzt – mit neuen Einführungsgewinnen für Versicherte im Rentenalter, die dafür keine Beiträge entrichtet haben, und zusätzlichen Nachteilen für alle jüngeren Versicherten.

Kinder und Renten

Ein anderer Literaturstrang zu umlagefinanzierten Renten betrachtet nicht nur den Oberflächenkreislauf aus (finanziellen) Beiträgen in der Erwerbsphase und Leistungsansprüchen in der Rentenphase, sondern bezieht den Prozess der Erziehung und Ausbildung zukünftiger Erwerbspersonen als Investitionen („generative Beiträge“) in die langfristige Funktionsfähigkeit solcher Systeme ein. In dieser Sicht erscheinen finanzielle Beiträge der erwerbstätigen Generation als Gegenleistungen für die zuvor empfangenen Investitionen. Umlagefinanzierung der Altersvorsorge erweist sich als „Humankapital-Deckungsverfahren“, das an familieninterne Formen der Alterssicherung in vorindustrieller Zeit anknüpft, die bei wachsender regionaler, sozialer und beruflicher Mobilität instabil geworden sind (Cigno, 1993; Werding, 1999).

Statt die Funktionsweise solcher Systeme – mit besserem Risikoausgleich vor allem für Langlebensrisiken bei Älteren und Einkommensrisiken bei Jüngeren – nachzubilden, bemessen Umlage-Rentensysteme individuelle Ansprüche typischerweise vor allem nach der Höhe finanzieller Beiträge oder der Dauer der beitragspflichtigen Erwerbstätigkeit. Sie setzen damit keine Anreize zur Erziehung und Ausbildung zukünftiger Erwerbstätiger und könnten so zum Geburtenrückgang im Rahmen des demografischen Übergangs beigetragen haben (Cigno & Rosati, 1996). Familienpolitische Maßnahmen und öffentliche Bildungsfinanzierung könnten dies ausgleichen.

Das gleiche gilt für Rentenansprüche für elterliche Erziehungsleistungen, die einige Länder in ihre Umlage-Rentensysteme eingefügt haben (Cigno & Werding, 2007). Es erscheint aber als zweifelhaft, ob dieser Ausgleich quantitativ ausreichend und anreizkompatibel gestaltet ist, um die entstandenen Fehlanreize zu korrigieren (Werding, 1998; Werding, 2014).

Herausforderung durch den demografischen Wandel

In ihrer gängigen Form ist die Umlagefinanzierung von Renten ein Verfahren, das die Altersvorsorge unabhängig von langwierigen Prozessen der Kapitalbildung und von Ertragsrisiken auf Kapitalmärkten macht. Dafür wird die Rentenfinanzierung abhängig von der heimischen Arbeitsmarktlage und von der heimischen demografischen Entwicklung.

Fortschreitende demografische Alterung setzt die Finanzen eines Umlage-Rentensystems jedoch zusehends unter Druck (Sachverständigenrat, 2023: Kap. 5). Bei konstantem Beitragssatz sinken Beitragsrenditen und erreichbare Einkommensersatzquoten für ältere Versicherte. Bei konstanten Ersatzquoten steigt der Beitragssatz für jüngere Versicherte, und die

intergenerationelle Umverteilung zugunsten Älterer verstärkt sich. Soweit die demografische Alterung auf einen Anstieg der Lebenserwartung Älterer zurückgeht, besteht eine ursachengerechte Reaktion darin, das gesetzliche Renteneintrittsalter anzupassen.

Dies wirkt sich günstig auf die Entwicklung von Beitragssatz und Ersatzquoten aus, zwischen denen in einem Umlagesystem ansonsten ein Trade-off besteht. Wenn die Anhebung der Altersgrenze Erwerbs- und Rentenphase gleichmäßig verlängert, neutralisiert sie die Auswirkungen einer steigenden Lebenserwartung auf die Rentenfinanzen (Börsch-Supan, 2007).

Für rückläufige Geburtenzahlen, die zeitversetzt die Erwerbstätigenzahlen senken, gibt es in einem Umlagesystem dagegen keine ursachengerechte Anpassung. Erwerbsmigration kann die Effekte für Arbeitsmarkt und Rentenfinanzen dämpfen, bei ausgeprägtem Geburtenrückgang aber meist nicht ausgleichen. Systemgerecht ist in diesem Fall eine Anpassung des Mischungsverhältnisses von Umlagefinanzierung und Kapitaldeckung. Beim Ausbau kapitalgedeckter Altersvorsorge lassen sich Auswirkungen der Alterung auf die heimische Wirtschaftsentwicklung und nationale Kapitalmärkte mit einer internationalen Anlagestrategie umgehen.

Parallel dazu kann die Entwicklung umlagefinanzierter Renten so gedämpft werden, dass der Beitragssatz konstant bleibt. Wenn solche Anpassungen der Alterssicherung mit dem Geburtenrückgang eingeleitet werden, ergibt sich tendenziell keine verstärkte intergenerationelle Umverteilung. Die betroffenen Generationen müssen höhere Vorsorgeersparnisse bilden, leisten aber geringere Investitionen in zukünftige Erwerbstätige („demografische Dividende“).

Angesichts eines ausgeprägten Alterungsprozesses, der seit Langem für die Jahre ab 2020 absehbar ist, wurden in Deutschland Anfang der 2000er-Jahre Schritte in die hier beschriebene Richtung getan (Einführung des „Nachhaltigkeitsfaktors“ zur Dämpfung der jährlichen Rentenanpassungen; Ausbau ergänzender Kapitaldeckung, vor allem in der privaten Altersvorsorge; Heraufsetzung des gesetzlichen Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre; vgl. Werding, 2007, S.89–128). Aktuell kommen diese Anpassungen aber ins Stocken. In vielen anderen Ländern reagiert die Politik ebenfalls verzögert und zu verhalten auf die dortigen Alterungsprozesse. Umfassende Reformen hat ab Ende der 1990er Jahre Schweden ergriffen (Fixierung des Beitragssatzes zum staatlichen Umlage-Rentensystem; mehrfache Heraufsetzungen des Altersfensters für Renteneintritte; Einführung einer obligatorischen kapitalgedeckten Zusatzvorsorge, die überwiegend auf Aktien basiert; vgl. Palmer, 2000; Haupt & Kluth, 2012).

Pensionen

Pensionen dienen in Deutschland zur Altersversorgung von Beamtinnen und Beamten. Ihre Ursprünge sind noch älter als die der gesetzlichen Rentenversicherung. Sie werden ebenfalls im Umlageverfahren finanziert aus allgemeinen Haushaltsmitteln der Dienstherren (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungen). Pensionen zielen – wegen spezieller beamtenrechtlicher Grundsätze – auf eine volle Lebensstandardsicherung im Alter. Sie fungieren damit sowohl als Regelsicherung, wie die gesetzlichen Renten, als auch als betriebliche Versorgung.

Die Entwicklung der Ausgaben für Pensionen wird nicht von der Demografie, sondern von der Verbeamtungspolitik in vergangenen Jahrzehnten beeinflusst. Aktuell ist damit zu rechnen, dass insbesondere die Pensionslasten der Länder mittel- und langfristig schneller steigen als deren Einnahmenbasen (Sachverständigenrat, 2023, S.298–304). Wirksam begrenzen

lässt sich diese Entwicklung vor allem durch eine restriktivere Verbeamtungspolitik. Seit den 1990er-Jahren gilt das Prinzip einer wirkungsgleichen Übertragung aller Reformen im gesetzlichen Rentensystem auf die Pensionen. Wegen andersartiger Regelungen ist die Umsetzung dieses Prinzips jedoch nicht immer leicht zu beurteilen und oft nur teilweise oder erst verzögert geschehen.

Aktuell wird diskutiert, ob Beamtinnen und Beamte in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden können und ob dies die dortigen Finanzierungsprobleme mildern würde. Eine solche Reform könnte an rechtliche Grenzen stoßen; sie dürfte zumindest voraussetzen, dass zugleich eine – gegenüber bisherigen beamtenrechtlichen Standards gegebenenfalls modifizierte – Zusatzversorgung errichtet wird. Um Lastverschiebungen in die Zukunft zu vermeiden, sollte diese vollständig mit Rückstellungen für spätere Leistungen hinterlegt werden. Die Finanzierung des Rentensystems wird durch Beitragseinnahmen für zusätzliche Versicherte nicht nachhaltig verbessert, da auf Dauer auch zusätzliche Rentenansprüche entstehen. Im Übergang erzeugen die zusätzlichen Einnahmen der Rentenversicherung zudem Finanzierungslücken gleicher Höhe in den Haushalten der Dienstherren. Solche fiskalischen Belastungen lassen sich vermeiden, wenn ein separates Umlagesystem errichtet wird, in das die Arbeitgeber die Beiträge für Bedienstete in der Erwerbsphase einzahlen, um damit auch Versorgungszusagen nach bisherigem Recht zu (ko-)finanzieren (Sachverständigenrat, 2023, S. 308 – 312).

Offene Forschungsfragen

Zur Funktionsweise umlagefinanzierter Rentensysteme und den Effekten demografischer und ökonomischer Herausforderungen besteht kaum noch Forschungsbedarf. Von Interesse sind der Informationsstand der Bürgerinnen und Bürger, ihre Präferenzen sowie Zusammenhänge zwischen beidem. Relevante Präferenzen betreffen zum Beispiel Rahmenbedingungen für Renteneintrittsentscheidungen, die Bedeutung einer Mindestabsicherung im Alter, Gerechtigkeitsvorstellungen und wahrgenommene Ungleichheiten. Zudem fehlen in Deutschland belastbare Daten zur Verteilung der Ansprüche auf Alterseinkommen aus unterschiedlichen Quellen.

Politische Handlungsempfehlungen

- **Erziehungs- und Ausbildungszeiten berücksichtigen.** Um die Anreizstrukturen im Umlagesystem gezielt zu verbessern, sollten Leistungen zur Erziehung und Ausbildung zukünftiger Erwerbstätiger bei der Rentenberechnung stärker berücksichtigt werden. Damit kann der Beitrag von Familien zur Sicherung der Rentenfinanzierung honoriert und der demografisch bedingten Abnahme der Geburtenrate entgegengewirkt werden.
- **Gesetzliches Renteneintrittsalter anpassen.** Soweit die demografische Alterung auf einen kontinuierlichen Anstieg der Lebenserwartung Älterer zurückgeht, sollte das gesetzliche Renteneintrittsalter entsprechend angepasst werden. Dies erleichtert die Rentenfinanzierung und erhöht die ausbezahlten Renten.

- **Auf Risikostreuung setzen.** Bei der Alterssicherung sollten Risiken stärker gestreut werden, indem umlagefinanzierte und kapitalgedeckte Elemente systematisch miteinander kombiniert werden. Durch eine solche Mischung wird der Risikoausgleich im Gesamtsystem verbessert und die langfristige Stabilität des Rentensystems bei nachhaltiger Sicherung des Lebensstandards im Alter erhöht.
- **Beamtenversorgung reformieren.** Ein separates Umlagesystem für die Pensionen von Beamtinnen und Beamten, in das die Arbeitgeber während der Erwerbsphase Beiträge einzahlen, könnte für eine kontinuierliche Finanzierung der bestehenden Versorgungszusagen sorgen, ohne dass die gesetzliche Rentenversicherung oder die öffentlichen Haushalte zusätzlich belastet würden. Da die Pensionslasten der Länder mittel- und langfristig schneller steigen als deren Einnahmenbasen, sollte aber auch die Verbeamtungspolitik angepasst werden.
- **Ökonomische Situation junger Generationen verbessern.** Damit sie die Transferleistungen für Kinder überhaupt erbringen können, sollten jüngere Generationen entlastet werden. Zu stagnierenden Einkommen kommen steigende Immobilienpreise und Mieten, welche die Möglichkeiten jüngerer Generationen stark einschränken.

Literaturhinweise

Aaron, H. J. (1966). The social insurance paradox. *Canadian Journal of Economics and Political Science*, 32(3), 371-374.

Abel, A. B., Mankiw, N. G., Summers, L. H., & Zeckhauser, R. J. (1989). Assessing dynamic efficiency: Theory and evidence. *Review of Economic Studies*, 56(1), 1-19.

Börsch-Supan, A. (2007). Rational pension reform. *Geneva Papers on Risk and Insurance*, 32(4), 430-446.

Breyer, F. (1989). On the intergenerational Pareto efficiency of pay-as-you-go financed pension systems. *Journal of Institutional and Theoretical Economics*, 145(4), 643-658.

Cass, D. (1972). On capital overaccumulation in the aggregative, neoclassical model of economic growth: A complete characterization. *Journal of Economic Theory*, 4(2), 200-223.

Cigno, A. (1993). Intergenerational transfers without altruism: Family, market and state. *European Journal of Political Economy*, 9(4), 505-518.

Cigno, A., & Rosati, F. C. (1996). Jointly determined saving and fertility behaviour: Theory and estimates for Germany, Italy, UK and USA. *European Economic Review*, 40(8), 1561-1589.

Cigno, A., & Werding, M. (2007). *Children and Pensions*. MIT-Press.

Fenge, R. (1995). Pareto-efficiency of the pay-as-you-go pension system with intragenerational fairness. *Finanzarchiv*, 52(3), 357-363.

Haupt, M. & Kluth, S. (2012). Das schwedische Beispiel der kapitalgedeckten Altersvorsorge – ein Vorbild für Deutschland. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, 81(2), 213-230.

Lerner, A. P. (1959). Consumption-loan interest and money: Rejoinder. *Journal of Political Economy*, 67(5), 523-525.

Palmer, E. (2000). *The Swedish pension reform model: Framework and issues* (Social Policy Discussion Paper No. 0012). World Bank.

Rosner, P. G. (2005). *The Economics of Social Policy*. Edward Elgar.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. (2023). *Wachstumsschwäche überwinden – in die Zukunft investieren (Jahresgutachten 2023/24)*. Sachverständigenrat.

Samuelson, P. A. (1958). An exact consumption-loan model of interest with or without the social contrivance of money. *Journal of Political Economy*, 66(6), 467-482.

Schreiber, W. (1955). *Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft*. J.P. Bachem.

Schmähl, W. (2018). *Alterssicherungspolitik in Deutschland*. Mohr-Siebeck.

Sinn, H.-W. (2000). Why a funded pension system is useful and why it is not useful. *International Tax and Public Finance*, 7(4/5), 389-410.

Werding, M. (1998). *Zur Rekonstruktion des Generationenvertrages*. Mohr-Siebeck.

Werding, M. (1999). Umlagefinanzierung als Humankapitaldeckung: Grundrisse eines erneuerten „Generationenvertrages“. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 218(3/4), 491-511.

Werding, M. (2007). Social insurance: How to pay for pensions and health care? In I. Hamm, H. Seitz, & M. Werding (Hrsg.), *Demographic Change in Germany* (S. 89-128). Springer.

Werding, M. (2014). *Familien in der gesetzlichen Rentenversicherung: Das Umlageverfahren auf dem Prüfstand*. Bertelsmann Stiftung.

Der Generationenvertrag



Trotz zunehmender demografischer Spannungen besteuern Gesellschaften unbewusst ihre eigene Reproduktion, statt sie zu subventionieren

Pieter Vanhuyse

University of Southern Denmark, Odense

Intergenerationale Transferleistungen und ihre Entwicklung im Laufe der Generationen sind der Zement unserer Gesellschaft. Sie sind nicht nur für das Funktionieren unserer Gesellschaften heute von entscheidender Bedeutung, sondern erklären auch, wie Gesellschaften über die Zeit hinweg fortbestehen. In seinem einflussreichen Werk „A Theory of Justice“ definiert der politische Philosoph John Rawls Gesellschaft als einen Sozialvertrag zwischen den Generationen über die Zeit hinweg. Rawls sah die Gesellschaft als kooperatives System zum gegenseitigen Vorteil, das von normativen Prinzipien für eine gerechte Verteilung von Lasten und Vorteilen dieser Kooperation geregelt wird.

Der Generationenvertrag ist demnach eine Form der allgemeinen Gleichwertigkeit des Gesamtpakets aus Rechten, Leistungen, Steuern und Pflichten zwischen verschiedenen Generationen über ihr gesamtes Leben hinweg. Die langfristigen demografischen Herausforderungen in einem Europa, das sich in einem Prozess der Alterung befindet, weisen jedoch darauf hin, dass diese Gleichwertigkeit möglicherweise nicht mehr gegeben ist. Unter sonst gleichen Voraussetzungen müssen die kleineren Generationen mittleren Alters

durch ihre Produktivität die größeren älteren Generationen unterstützen, die zudem aufgrund der steigenden Lebenserwartung weiterhin eine einflussreiche Wählergruppe bleiben. Doch zunächst: Was bedeutet der Begriff „Generationenvertrag“? Was erhält ihn aufrecht, und was könnte seine Stabilität gefährden?

Generationenübergreifende Kooperation und Vertrauen im Laufe der Zeit

Der Begriff der generationenübergreifenden Kooperation ist nicht nur ein rhetorischer oder politischer Appell zur Solidarität. Wie Heath (2025) und Bognar (2024) zeigen, belegt das „Volks-Theorem“ der formalen Spieltheorie, dass sogenannte „Grim-Trigger“-Strategien – bei denen beide Parteien kooperieren, solange die jeweils andere kooperiert, andernfalls die Kooperation einstellen (Anm. d. Hrsg.) – in wiederholten Interaktionen die intergenerationale Kooperation zum Wohle der Allgemeinheit stabil sichern können. Dies gilt trotz allgegenwärtiger individueller Anreize, von intergenerationaler Kooperation abzuweichen. Dies ist ein bemerkenswertes Resultat und eine solide Grundlage für eine langfristig stabile Kooperation (siehe auch Rangel, 2003). Eine wichtige Voraussetzung dafür ist jedoch ein weit verbreitetes Vertrauen, dass die Kooperation auch in Zukunft auf unbestimmte Zeit fortgesetzt wird. Wie weiter unten ausgeführt, verdeutlicht dies auch die potenziellen Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Belastbarkeit des Generationenvertrags.

Generationenübergreifende Kooperation kann durch Reziprozität in wiederholten Interaktionen aufrechterhalten werden. Dies kann als eine Form der allgemeinen Gleichwertigkeit zwischen dem Gesamtpaket an Rechten und Pflichten für jede Partei übersetzt werden. Da es sich bei den Parteien um Generationen handelt, kann die Reziprozität nicht direkt erfolgen. Denn die sehr Jungen und Ungeborenen können schließlich noch keine Verpflichtungen eingehen oder Beiträge leisten, und die sehr Alten und bereits Verstorbenen können dies nicht mehr. Stattdessen muss die Reziprozität also indirekt sein.

Dennoch gilt auch hier das „das Volks-Theorem“ (Heath, 2025), solange die allgemeine Überzeugung besteht, dass die heutigen Erwerbstätigen einen Beitrag leisten, weil sie von den heutigen Älteren etwas erhalten haben, und in der Erwartung, dass die heutigen Jungen morgen dasselbe für die heutigen Erwerbstätigen tun werden – und so weiter in die Zukunft hinein –, während jede Generation altert, stirbt und eine neue geboren wird. Dies ist die Grundlage des Generationenvertrags.

Der Sozialstaat als generationsübergreifende Lösung für das Problem der Konsumfinanzierung über den Lebenszyklus

In politischer Hinsicht ist der umlagefinanzierte Sozialstaat ein wichtiger Weg, wie heutige Gesellschaften den Generationenvertrag verkörpern und institutionalisieren. Er ist zudem der größte Kostenfaktor in den Staatshaushalten. In der Praxis sind Sozialstaaten in erster Linie Maschinen zur Umverteilung zwischen den Altersgruppen über den Lebenszyklus hinweg und weniger Instrumente „à la Robin Hood“, die von den Wohlhabenden zu den weniger Wohlhabenden umverteilen (Vanhuysse et al., 2021).

Unsere Sozialstaaten funktionieren vor allem über lebenszyklusabwärts gerichtete Transfers an junge Menschen (zum Beispiel Kinderbetreuung, Bildung und Familienleistungen) sowie lebenszyklusaufwärts gerichtete Transfers an ältere Menschen (zum Beispiel Langzeitpflege, Renten und Gesundheitsversorgung). Dies geschieht durch die Besteuerung der produktiven Beiträge der Menschen im erwerbsfähigen Alter. Sozialstaaten funktionieren somit als eine Art „Sparbüchse“, die es Gesellschaften ermöglicht, das grundlegende und universelle Problem zu lösen, die Konsumkosten über den Lebensverlauf zu glätten.

Während junge und ältere Menschen mehr konsumieren, als sie verdienen, ist bei Menschen im mittleren Alter das Gegenteil der Fall. Um dieses grundlegende Problem zu lösen, haben sich Wohlfahrtsstaaten entwickelt, die eine generationenübergreifende Lösung bieten. Als umlagefinanzierte „Sparbüchsen“ nutzen sie die Tatsache, dass sich verschiedene Altersgruppen zu jedem Zeitpunkt überschneiden und in derselben Gesellschaft zusammenleben (Vanhuyse & Gál, 2023). Überschüssige Ressourcen, die Menschen im erwerbsfähigen Alter erwirtschaften, können besteuert werden, um Transferleistungen an Kinder und ältere Menschen zu finanzieren – immer und immer wieder im Laufe der Zeit und im Wechsel der Generationen. Entscheidend ist, dass der im Sozialstaat verankerte Generationenvertrag von einer produktivitätsbereinigten demografischen Kontinuität abhängt, die sowohl die Größe (Quantität) als auch das Humankapital und die Fähigkeiten (Qualität) aufeinanderfolgender Generationen umfasst.

Zwar sind Sozialstaaten eine generationsübergreifende Lösung für das grundlegende Problem der Finanzierung des Konsums über den gesamten Lebenszyklus hinweg, doch ist diese Lösung unausgewogen. Es gibt eine funktionale Arbeitsteilung zwischen Staaten und Familien in Form einer asymmetrischen Vergesellschaftung (Gál et al., 2018). Bürger im erwerbsfähigen Alter zahlen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, um über staatliche Programme indirekt für die derzeit älteren Generationen zu sorgen. Die Transferleistungen nach oben werden also hauptsächlich vergesellschaftet. Gleichzeitig wenden sie jedoch überwiegend private Zeit und private finanzielle Mittel auf, um für ihre eigenen Kinder zu sorgen. Die Abwärtstransfers sind somit hauptsächlich privatisiert. Wir leben daher in „älterenfreundlichen Wohlfahrtsstaaten“, die stark von den Beiträgen „kinderorientierter Eltern“ abhängig sind (Gál et al., 2018). Jedes dieser Elemente weist auf demografische Herausforderungen für den Generationenvertrag hin.

Älterenfreundliche Wohlfahrtsstaaten ...

In Europa erhalten Kinder viele Ressourcen, die hauptsächlich von ihren Eltern und nicht vom Staat zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig gibt es ein hohes Maß an Altersbegünstigung bei staatlichen Ausgaben (elderly bias in social spending: EBiSS), selbst nach Berücksichtigung der demografischen Zusammensetzung (Vanhuyse, 2013). Alle Wohlfahrtsstaaten wohlhabender Länder geben pro Kopf wesentlich mehr für ältere als für jüngere Menschen aus ($EBiSS > 1$), wobei es jedoch große Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten gibt. Die EBiSS-Werte lagen in den letzten Jahrzehnten zwischen etwa 2,5 und 3 beziehungsweise 9 und 11. Innerhalb der OECD ist Europa mit seinen auf ältere Menschen ausgerichteten Wohlfahrtsstaaten am oberen Ende des Spektrums stark vertreten, insbesondere die südeuropäischen Länder (vor allem Griechenland und Italien) und die mittelosteuropäischen Länder (vor allem Polen). Deutschland wies nur einen moderaten EBiSS-Wert von 4 auf.

Daten des National Transfer Account-Projekts zeigen, dass ältere Menschen in Europa mehr als doppelt so viel an öffentlichen Nettotransfers pro Kopf erhalten wie Kinder: 37 Prozent der

durchschnittlichen Einkommen Erwerbstätiger gegenüber 15 Prozent (Gál et al., 2018). Solche Messgrößen für die Altersorientierung des Sozialstaates sind Momentaufnahmen davon, wie verschiedene Altersgruppen zu einem bestimmten Zeitpunkt behandelt werden. Hohe EBiSS-Werte könnten nachhaltig sein, solange ähnliche Werte für nachfolgende Generationen (Geburtskohorten) gelten. Es gibt jedoch zunehmend Anzeichen dafür, dass jüngere Menschen an der Generationengerechtigkeit und damit an der Reziprozität der aktuellen Politik zweifeln.

Die entscheidende Voraussetzung für das Vertrauen, dass jede Generation ihren Teil der generationenübergreifenden Vereinbarung weiterhin einhalten wird, scheint zu schwinden. In einer Studie mit mehr als 2.000 Studierenden aus acht Demokratien wird die Auffassung systematisch vertreten, dass jüngere Erwachsene im erwerbsfähigen Alter ein schlechteres „Gesamtpaket“ erhalten als ältere Erwachsene im erwerbsfähigen Alter oder ältere Menschen, insbesondere in Frankreich (Sabbagh & Vanhuyse, 2010). Chauvel und Schröder (2014) zeigen, dass die Wohlfahrtsstaaten Kontinentaleuropas und Südeuropas, insbesondere Frankreich, den später geborenen Generationen einen deutlich niedrigeren Lebensstandard bieten als den Babyboomern.

Dies ist ein Beispiel dafür, wie die aktuelle Bevölkerungsalterung die Stabilität des Generationenvertrags gefährden könnte. Zu der demografischen Realität, dass es bereits eine größere Anzahl von länger lebenden Kohorten gibt, kommt die politische Regelmäßigkeit hinzu, mit der ältere Kohorten auch systematisch höhere Wahlbeteiligungsquoten verzeichnen. Unter diesen Bedingungen besteht die Herausforderung, dass Demokratien zu „Gerontokratien“ (Tepe & Vanhuyse, 2009) und Volkswirtschaften zu „Gerontonomien“ mit geringer Dynamik (Vlandas, 2023) werden.

... auf Kosten kinderorientierter Eltern

In den Kosten für kinderorientierte Eltern liegt eine weitere demografische Herausforderung für die Stabilität des Generationenvertrags, der auf einer produktivitätsbereinigten demografischen Kontinuität basiert. Jüngere Generationen müssen in gleichem Umfang auf die älteren Generationen folgen und bereit sein, die Kosten für den Konsum der Älteren zu finanzieren – eine implizite, immer wieder umstrittene und politisch jeweils neu zu verhandelnde Vereinbarung. Sofern es nicht zu radikalen Veränderungen des Konsumverhaltens oder zu Einwanderung in einem Ausmaß kommt, das politisch außerhalb des im öffentlichen Diskurs Europas akzeptierten Rahmens liegt, bedeutet dies, dass die Menschen im erwerbsfähigen Alter nicht nur weiterhin genügend Steuern und Sozialabgaben bezahlen müssen, um Transferleistungen für Jüngere und Ältere zu finanzieren. Sie müssen auch weiterhin genügend Kinder bekommen (Fertilität) und diese zu ausreichend produktiven Erwachsenen erziehen (Kindererziehung), die im Gegenzug dasselbe tun werden (anstatt beispielsweise das Land zu verlassen, von Sozialleistungen abhängig zu sein oder ihr implizites Versprechen gegenüber den Älteren zu brechen, indem sie die Renten kürzen oder Inflation verursachen).

Doch welcher Ressourcenumfang ist überhaupt erforderlich, um Neugeborene zu erwerbstätigen Erwachsenen heranwachsen zu lassen? Und wer trägt hierfür die Kosten? In einer Studie, die zwölf europäische Länder umfasste, wurden neben den öffentlichen Nettotransfers („Staat“) auch die weniger sichtbaren privaten Zeit- (unbezahlte Hausarbeit) und Geldflüsse (Marktüter und Dienstleistungen) gemessen, die zwischen den Generationen transferiert werden (Vanhuyse et al., 2023).

Es zeigt sich, dass es hierbei große versteckte Asymmetrien hinsichtlich der Frage gibt, wer die Last der Erziehung der nächsten Generation von steuerpflichtigen Erwerbstätigen trägt. Allein im staatlichen Bereich bezahlen Eltern im Laufe ihres Arbeitslebens durchschnittlich etwa ein Viertel weniger Nettosteuern als Nicht-Eltern (73 Prozent). Berücksichtigt man jedoch auch den Zeit- und Geldfluss an die jüngere Generation, so stellt sich heraus, dass Eltern über alle drei Bereiche hinweg insgesamt mehr als zweieinhalb Mal so viele Ressourcen aufwenden (266 Prozent) wie Nicht-Eltern. Deutschland liegt nahe am europäischen Durchschnitt. In einem neuen „nordischen Paradoxon“ (Vanhuyse, 2024) belasten jedoch ausgerechnet die für ihre Familienfreundlichkeit bekannten Länder Finnland und Schweden die Eltern am stärksten (Vanhuyse et al., 2023).

Die relative Unsichtbarkeit der Zeit- und Geldtransfers von Eltern ermöglicht es den Sozialstaaten, ältere Generationen quasi auf Kosten der nächsten Generation von steuerpflichtigen Erwerbstätigen zu finanzieren. Die aktuelle Politik berücksichtigt nicht ausreichend, wie die menschlichen Fähigkeiten und finanziellen Ressourcen, auf welche die Sozialstaaten zurückgreifen, überhaupt erst geschaffen werden. Die Gesellschaften halten demnach an einer Art „Storch-Theorie“ fest, die widerlegt werden muss. Genauso wenig, wie Neugeborene tatsächlich von Störchen gebracht werden, fallen neue, ressourcenproduktiv ausgebildete Erwachsene nicht einfach vom Himmel. Vielmehr werden sie der Gesellschaft nach weiteren 15 bis 25 Jahren der Kindererziehung zur Verfügung gestellt. Diese wird bis zu einem gewissen Grad von allen Steuerzahlern, in größerem Umfang jedoch von den eigenen Eltern finanziert.

Wenn Eltern mehr als zweieinhalb Mal so viele Ressourcen zum Sozialstaat beitragen wie Nicht-Eltern, wird das schiere Ausmaß der asymmetrischen Kostenverteilung deutlich. Dies stellt eine Form des „Trittbrettfahrens“ bei der Produktion eines öffentlichen Gutes (der neuen Generation von Erwachsenen) dar. Die privaten Ressourcen, die Eltern beitragen, mögen statistisch weniger sichtbar sein, aber sie sind nicht weniger real, nicht weniger knapp – und nicht weniger wichtig für die soziale Reproduktion. Auch werden die hohen Gesamtkosten der Kindererziehung die Fertilitätsentscheidungen der Eltern beeinflussen. Europa sieht sich seit einiger Zeit der Herausforderung sinkender Geburtenraten ausgesetzt, die weit unter dem Reproduktionsniveau liegen, und von einer hohen oder weiter steigenden Kinderlosigkeit begleitet wird. Doch trotz zunehmender demografischer Spannungen besteuern Gesellschaften unbewusst ihre eigene Reproduktion, statt sie zu subventionieren. Auch dies ist eine Politik, die den Generationenvertrag gefährdet.

Politische Handlungsempfehlungen

- **Berücksichtigen, wie Humankapital entsteht.** Die Gestaltung des Sozialstaates sollte mehr berücksichtigen, wie menschliche Fähigkeiten in Form von wirtschaftlicher Produktivität und finanziellen Ressourcen entstehen, und hierbei nicht sanktionieren, sondern fördern.
- **„Storch-Theorie“ vermeiden.** Die „Storch-Theorie“ sollte vermieden werden und es sollte anerkannt werden, dass neue Arbeitskräfte der Gesellschaft erst nach etwa 15 bis 25 Jahren Kindererziehung zur Verfügung stehen, die größtenteils von den Eltern und teilweise von den Steuerzahlern finanziert wird.

- **Eltern entlasten.** Die Belastung der Eltern sollte verringert werden – sie investieren etwa zweieinhalb Mal mehr Ressourcen als Nicht-Eltern in die Erziehung der zukünftigen Erwerbstätigen und stellen damit ein öffentliches Gut bereit, das der gesamten Gesellschaft zugutekommt.
- **Private Ressourcen, die von Eltern aufgewendet werden, sichtbarer machen.** Die erheblichen privaten Ressourcen, die Eltern für die Erziehung künftiger Erwerbstätiger aufwenden, sollten sichtbarer gemacht und ausdrücklich anerkannt werden.

Literaturhinweise

Bognar, G. (2024). Intergenerational Cooperation and Justice between Age Groups. *Erasmus Journal for Philosophy and Economics*, 17(1), 24-45. doi.org/10.23941/ejpe.v17i1.764

Chauvel, L., & Schröder, M. (2014). Generational Inequalities and Welfare Regimes. *Social Forces*, 92(4), 1259-1283. doi.org/10.1093/sf/sot156

Gál, R. I., Vanhuysse, P., & Vargha, L. (2018). Pro-elderly welfare states within child-oriented societies. *Journal of European Public Policy*, 25(6), 944-958. doi.org/10.1080/13501763.2017.1401112

Heath, J. (2025). Intergenerational Cooperation and the Social Contract. In S. M. Gardiner (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Intergenerational Ethics* (S. 92-108). Oxford University Press.

Rangel, A. (2003). Forward and Backward Intergenerational Goods: A Theory of Intergenerational Exchange. *American Economic Review*, 93, 813-834.

Sabbagh, C., & Vanhuysse, P. (2010). Intergenerational Justice Perceptions and the Role of Welfare Regimes: A Comparative Analysis of University Students. *Administration & Society*, 42(6), 638-667. doi.org/10.1177/0095399710377440

Tepe, M., & Vanhuysse, P. (2009). Are Aging OECD Welfare States on the Path to Gerontocracy? *Journal of Public Policy*, 29(1), 1-28.

Vanhuysse, P. (2013). *Intergenerational Justice in Aging Societies: A Cross-National Comparison of 29 OECD Countries* (SSRN Scholarly Paper

No. 2309278). Social Science Research Network. doi.org/10.2139/ssrn.2309278

Vanhuysse, P. (2024). *The New Nordic Paradox: How Family-friendly Welfare States Burden Parents the Most*. Institute for Family Studies. ifstudies.org/blog/the-new-nordic-paradox-how-family-friendly-welfare-states-burden-parents-the-most

Vanhuysse, P., & Gal, R. I. (2023). Intergenerational Resource Transfers in the Context of Welfare States. In M. Daly, B. Birgit Pfau-Effinger, N. Gilbert, & D. Besharov (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Family Policy over the Life Course* (S. 1015-1033). Oxford University Press. doi.org/10.1093/oxford/hb/9780197518151.013.48

Vanhuysse, P., Medgyesi, M., & Gal, R. I. (2021). Welfare states as lifecycle redistribution machines: Decomposing the roles of age and socio-economic status shows that European tax-and-benefit systems primarily redistribute across age groups. *PLOS ONE*, 16(8), e0255760. doi.org/10.1371/journal.pone.0255760

Vanhuysse, P., Medgyesi, M., & Gál, R. I. (2023). Taxing reproduction: The full transfer cost of rearing children in Europe. *Royal Society Open Science*, 10(10), 230759. doi.org/10.1098/rsos.230759

Vlandas, T. (2023). From Gerontocracy to Gerontonomia: The Politics of Economic Stagnation in Ageing Democracies. *The Political Quarterly*, 94(3), 452-461.

Dimensionen des innerfamiliären Generationenverhältnisses in deutschen Längsschnittstudien

Datenbericht



Längsschnittstudien liefern die Grundlage für eine evidenzbasierte Politikberatung

Pauline Kleinschlömer und C. Katharina Spieß

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)

Das Generationenverhältnis manifestiert sich in unterschiedlichen gesellschaftlichen und individuellen Bereichen: Es zeigt sich etwa in der Ausgestaltung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen, beispielsweise in der Verteilung der Einnahmen und Ausgaben für Rente, Pflege oder Bildung.¹ Neben diesen Perspektiven auf Makroebene wird das Generationenverhältnis jedoch auch auf Mikroebene im privaten Raum ausgehandelt – insbesondere innerhalb der Familie. Auch hier nehmen intergenerationale Beziehungen eine zentrale Rolle ein. Familiäre

¹ Auch im Kontext des Klimawandels hat das Generationenverhältnis in den vergangenen Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen, wie nicht zuletzt der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts verdeutlicht, der die Grundrechte und Freiheiten künftiger Generationen in Klimaschutzfragen explizit einfordert.

Kontexte sind nicht nur Orte emotionaler Bindung, sondern stellen zugleich wichtige Handlungsräume des materiellen, zeitlichen und wertebezogenen Austauschs zwischen den Generationen dar – oftmals im Spannungsfeld zwischen Solidarität, Fairness und Konflikten. Innerfamiliäre Generationenverhältnisse spiegeln nicht nur gesellschaftliche Ungleichheiten, wohlfahrtsstaatliche Arrangements und normative Erwartungen wider, sondern wirken auch aktiv an deren Reproduktion und Veränderung mit. Unterstützung, Fürsorge und Konflikte zwischen Eltern, Kindern und Großeltern, also der jüngeren, mittleren und älteren Generation, prägen somit individuelle Lebensverläufe ebenso wie die Gesellschaft als Ganzes. Generationenverhältnisse auf der Mikroebene können staatliches Handeln ersetzen, komplementieren oder auch erst notwendig machen, wenn sie überhaupt nicht oder nicht zum Wohle der Betroffenen existieren.

Vor diesem Hintergrund richtet sich der Fokus des vorliegenden Beitrags auf die innerfamiliäre Ebene des Generationenverhältnisses. Im Zentrum steht die Frage, welche Dimensionen des innerfamiliären Generationenverhältnisses auf der Basis für Deutschland repräsentativer Längsschnittstudien abgebildet werden können – das heißt, es geht um die empirische Abbildung von Generationenverhältnissen über die Zeit. Längsschnittstudien sind dabei von besonderer Bedeutung, da sie es ermöglichen, sowohl Stabilitäten als auch Veränderungen von Beziehungen, Einstellungen und Austauschprozessen zwischen den Generationen über die Zeit hinweg zu analysieren. Sie liefern somit die Grundlage für eine evidenzbasierte Politikberatung und evidenzbasierte gesellschaftliche Diskurse, die auch eine zeitliche Einordnung in andere Diskurse ermöglichen.

In diesem Beitrag wird ein Überblick darüber gegeben, welche Informationen zu innerfamiliären Generationenverhältnissen in Längsschnittstudien vorhanden sind. Auf der Grundlage repräsentativer Paneldaten aus dem Bereich der Surveyforschung wird eine Übersicht über vorhandene Indikatoren gegeben, welche unterschiedliche Aspekte des Generationenverhältnisses auf der Mikroebene abbilden. Reine Querschnittsdaten bleiben ebenso unberücksichtigt wie amtliche Daten, etwa der Mikrozensus, die Einkommens- und Verbraucherstichprobe oder die Zeitverwendungsstudie. Amtliche Daten ermöglichen in einem deutlich geringeren Umfang entsprechende Analysen, was nicht heißt, dass insbesondere Zeit- und Geldtransfers zwischen den Generationen über sie abbildbar sind. Allerdings fehlen hier zumeist subjektive Indikatoren. Auch solche Längsschnittstudien, die nicht für die gesamte Bundesrepublik repräsentativ sind, werden aus dem Überblick ausgeschlossen. Ausschlaggebend für die Auswahl der untersuchten Längsschnittstudien sind somit ein expliziter Familien- beziehungsweise Generationenbezug, der Panelcharakter sowie die Repräsentativität für die Bevölkerung in Deutschland.

Darüber hinaus werden nur Studien aufgeführt, die aktuell und auch künftig entsprechende Informationen erheben. Der vorliegende Überblick erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, erfasst jedoch die großen und zentralen deutschen Panelstudien, die einen systematischen empirischen Zugang zu den Dimensionen innerfamiliärer Generationenverhältnisse ermöglichen. Es wurden Konstrukte in den folgenden Längsschnittstudien zusammengestellt: Das Familiendemographische Panel – FReDA, der Deutsche Alterssurvey (DEAS), der Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE), der Survey Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten (AID:A), die längsschnittliche Zwillingsstudie TwinLife, die Kinderbetreuungsstudie (KiBS), das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), die National Educational Panel Study (NEPS) sowie das Panel Arbeitsmarkt und Soziale Sicherheit (PASS).

Dimensionen des innerfamiliären Generationenverhältnisses

Es lassen sich zwei übergeordnete Dimensionen innerfamiliärer Generationenverhältnisse identifizieren: eine objektive sowie eine subjektive Dimension (siehe Tabelle 1). Die objektive Dimension umfasst zum einen strukturelle Rahmenbedingungen, zum anderen konkrete Ressourcentransfers zwischen den Generationen. Zu der zentralen Rahmenbedingung zählt die räumliche Distanz zwischen den Wohnorten der Generationen. Sie fungiert als maßgeblicher Kontextfaktor, der vorgibt, in welchem Umfang und in welcher Form intergenerationale Unterstützungsleistungen realisierbar sind. Insbesondere Zeittransfers werden maßgeblich durch die räumliche Nähe oder Distanz beeinflusst und prägen so die alltägliche Ausgestaltung intergenerationaler Beziehungen. In allen ausgewählten Datensätzen ist die Identifikation eines Mehrgenerationenhaushalts möglich: Es liegen Informationen darüber vor, ob die befragte Person mit ihren Kindern und/oder (Groß-)Eltern zusammenlebt. In diesen Fällen ist die räumliche Nähe bereits durch den gemeinsamen Haushalt gegeben. Darüber hinaus wird in vielen Datensätzen auch die Entfernung zu verschiedenen Familienmitgliedern erfasst, teilweise sogar differenziert nach einzelnen (Enkel-)Kindern, etwa im DEAS oder in AID:A.

Des Weiteren wird im Kontext von Generationenverhältnissen oft zwischen Zeit- und materiellen Transfers unterschieden. Im engeren Sinne gehören zu den Zeittransfers Informationen zur Kontakthäufigkeit mit verschiedenen Familienmitgliedern. Dies umfasst persönliche Treffen, gemeinsame Aktivitäten oder den Austausch über Telefon und andere Kommunikationsmittel. AID:A enthält zudem ein explizites Item, das erfragt, wie häufig es in der Familie Anlässe gibt, bei denen mehr als zwei Generationen zusammenkommen. Zeittransfers umfassen auch Sorge- und Unterstützungsleistungen, etwa in Form von Kinderbetreuung oder Pflege. Im Unterschied zu der Angabe zu den regelmäßigen, formlosen Kontakten haben diese Kontakte oft einen verbindlicheren Charakter. Während bei der Kinderbetreuung die ältere Generation die mittlere Generation unterstützt, dreht sich das Generationenverhältnis bei der Pflege häufig um. Angaben zur Kinderbetreuung werden in allen untersuchten Datensätzen in unterschiedlicher Detailtiefe erhoben. Häufig wird die Betreuungsintensität durch Großeltern erfasst; teilweise liegen darüber hinaus Informationen vor, etwa zur finanziellen Vergütung der Kinderbetreuung oder dazu, ob die Großeltern bei den Hausaufgaben helfen (zum Beispiel NEPS). Bei der Pflege kann unterschieden werden, ob die befragte Person selbst gepflegt wird oder Pflegeleistungen für andere erbringt. In beiden Fällen lässt sich häufig das familiäre Verhältnis zu der pflegenden Person beziehungsweise zu der gepflegten Person analysieren (beispielsweise SHARE, AID:A und PASS). Teilweise werden zudem Art und Umfang der Pflegeleistung erhoben (etwa SHARE und SOEP). Ergänzend erfasst AID:A die subjektiv wahrgenommene Belastung, die aus intergenerationalen Unterstützungsverpflichtungen resultiert, und macht damit potenzielle Spannungen und Konflikte sichtbar.

Als weitere Form von Ressourcentransfers geben viele der ausgewählten Datensätze Auskunft über materielle Transfers. Diese beschränken sich nicht auf direkte Geldtransfers, sondern umfassen teilweise auch Sachleistungen (zum Beispiel FReDA und SOEP). Die finanziellen Transfers der mittleren Generation an die jüngere Generation werden als Taschengeld (etwa AID:A und SOEP) oder als finanzielle Unterstützung einer Ausbildung oder eines Studiums (zum Beispiel NEPS) erfasst. Fragen nach Geld- und Sachleistungen treten zudem häufig im Kontext von Migration auf, insbesondere im Hinblick auf Unterstützungsleistungen an und von im Ausland lebenden Familienmitgliedern (etwa FReDA und SOEP).

Eine weitere Differenzierung materieller Transfers betrifft den Zeitpunkt der Zahlung: Diese kann sowohl zu Lebzeiten beider Generationen als auch nach dem Ableben einer Generation, etwa in Form von Erbschaftsabfragen, erfolgen. Informationen zu Erbschaften sind allerdings nur selten und in geringer Detailtiefe in den ausgewählten Fragebögen enthalten (beispielsweise im DEAS oder SOEP).

Die subjektive Dimension innerfamiliärer Generationenverhältnisse wird in den betrachteten Datensätzen über verschiedene Indikatoren der Beziehungsqualität sowie über Fragen zu intergenerationalen Wertvorstellungen erfasst. Die erhobenen Informationen zur Beziehungsqualität weisen eine große Bandbreite auf. Dazu zählen Einschätzungen zur Tiefe und Nähe der Beziehung zwischen den Generationen ebenso wie die Zufriedenheit mit diesen Beziehungen. Darüber hinaus werden Aspekte der alltäglichen Interaktion berücksichtigt, etwa in Form unterschiedlicher Erziehungsstile oder Kommunikationsmuster, die Hinweise auf intergenerationale Aushandlungsprozesse liefern können. Die Wertvorstellungen umfassen beispielsweise Fragen, die Einstellungen zu intergenerationaler Verantwortung thematisieren, etwa inwiefern Ressourcentransfers generationsübergreifend innerhalb der Familie geregelt sein sollen. Weitere Indikatoren beziehen sich auf die subjektive Bedeutung bestimmter familialer Rollen, beispielsweise die Wichtigkeit der Großelternschaft, sowie auf normative Vorstellungen zur Wohn- und Lebensgestaltung im Alter, etwa den Wunsch, im höheren Lebensalter gemeinsam mit den eigenen Kindern in einem Haushalt zu leben. Diese Indikatoren erlauben es, die Erwartungen zu erfassen, vor deren Hintergrund objektive Austauschbeziehungen zwischen den Generationen gestaltet werden.

Implikationen für die Erfassung innerfamiliärer Generationenverhältnisse

Der kurze Überblick verdeutlicht, dass innerfamiliäre Generationenverhältnisse in deutschen repräsentativen Längsschnittdatensätzen insgesamt breit und differenziert empirisch erfasst werden. Sowohl objektive als auch subjektive Dimensionen intergenerationaler Beziehungen sind in den betrachteten Panelstudien in zentralen Teilaspekten abgebildet, sodass grundsätzlich eine gute Datenbasis für die Analyse innerfamiliärer Ressourcentransfers, emotionaler Bindungen und normativer Orientierungen zwischen den Generationen zur Verfügung steht.

Mit Blick auf die subjektive Dimension wird insbesondere die Beziehungsqualität zwischen den Generationen in vielen Surveys erhoben und vielfältig operationalisiert. Hinsichtlich der objektiven Dimension nimmt die Ausgestaltung der Kinderbetreuung eine zentrale Rolle ein und ist in allen ausgewählten Datensätzen enthalten. Demgegenüber sind Wertvorstellungen auf der subjektiven Dimension – ebenso wie Erbschaften auf der objektiven Dimension – vergleichsweise selten erfasst. Die Übersicht verdeutlicht zudem, dass das innerfamiliäre Generationenverhältnis nicht einseitig verstanden wird: Ressourcentransfers können sowohl von der jüngeren zur mittleren und älteren Generation (etwa durch Pflegeleistungen) als auch von der älteren und mittleren zur jüngeren Generation (zum Beispiel durch Erbschaften oder Kinderbetreuung) erfolgen. Während manche Datensätze das Generationenverhältnis bei den Befragungen explizit erfassen (beispielsweise durch differenzierte Angaben zur Beziehungsqualität zu (Groß-)Eltern oder Kindern), ist dies bei anderen Studien nur implizit möglich, etwa wenn die Beziehungsqualität allgemein für Personen im Haushalt erfasst wird (zum Beispiel PASS) oder Unterstützungsleistungen gegenüber pflegebedürftigen Angehörigen nicht weiter differenziert werden (etwa DEAS).

Insgesamt unterscheiden sich die Datensätze deutlich hinsichtlich der jeweils eingenommenen Generationenperspektive. So fokussiert das DEAS auf die Sicht der Großeltern, etwa in Bezug auf die Betreuung von Enkeln, während andere Surveys wie Twinlife oder NEPS die Perspektive der Kinder auf die Beziehung zu ihren Großeltern oder Eltern einnehmen. Dabei liegt der Schwerpunkt allerdings häufig auf erwachsenen Befragten, die ihr Verhältnis zu den eigenen Eltern oder die Betreuungssituation ihrer Kinder beziehungsweise Enkel durch ihre (Groß-)Eltern berichten. Die Perspektive von Kindern und Jugendlichen im Schul- oder Ausbildungsalter ist seltener vertreten und nur in ausgewählten Datensätzen explizit berücksichtigt (zum Beispiel Twinlife, NEPS und AID:A). Ein Teil der Surveys verfolgt jedoch einen intergenerationalen Ansatz, indem mehrere Generationen innerhalb einer Familie befragt werden, etwa durch die Einbeziehung einer Hauptbefragungsperson und deren Kindern oder durch Befragungen aller Personen im Haushalt (beispielsweise AID:A, SOEP und Twinlife).

Tabelle 1: Ausgewählte Indikatoren zur Abbildung von Generationenverhältnissen auf der Basis deutscher Längsschnittstudien
Teil 1 / Objektive Dimensionen

| Dimension | | | Datensatz | Items | Besonderheit |
|-----------------------|---------------------|---|-----------|--|---|
| Objektive Dimensionen | Rahmenbedingung | Entfernung Wohnort | FReDA | Dauer zu Wohnort der Eltern Identifikation Mehrgenerationenhaushalt | |
| | | | DEAS | Identifikation Mehrgenerationenhaushalt Entfernung zu Wohnort von Kind/Enkel | getrennte Angabe für jedes (Enkel-)Kind |
| | | | SHARE | Identifikation Mehrgenerationenhaushalt | |
| | | | AID:A | Entfernung zu Wohnort von (Schwieger-)Eltern/Kind Identifikation Mehrgenerationenhaushalt | getrennte Angabe für jedes Kind |
| | | | NEPS | Identifikation Mehrgenerationenhaushalt | |
| | | | Twinlife | Identifikation Mehrgenerationenhaushalt | |
| | | | PASS | Identifikation Mehrgenerationenhaushalt | |
| | | | KIBS | Identifikation Mehrgenerationenhaushalt | |
| | | | SOEP | Identifikation Mehrgenerationenhaushalt Entfernung zu Wohnort der Großeltern | |
| | Ressourcentransfers | Kinderbetreuung | FReDA | Unterstützung bei Kinderbetreuung | Abfrage umfasst (Stief-)eltern, Schwiegereltern sowie Großeltern |
| | | | DEAS | Existenz von Urenkeln Häufigkeit der Betreuung von Enkelkindern | |
| | | | SHARE | Häufigkeit der Betreuung von Enkelkindern | |
| | | | AID:A | Häufigkeit Betreuung durch Großeltern | Abfrage umfasst, ob Großeltern Teil der Notfallbetreuung sind |
| | | | NEPS | Häufigkeit Betreuung durch Großeltern | Explizite Abfrage, ob es eine finanzielle Gegenleistung für die Betreuung an die Großeltern gibt und ob Großeltern bei den Hausaufgaben unterstützen |
| | | | Twinlife | Betreuung durch Großeltern | |
| | | | PASS | Betreuung durch Person, die nicht im Haushalt wohnt | |
| | | | KIBS | Häufigkeit Betreuung durch Großeltern | Abfrage umfasst, ob Großeltern Teil der Notfallbetreuung sind |
| | | | SOEP | Stunden für Kinderbetreuung | Getrennte Angaben für Sonn-/Samstage und Werktage |
| | | Pflege | DEAS | Pflege einer hilfbedürftigen Person | |
| | | | SHARE | Unterstützung erhalten Unterstützung gegeben | Abfrage umfasst Angaben zur Person, Art und Dauer der Unterstützung |
| | | | AID:A | Pflege eines Familienmitglieds subjektive Belastung durch Betreuung/Pflege | Abfrage umfasst Angaben zur Person |
| | | | PASS | Pflege eines Familienmitglieds | Abfrage umfasst Angaben zur Person (inkl. Höhe des Pflegegrades) |
| | | | SOEP | Pflege der verstorbenen Person übernommen | Abfrage umfasst Angaben zur Art und Dauer der Unterstützung |
| | | Kontakthäufigkeit | FReDA | persönliche Treffen pro Woche/Monat/Jahr mit den Eltern Kontakt pro Woche/Monat Jahr mit mit den Eltern | |
| | | | DEAS | Kontakthäufigkeit zu Kind/Enkel | getrennte Angabe für jedes (Enkel-)Kind |
| | | | SHARE | Kontakt in den letzten 12 Monaten (persönlich oder per Telefon/Mail) zu Kind und Eltern | |
| | | | AID:A | Häufigkeit persönliche Treffen Häufigkeit Kommunikation Anlässe, bei denen mehr als zwei Generationen zusammenkommen | getrennte Angabe für jedes Kind sowie Angaben zu eigenen Eltern und Eltern der Partner*in |
| | | | Twinlife | letzter persönlicher Kontakt zu den Eltern letzter Kontakt auf anderem Wege zu den Eltern Häufigkeit Treffen mit Großeltern Häufigkeit Aktivitäten mit Großeltern | getrennte Angabe für Großeltern mütterlicher und väterlicher Seite |
| | | Materielle Transfers und Geldleistungen | FReDA | Erhalt von finanziellen Transfers von Familienmitgliedern Unterstützung an Familie im Ausland gegeben Unterstützung von Familie im Ausland erhalten | Abfrage umfasst (Stief-)eltern, Schwiegereltern sowie Großeltern getrennte Abfrage finanzieller, materieller, organisatorischer, emotionaler sowie sonstiger Unterstützung |
| | | | SHARE | finanzielle Transfers erhalten finanzielle Transfers gegeben | Abfrage umfasst Angaben zur Person, Höhe und Grund der Unterstützung |
| | | | AID:A | bekomme Geld von meinen Eltern | beantwortet aus Kinderperspektive |
| | | | NEPS | Eltern unterstützen mein Studium finanziell (Höhe) | |
| | | | SOEP | finanzielle Leistung erhalten von/gegeben an Sachleistung erhalten von/gegeben an Kind erhält Taschengeld | Abfrage umfasst Angaben zur Person und deren Aufenthalt (in/außerhalb Deutschlands) |
| | Erbe | | DEAS | Erbschaft erhalten | Abfrage umfasst Angaben zur Person |
| | | | SOEP | Erbschaft erhalten | |

**Tabelle 1: Ausgewählte Indikatoren zur Abbildung von Generationenverhältnissen
auf der Basis deutscher Längsschnittstudien
Teil 2 / Subjektive Dimensionen**

| Dimension | | Datensatz | Items | Besonderheit |
|------------------------|--------------------------|-----------|---|---|
| Subjektive Dimensionen | Intergenerationale Werte | FReDA | Item-Batterie zu intergenerationen Werten | |
| | | DEAS | Item-Batterie zu Einstellungen zur sozialen Sicherung | |
| | | | Wohnwunsch, wenn stärker auf Hilfe angewiesen bei Kind | |
| | | | Wichtigkeit der Rolle von Großelternschaft | |
| | | AID:A | Wunsch stärker auf Großeltern bei der Betreuung zurückzugreifen | |
| | Beziehungsqualität | KiBS | Wunsch stärker auf Großeltern bei der Betreuung zurückzugreifen | |
| | | FReDA | emotionale Verbundenheit zu den Eltern | |
| | | | Zufriedenheit mit der Beziehung zu den Eltern | |
| | | | persönliche Angelegenheiten mit Familienmitgliedern besprechen | Abfrage umfasst Familienmitgliedern aus mehreren Generationen (z.B. Kinder, Enkel und Großeltern), sowie (Stief-)eltern und Schwiegereltern |
| | | DEAS | Verbundenheit mit Kind/Enkel | |
| | | | Häufigkeit des Gefühls ärgerlich/wütend auf Kind/Enkel zu sein | |
| | | | Bewertung der Beziehung innerhalb der Familie | |
| | | AID:A | Wichtigkeit von Eltern und Großeltern | beantwortet aus Kinderperspektive |
| | | | Beziehungsqualität zu Kind(ern) | gesonderte Angabe für jedes Kind |
| | | | Itembatterie zur Beziehungsqualität zum jüngsten Kind | |
| | | | Itembatterie zur Kommunikation mit jüngstem Kind | |
| | | | Itembatterie zum Familienklima | |
| | | | Häufigkeit aktive Beschäftigung/Unternehmungen mit den Kindern | Art der Unternehmung, sowie getrennte Angaben für Sonn- und Werktage |
| | | TwinLife | Erziehungsstil | |
| | | | Elterliches Engagement | |
| | | | Häufigkeit Gespräche über eigene Probleme mit Großeltern | getrennte Angabe für Großeltern mütterlicher und väterlicher Seite |
| | | PASS | Verhältnis zu Personen im Haushalt | |
| | | SOEP | Elternrolle | |
| | | | Erziehungsziel | |
| | | | Erziehungsstil | |
| | | | Beziehung zu Familienmitgliedern | Abfrage umfasst mehrere Generationen (Eltern, Großeltern, Enkel) |
| | | | Item-Batterie zu Beziehungsqualität zu den Eltern | beantwortet aus Kinderperspektive |

Quellen: FReDA (Bujard et al., 2024; Schneider et al. 2021), DEAS (Simonson et al., 2025), SHARE (SHARE-ERIC, 2024; Börsch-Supan et al., 2013), AID:A (Deutsches Jugendinstitut und Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn, Berlin, 2012), TwinLife (Mönkediek et al., 2019), KiBS (Wieschke et al., 2025), SOEP (SOEP, 2023), NEPS (Blossfeld und Roßbach; NEPS-Netzwerk, 2014), PASS (Trappmann et al., 2025). Eigene Zusammenstellung.

Auf Anfrage stellen die Autorinnen die einzelnen Indikatoren bereit. Auch einmalig erfasste Indikatoren wurden berücksichtigt. Die Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Somit unterstreicht die Übersicht, dass die unterschiedlichen deutschen Längsschnittstudien eigene Schwerpunkte auf die Generationenperspektive legen und sich je nach Forschungsfrage unterschiedliche Datensätze zur Analyse innerfamiliärer Generationenverhältnisse eignen.

Die Zusammenstellung zeigt darüber hinaus, dass eine evidenzbasierte Politikberatung zu dem Verhältnis der Generationen untereinander auf unterschiedliche Längsschnittstudien zurückgreifen kann, die eine Einordnung über die Zeit ermöglichen. Diese Potenziale sollten genutzt werden, um einen empirisch fundierten Diskurs zu führen und darauf aufbauend Politikmaßnahmen zu gestalten. Bei der Diskussion um eine Verschiebung des Generationenverhältnisses durch den demografischen Wandel ist eine empirische Fundierung in jedem Fall sinnvoll und notwendig.

Literaturhinweise

- Blossfeld, H.-P., & Roßbach, H.-G. (Hrsg.). (2019). *Education as a lifelong process. The German National Educational Panel Study (NEPS). 2. überarb. Aufl.* Springer VS.
- Börsch-Supan, A., Brandt, M., Hunkler, C., Kneip, T., Korbmayer, J., Malter, F., Schaan, B., Stuck, S., Zuber, S., & SHARE Central Coordination Team. (2013). Data Resource Profile: The Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE). *International Journal of Epidemiology*, 42(4), 992-1001. doi.org/10.1093/ije/dyt088
- Bujard, M., Gummer, T., Hank, K., Neyer, F. J., Pollak, R., Schneider, N. F., Spieß, C. K., Wolf, C., Bauer, I., Börlin, S., Bretsch, D., Brüggemann, K., Brülle, J., Christmann, P., Edinger, R., Eigenbrodt, F., Firl, K., Frembs, L., Garten, C., Groß, K., Hoherz, S., Kleinschrot, L., Kunz, T., Leonhardt, J., Lück, D., Mandrella, S., Naderi, R., Naumann, E., Nutz, T., Oehrlein, A., Ruckdeschel, K., Schipping, L., Schmaderer, M., Schmid, L., Schumann, A., Schumann, N., Stein, A., Thönnissen, C., Ullrich, E., Will, S., Zerche, J. (2025). *FReDA – The German Family Demography Panel Study*. doi.org/10.4232/1.14462
- Deutsches Jugendinstitut (DJI), M., & Bundesministerium für Familie, B., Senioren, Frauen und Jugend, Bonn. (2012). *Growing Up in Germany: Everyday Life's World (AID:A)*. doi.org/10.4232/1.11358
- Mönkediek, B., Lang, V., Weigel, L., Baum, M. A., Eifler, E. F., Hahn, E., Hufer, A., Klatzka, C. H., Kottwitz, A., Krell, K., Nikstat, A., Diewald, M., Riemann, R., & Spinath, F. M. (2019). The German Twin Family Panel (TwinLife). *Twin Research and Human Genetics: The Official Journal of the International Society for Twin Studies*, 22(6), 540-547. doi.org/10.1017/thg.2019.63
- NEPS-Netzwerk. (2014). *Nationales Bildungspanel, Scientific Use File der Zusatzstudie Thüringen* [Dataset]. doi.org/10.5157/NEPS:TH:2.0.0
- Schneider, N. F., Bujard, M., Wolf, C., Gummer, T., Hank, K., & Neyer, F. J. (2021). Family Research and Demographic Analysis (FReDA): Evolution, Framework, Objectives, and Design of „The German Family Demography Panel Study“. *Comparative Population Studies*, 46. doi.org/10.12765/CPoS-2021-06
- SHARE-ERIC. (2024). *Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE) (Wave 9. Release version: 9.0.0. SHARE-ERIC.)* [Dataset]. doi.org/10.6103/SHARE.w9.900
- Simonson, J., Wünsche, J., Bünning, M., Spuling, S. M., Weinhardt, M., Ehrlich, U. & Tesch-Römer, C., et al. (2025). *Deutscher Alterssurvey (DEAS): Instrumente der DEAS-Erhebung 2023* [Dataset]. doi.org/10.5156/DEAS.2023.D.001
- Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) (Version 38). (2023). [Daten der Jahre 1984-2021 (SOEP-Core v38, EU-Edition)]. doi.org/10.5684/soep.core.v38eu
- Trappmann, M., Bähr, S., Beste, J., Collischon, M., Dummert, S. & Frodermann, C., et al. (2025). *Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung (PASS) (Version 0624)* [Dataset]. doi.org/10.5164/IAB.PASS-SUF0624.de.en.v1
- Wieschke, J., Lippert, K., & Kruger, S. (2025). *Methodischer Hintergrund der KiBS-Erhebung 2024. DJI-Kinderbetreuungsreport 2025* [Studie 8 von 8].

Zusammenfassung

Leon Rossmailer

Population Europe und Max-Planck-Institut für demografische Forschung

Der demografische Wandel geht mit weitreichenden politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen einher, die bewältigt werden müssen, um ein faires Generationenverhältnis zu erhalten. Um diesen Herausforderungen zu entsprechen und gleichzeitig die Chancen dieser gesellschaftlichen Veränderung zu nutzen, ist es notwendig, intergenerationale Transfers neu zu ordnen, die Potenziale Älterer zu realisieren und den Generationenvertrag zu sichern. Hierfür ist ein Miteinander der Generationen notwendig, das auf gegenseitiger Wertschätzung und einer fairen Verteilung von Lasten und Vorteilen basiert, die sich aus den demografischen und gesellschaftlichen Prozessen der Gegenwart ergeben.

Dabei sollte zunächst hinterfragt werden, inwieweit der Generationenbegriff ein angemessenes Instrument ist, um verschiedene Kohorten in Bezug auf ihre Werte, Einstellungen und Erfahrungen zusammenzufassen. Nur durch eine kritische Betrachtung des Generationenbegriffs lassen sich die demografischen Herausforderungen umfassend verstehen und gezielte politische Lösungen entwickeln. Dabei sollte vermieden werden, Generationen anhand bestimmter Leitmilieus zu definieren, ohne Rücksicht auf die Vielfalt innerhalb der jeweiligen Generation zu nehmen.

Besonders im Hinblick auf die Jugend zeigt sich, dass jüngere Menschen keine homogene Gruppe sind, sondern sich in ihren politischen Einstellungen, Zukunftserwartungen und Werten durchaus stark unterscheiden. Zwar ist durch diese Heterogenität das Potenzial von Konflikten zwischen ganzen Generationen eher gering. Eine bessere Einbindung jüngerer Menschen in politische Entscheidungen, die sie selbst betreffen – etwa bei der Gestaltung der Wehrpflicht oder der Reformierung des Rentensystems –, könnte allerdings größeren Generationenkonflikten vorbeugen und jüngeren Menschen das Gefühl vermitteln, im politischen Diskurs stärker wahrgenommen zu werden.

In Bezug auf die Bildungsgerechtigkeit besteht für jüngere Menschen mit Migrationsgeschichte das Problem, dass niedrige Bildungsniveaus innerhalb von Einwandererfamilien oftmals weitergegeben werden. Weiterhin wirken sich sowohl einzelne Diskriminierungserfahrungen Jugendlicher mit Migrationsgeschichte als auch die Erwartung, diskriminiert zu werden, negativ auf die Bildungschancen dieser Jugendlichen aus. Um ihnen ambitionierte und realistische Berufswege zu ermöglichen, sollten deshalb Fairness und Transparenz im Bildungssystem gestärkt und Jugendliche gezielt und frühzeitig über Bildungswege und die erforderlichen Kompetenzen informiert werden.

Ähnlich vielfältig wie die Generation der Jüngeren ist auch die Gruppe der Älteren. Aufgrund der steigenden Lebenserwartung sowie der gleichzeitigen Verbesserung von Gesundheit und Lebensqualität ist höheres Alter heute von großer Entwicklungsoffenheit gekennzeichnet. Hierdurch entstehen umfangreiche Chancen für ein verbessertes Generationenverhältnis, das durch die Erleichterung von Erwerbsarbeit im Alter, aktive Gesundheitsvorsorge und Wissenstransfers zwischen den Generationen profitieren kann.

Insbesondere die verbesserte Einbindung älterer Menschen in die Kinderbetreuung könnte dem Wunsch vieler Großeltern entsprechen, stärker eingebunden zu werden, und gleichzeitig Eltern entlasten. Dabei ist es zentral, die Einbindung in sowohl informelle als auch institutionalisierte Betreuungsformen zu ermöglichen und auf die jeweils individuellen Lebenssituationen Rücksicht zu nehmen.

Trotz der Herausforderungen durch den demografischen Wandel und die damit einhergehende steigende Vielfalt unterschiedlicher Lebensformen bleibt die Solidarität innerhalb der Familie weiterhin stabil. Dies zeigt, dass die Familie eine anpassungsfähige Institution ist, die über die Kernfamilie hinausgeht

und mehrere Generationen und Verwandtschaftsbeziehungen umfassen kann. Die Dynamisierung von Familienformen sollte deshalb bei der Unterstützung von Familien mitbedacht werden.

Trotzdem erzwingen demografische und wirtschaftliche Entwicklungen eine Neuordnung der ökonomischen Generationenbeziehungen. Das gilt insbesondere für die Transfersysteme der Gesellschaft. Um hier für ein faires Generationenverhältnis zu sorgen, sollte der Fokus sowohl auf langfristiger Resilienz gegenüber demografischen Veränderungen und ökonomischen Herausforderungen als auch auf der stärkeren Anerkennung von privaten Transfers (beispielsweise in Form von Fürsorgearbeit) zwischen den Generationen liegen. Dieser umfassende Blick auf intergenerationale Transferleistungen ist wichtig, um die sozialstaatlichen Mechanismen, wie etwa die Rente, weiterhin finanzieren zu können und gleichzeitig die finanziellen Lasten gerecht zu verteilen.

Als umlagefinanziertes System wird auch das deutsche Rentensystem angesichts der demografischen Entwicklungen auf Dauer nicht mehr auf eine für alle Generationen faire Weise finanzierbar bleiben. Um die dadurch entstehenden Kosten zu senken, sollte deshalb auf ein höheres Renteneintrittsalter sowie auf eine höhere Risikostreuung gesetzt werden, die umlagefinanzierte und kapitalgedeckte Elemente kombiniert.

Sollten solche Reformen ausbleiben, ist zu befürchten, dass sich dies negativ auf den Generationenvertrag auswirkt. Dieser umfasst das Versprechen der Generationen, füreinander im Kindesalter, in der Jugend und im Alter finanziell zu sorgen. Besonders belastet sind derzeit Eltern, da sie neben Steuern und Rentenbeiträgen einen wesentlichen Teil privater Ressourcen für den Erhalt zukünftiger Arbeitskräfte aufbringen. Hier ist eine Neuordnung des Generationenvertrages notwendig, der Ansprüche überprüft, Lasten fair verteilt und gleichzeitig eine finanzielle Absicherung im Alter ermöglicht.

Eine Neuordnung des Generationenverhältnisses erfordert neben der gezielten Unterstützung einzelner demografischer Gruppen und einer Neuordnung der intergenerationalen Transfersysteme auch eine Überlegung darüber, welche Leistungen der Generationenvertrag weiterhin erbringen kann und soll.

Bei der Frage, wie das Generationenverhältnis neu geordnet werden soll, treffen also demografische Realität, ökonomische Notwendigkeit und normative Fragestellungen aufeinander, die uns zwar vor weitreichende Herausforderungen stellen, gleichzeitig aber auch Chancen bieten, die es jetzt zu verwirklichen gilt.

Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Matthias Albert

Professor für Politikwissenschaft
an der Universität Bielefeld

Dr. Bernhard Binder-Hammer

Wissenschaftlicher Mitarbeiter
am Vienna Institute of Demography

Prof. Dr. Claudia Diehl

Professorin für Mikrosoziologie
an der Universität Konstanz

Dr. Andreas Edel

Executive Secretary von Population Europe
und Max-Planck-Institut für demografische
Forschung

Prof. Dr. Alexia Fürnkranz-Prskawetz

Professorin für Mathematische Ökonomie
am Institut für Wirtschaftsmathematik
der Technischen Universität Wien

Prof. Dr. Denis Gerstorff

Professor für Entwicklungs- und
Pädagogische Psychologie
an der Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Karsten Hank

Professor für Soziologie
an der Universität zu Köln

Prof. Dr. Klaus Hurrelmann

Professor für Public Health and Education
an der Hertie School

Dr. Pauline Kleinschlömer

Wissenschaftliche Mitarbeiterin
am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)

Dr. Leon Rossmailer

Projektkoordinator bei Population Europe
und Max-Planck-Institut für demografische
Forschung

Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungs-
forschung (BiB) und Professorin für
Bevölkerungsökonomie an der Johannes Gutenberg-
Universität Mainz

Prof. Dr. Pieter Vanhuyse

Professor für Political Economy and Public Policy
an der University of Southern Denmark in Odense

Prof. Dr. Hans-Werner Wahl

Professor für Psychologie und Altersforschung
an der Universität Heidelberg

Prof. Dr. Martin Werding

Mitglied des Sachverständigenrates
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen
Entwicklung und Professor für Sozialpolitik
und öffentliche Finanzen
an der Ruhr-Universität Bochum (RUB)

Elena Ziege

Wissenschaftliche Mitarbeiterin
am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)
und Doktorandin an der Johannes Gutenberg-
Universität Mainz

Population Europe Discussion Papers Series

No 01 / August 2012

**Perspectives of Policy-relevant
Population Studies**

Tommy Bengtsson et al.

No 02 / December 2015

**Demographic Change on the Political Agenda
of the European Commission**

Ann Zimmermann

No 03 / December 2015

EU Civil Society and Demographic Change

Ann Zimmermann

No 04 / February 2017

**Social Vulnerability
as an Analytical Perspective**

Ann Zimmermann

No.05 / April 2017

**Family Diversity and its Challenges
for Policy Makers in Europe**

Daniela Vono de Vilhena and Livia Sz. Oláh

No 06 / June 2017

**Green Book Ageing Society:
How "New Ageing" Will Change Our Lives**

Editors: James W. Vaupel and Andreas Edel

No 07 / March 2018

**Knowing the Unknown.
Irregular Migration in Germany**

Daniela Vono de Vilhena

No 08 / September 2018

**Similar but Different: Inclusion and
Exclusion of Immigrant Communities
Sharing Similar Cultural Backgrounds
with Their Host Societies**

Aimie Bouju and Andreas Edel

No 09 / September 2018

**Ageing Workforce, Social Cohesion
and Sustainable Development: Political
Challenges within the Baltic Sea Region**

Editors: Paul Becker, Johanna Schütz and
Ann Zimmermann

No 10 / December 2018

**Gender (In)Equality over the Life Course:
Evidence from the Generations & Gender
Programme**

Editors: Anne H. Gauthier, Irena E. Kotowska
and Daniela Vono de Vilhena

No 11 / December 2019

**Migrant Families in Europe: Evidence from the
Generations & Gender Programme**

Editors: Teresa Castro Martin, Judith Koops and
Daniela Vono de Vilhena

No 12 / January 2021

**Crossing Borders:
How Public Should Science Be?**

Andreas Edel, Lukas Kübler, Emily Lines,
Patrizia Nanz, Katja Patzwaldt, Guido Speiser,
Dorota Stasiak and Markus Weißkopf

No 13 / May 2021

**Post-Pandemic Populations
Die soziodemografischen Folgen der
COVID-19-Pandemie in Deutschland**

Editor: Emily Lines

No 14 / February 2022

**Green Family
Generationengerechtigkeit im Klimawandel**

Erich Striessnig, Nadine Vera Mair, Tobias Johannes
Silvan Riepl
in collaboration with Andreas Edel, Susanne Höb,
Mahalia Thomas and Daniela Vono de Vilhena

No 15 / June 2022

Grünbuch Alternde Gesellschaft II

Altern – nicht nur eine Frage des Alters.

Neue Perspektiven auf ein längeres Leben

Editors: Andreas Edel and Mahalia Thomas

No 16 / December 2022

Transdisciplinarity

A Research Mode for Real-World Problems

Editor: Fanny A. Kluge

No 17 / January 2023

Generationenübergreifendes bürgerschaftliches Engagement für Zukunftsthemen in Kommunen – Potenziale der verschiedenen Altersgruppen im Blick

Claudia Neu

No 18 / June 2023

Better Policies and Laws

to Address Migrants' Vulnerabilities

10 Key Messages from the VULNER Project

Editors: Kate Dearden and Peter Weissenburger

No 19 / July 2023

White Paper on Migration Uncertainty:

Towards Foresight and Preparedness

Jakub Bijak, Daniela Vono de Vilhena, Michaela Potančoková and the QuantMig Team

No 20 / July 2023

Regional Population Diversity

and Social Cohesion in the Local Context

Editor: Öndercan Muti

No 21 / May 2024

Empowering instead of discouraging

Empowerment strategies

for a resilient civil society

Claudia Neu

No 22 / September 2025

White Paper on Social Inequalities in Europe: From Early Childhood to Retirement.

Findings and Recommendations from the Horizon Europe Project 'Mapping Inequalities Through the Life Course' (Mapineq)

Editor: Daniela Vono de Vilhena

No 23 / October 2025

A Resilient Future of Europe.

Strengthening Families, Work and Pensions in Face of Demographic Change

Editors: Kate Dearden and Peter Weissenburger

